



Politik, die wirkt. Service, das hilft.



Inhalt



Die Rolle der Sprache in einer Gesellschaft kann kaum überschätzt werden. Sie transportiert die jeweils vorherrschenden Werte und Normen. Wir denken in Worten, Sprache schafft somit unser Bewusstsein. Auch die Sprache unserer Gesellschaft transportiert die ihr inne liegenden Wertvorstellungen. Damit Frauen und Männer zu gleichen Teilen in unserem Bewusstsein vorkommen, haben wir diese Broschüre geschlechtergerecht formuliert. Artikel von externen AutorInnen wurde in jener Form belassen, wie sie geschrieben wurden.

<i>ÖH und Demokratie</i>	6
<i>Geschichte der ÖH</i>	
<i>Vorgeschichte</i>	8
<i>1940er: Aufbau studentischer Demokratie</i>	11
<i>Kommentar: Günther Wiesinger</i>	17
<i>1950er: Soziale Lage und Studiengebühren</i>	20
<i>Kommentar: Heinz Fischer</i>	25
<i>1960er: Studierende zwischen Borodajkewycz und „1968“</i>	26
<i>Kommentar: Gerfried Sperl</i>	31
<i>1970er: Demokratie und Mitbestimmung in der Universität</i>	32
<i>Kommentar: Ernst Streeruwitz</i>	35
<i>1980er: Neue soziale Bewegungen</i>	36
<i>Kommentar: Martin Margulies</i>	39
<i>1990er: Der Mensch zuerst</i>	40
<i>Kommentar: Agnes Berlakovic</i>	43
<i>2000er: Gegenreform an der Uni und linker Erdrutsch in der ÖH</i>	44
<i>Kommentar: Andrea Mautz & Anita Weinberger</i>	51
<i>Wahlergebnisse und Vorsitzende</i>	52
<i>Uni im Wandel der Zeit</i>	55
<i>Feminismus und ÖH</i>	60
<i>Protest und Vertretung</i>	68
<i>Zukunft der ÖH Arbeit</i>	72
<i>Chronologie</i>	76
<i>Anhang</i>	78



Barbara Blaha & Rosa Nentwich-Bouchal
Bundesvorsitzendenteam der ÖH



Zwischen Anspruch und Realität

Am 19.11.1946 war es also so weit. Alle Studierenden in Österreich wählten zum ersten Mal ihre Österreichische HochschulInnenschaft (ÖH). Mittlerweile jährt sich die Gründung der ÖH zum sechzigsten Mal. Anlass für uns kritisch Bilanz zu ziehen. Die Struktur der ÖH ist weltweit einmalig, sie gilt als Vorzeigemodell einer studentischen Interessenvertretung. Doch auch sie hat ihre Schwächen. Immer wieder gilt es Kompromisse einzugehen, die Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität täglich neu aufzulösen. Inwieweit sorgt nicht eine gesetzlich geregelte Interessenvertretung zum Beispiel dafür, dass studentischer Protest automatisch in geordneten Bahnen verläuft? Welchen Fokus sollte die ÖH stärken: Service oder Politik? In welcher Weise ist sich die ÖH ihres allgemeinpolitischen Mandats bewusst und nimmt es auch wahr, oder beschränkt sie sich und damit auch ihre Politik auf universitätsinterne Vorgänge? Mit all diesen Fragen konfrontieren sich ÖH-MitarbeiterInnen auf allen universitären Ebenen.

Eines ist jedoch sicher: Die Universität würde heute anders aussehen, hätten die Studierenden sie die letzten sechzig Jahre nicht mit Leidenschaft mitgestaltet. Die Umwandlung der Universitäten, weg von der Allmacht der Professoren (sic!) hin zu einer demokratischeren Struktur, die Abschaffung der Hochschultaxen oder die Einführung eines Stipendiensystems – das alles wurde von den Studierenden erkämpft.

Studierende, und durch sie die ÖH haben in den letzten sechzig Jahren nicht nur die universitäre Landschaft mitgestaltet, sondern hatten auch großen Einfluss auf gesellschaftliche Entwicklungen. Die Erhaltung der Aulandschaft in Hainburg haben Studierende genauso erkämpft, wie sie sich Mitte der 90er mit einem Schweigemarsch und dem Lichtermeer gegen AusländerInnenfeindlichkeit engagiert haben, oder seit den 70ern für die Rechte von Frauen eingetreten sind – was nicht zuletzt bis heute Einfluss hat auf die ÖH als feminisierte Institution. In vielen Fällen waren es die Universitäten, oder genauer, die Studierenden die den Stein der gesellschaftlichen Entwicklung ins Rollen gebracht haben. Der Anspruch dabei ging jedoch kaum über die eigene Lebensrealität hinaus. Und auch bis heute ist der Ausbruch aus dem Elfenbeinturm nicht geglückt.

Jubiläen sind oftmals der Anlass die eigene Vergangenheit gehörig zu glorifizieren. War früher denn alles besser? Eben nicht. Studierende haben in den letzten sechzig Jahren viele Kämpfe ausgefochten – und ganz ehrlich: So manche auch verloren. Ein Blick zurück zeigt aber, dass auch die Einführung der Studiengebühren, die Implementierung des undemokratischen Universitätsgesetzes oder die jüngst beschlossenen Zugangsbeschränkungen die Stimme der Studierenden nicht verstummen hat lassen. Was diese Aufzählung belegt, ist die Tatsache, dass Studierende und ihre Interessenvertretung unbequem sind. Unbequem, laut und kämpferisch. Die bildungspolitischen Zeiten waren vielleicht schon einmal angenehmer: Aber wir wären nicht wer wir sind, wenn wir uns den Herausforderungen dieser Zeit nicht nur stellen würden, sondern auch gestärkt daraus hervorgehen.

ÖH und Demokratie

Geschichte der ÖH
Vorgeschichte

1940er: Aufbau studentischer Demokratie

Kommentar: Wiesinger

1950er: Soziale Lage und Studiengebühren

Kommentar: Fischer

1960er: Studierende zwischen Borodajkewycz

und „1968“

Kommentar: Sperl

1970er: Demokratie und Mitbestimmung in der Universität

Kommentar: Streuerwitz

1980er: Neue soziale Bewegungen

Kommentar: Margulies

1990er: Der Mensch zuerst

Kommentar: Berlakovic

2000er: Gegenreform an der Uni und linker Erdrutsch in der ÖH

Kommentar: Mautz & Weinberger

Wahlergebnisse und Vorsitzende

Uni im Wandel der Zeit

Feminismus und ÖH

Protest und Vertretung

Zukunft der ÖH Arbeit

Chronologie

Anhang



Christoph Badelt
Vorsitzender der Rektorenkonferenz



Anlass und Gelegenheit

Sechs Jahrzehnte ÖH sind nicht nur ein Anlass, der Studierendenvertretung zu ihrer Arbeit in den oft sehr stürmischen Zeitläufen seit 1946 zu gratulieren. Das Jubiläum bietet auch die Gelegenheit für eine Standortbestimmung der gesetzlichen Repräsentanz der „Hörerinnen und Hörer“ an Österreichs Universitäten, die sich speziell seit dem Beginn der Neunzigerjahre einem in der 2. Republik beispiellosen Reformprozess unterzogen haben – ein Wandel, der auch die Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft vor neue Herausforderungen stellt.

Zweifellos hat sich die auf verschiedenen Ebenen tätige ÖH über die Jahrzehnte hinweg große Verdienste bei der Betreuung der Studierenden, speziell beim alljährlichen Andrang der Erstsemestrigen, erworben. Aber wird diese Rolle von der Klientel auch ausreichend gewürdigt? Nach Jahren des Abwärtstrends bei der Wahlbeteiligung hat sich das Engagement der Studentinnen und Studenten an der Wahlurne im vergangenen Jahr auf niedrigem Niveau stabilisiert. Die Vertretung des akademischen Nachwuchses wird wohl stets intensiv diskutieren, ob sie bei dem von jeder neuen ÖH-Führung erprobten Balanceakt zwischen Serviceleistungen und Gesellschaftspolitik die Gewichte immer richtig verteilt hat.

Das mancherorts gepflogene Image der ÖH als Spielwiese für Jungfunktionäre der politischen Parteien mag in Einzelfällen zutreffen. Es birgt aber gleichzeitig die Gefahr, dass bei der eigentlichen „Kundschaft“, den Akademiker(innen) in spe, die Zweifel an der Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit der Standesvertretung insgesamt genährt werden. An diesem Punkt werden wohl die Strategien für eine verbesserte Resonanz einsetzen, jenseits der verdienstvollen Kleinarbeit in den einzelnen ÖH-Referaten, die – neben den vielfältigen Serviceangeboten – auch im Einsatz für Menschenrechte und Genderfragen bis hin zu den Sportangeboten Ausdruck findet. Die konjunkturellen Pronen haben in all den Jahren nichts daran geändert, dass die Gesprächsbasis zwischen der ÖH und der jeweiligen Universitätsleitung intakt ist, wobei die einzelnen Rektorate oft mehr Verständnis für die Sorgen der Studierendenvertretung aufbringen, als die Öffentlichkeit vermuten würde.

Als Präsident der Rektorenkonferenz hoffe ich daher auf eine weitere gedeihliche Zusammenarbeit und möchte der Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft auch für die kommenden Jahrzehnte die besten Wünsche für ihre verantwortungsvolle Tätigkeit überbringen – zum Wohle unserer Universitäten.



Elisabeth Gehr
**Bundesministerin für Bildung,
 Wissenschaft und Kunst**

bm:bwk

60 Jahre Engagement & Solidarität

Einer engagierten und vorausschauenden Studierendenvertretung kommt seit jeher eine wichtige Rolle bei der Gestaltung moderner Universitäten zu. Vor 60 Jahren – am Beginn der Österreichischen Hochschülerschaft – haben viele junge Menschen Engagement und Solidarität für ihre Kolleginnen und Kollegen in einer schwierigen Zeit bewiesen. Sie haben die Interessen der Studierenden in einer Welt, in der oftmals die notwendigsten materiellen Güter fehlten, zu ihrem Anliegen gemacht, und ich freue mich besonders, dass auch einer meiner Amtsvorgänger, der nunmehr emeritierte Universitätsprofessor Dr. Hans Tuppy, unter den Studentenvertretern der ersten Stunde war. Die Vorläuferorganisation der heutigen Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft hatte einen wichtigen Anteil daran, dass sich die Demokratie in der Zweiten Republik auf allen Ebenen erfolgreich etablieren konnte, und mit den ersten Hochschülerschaftswahlen hat sich das Modell der studentischen Selbstverwaltung endgültig etabliert.

Sechs Jahrzehnte später ist die Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft eine der wichtigsten Institutionen für die Studierenden in diesem Land und aus der Hochschul-landschaft nicht mehr wegzudenken. Die ÖH hat sich in einer globalisierten Welt und einer zunehmend dynamischen Wissensgesellschaft erfolgreich weiterentwickelt und viele zusätzliche Aufgaben, aber auch viele zusätzliche universitäre Entwicklungsfelder für sich aufgegriffen.

Als zuständige Ressortministerin ist es mir wichtig, immer ein offenes Ohr für die Anliegen der demokratisch gewählten Interessenvertretung der Studierenden zu haben. Damals wie heute sind die Herausforderungen groß und erfordern einen offenen und vorurteilsfreien Dialog zwischen der staatlichen Verwaltung und der akademischen Selbstverwaltung, damit zukunftsorientierte Lösungen im Sinne unserer Universitäten und damit auch im Sinne der Studierenden erzielt werden können.

Ich freue mich auf eine weitere gute Zusammenarbeit mit der Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft in ihrem nunmehr beginnenden siebenten Jahrzehnt, und ich wünsche allen Studierenden, die sich im Rahmen der ÖH für ihre Kolleginnen und Kollegen engagieren, weiterhin viel Elan, Innovationskraft und Erfolg.

ÖH und Demokratie

Geschichte der ÖH
 Vorgeschichte

1940er: Aufbau studen-
 tischer Demokratie

Kommentar: Wiesinger

1950er: Soziale Lage und
 Studiengebühren

Kommentar: Fischer

1960er: Studierende
 zwischen Borodajkewycz
 und „1968“

Kommentar: Sperl

1970er: Demokratie und
 Mitbestimmung in der
 Universität

Kommentar: Streuerwitz

1980er: Neue soziale
 Bewegungen

Kommentar: Margulies

1990er: Der Mensch zuerst

Kommentar: Berlakovic

2000er: Gegenreform an der
 Uni und linker Erdrutsch
 in der ÖH

Kommentar: Mautz &
 Weinberger

Wahlergebnisse und Vor-
 sitzende

Uni im Wandel der Zeit

Feminismus und ÖH

Protest und Vertretung

Zukunft der ÖH Arbeit

Chronologie

Anhang

ÖH und Demokratie: Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück

Studierende wählen frei und demokratisch ihre Interessenvertretung. Selbstverständlich? Ganz und gar nicht. Im Jahr 1365 wurde die Universität Wien als erste Hochschule des Landes gegründet, die ersten ÖH-Wahlen fanden 581 Jahre später statt, am 19. November 1946. Die Österreichische HochschülerInnenschaft als demokratische Interessenvertretung aller Studierenden wurde 1945 von engagierten Studierenden aller damaligen politischen Gruppierungen gegründet. Die studentische Selbstverwaltung ihrer Interessen hat eine relativ junge Geschichte.

Das demokratische Wahlrecht der Studierenden gibt es erst seit Beginn der Zweiten Republik. Zuvor wurden die Studierenden vielfach fremdbestimmt oder es gab spezielle Verbände, die zwar das Exklusivrecht zur Studierendenvertretung verliehen bekamen, aber andere (vor allem Frauen sowie Jüdinnen und Juden) ausschlossen – so die sogenannte Deutsche Studentenschaft der Ersten Republik, die aus katholischen und deutschnationalen Organisationen gebildet worden war. In der Zeit des Austrofaschismus und in der NS-Zeit waren die verfassten StudentInnenschaften ein Disziplinierungsinstrument, das keine Artikulationsmöglichkeit für die Studierenden selbst bot.

1945 wurde damit endgültig gebrochen und eine demokratische Interessenvertretung geschaffen. Mit den ersten Wahlen 1946 war zum ersten Mal in der Geschichte eine Studierendenvertretung demokratisch legitimiert. Drei Viertel der Studierenden gingen zur Wahl und unterstützten damit die junge Institution ÖH.

Historisch betrachtet und im internationalen Kontext gesehen war die, als gesetzliche Interessenvertretung der Studierenden organisierte, ÖH mit ihren alle zwei Jahre auf Studienrichtungs-, Fakultäts-, Universitäts- und Bundesebene stattfindenden Wahlen ein Vorbild, auf das Studierende in anderen Ländern, die ihren RektorInnen und ProfessorInnen mehr oder weniger auf gut Glück ausgeliefert sind, neidisch blickten. Der Blick über die Grenzen zeigt, welche positive Ausnahme im Bereich studentischer Vertretung die ÖH war und ist: In Deutschland existieren mit der ÖH vergleichbar verfasste Studierendenverbände nur in einzelnen Bundesländern. Mitglieder sind alle StudentInnen einer Uni, diese stimmen über ein lokales Studierendenparlament ab, welches wiederum den AstA, den Allgemeinen Studierenden Ausschuss, der einzelnen Uni wählt. Ein anderes Modell in einigen Bundesländern im Osten sieht hingegen nur einen

indirekt gewählten Studierendenrat vor. Eine gesetzlich verankerte, alle Unis erfassende landes- oder bundesweite Vertretung der Studierenden gegenüber Bundes- und Landesregierung gibt es nicht, es existiert lediglich ein Dachverband auf freiwilliger Basis.

Aufgrund mangelnder Kompetenzen und ihrer Beschränkung auf den lokalen Bereich leiden die deutschen Studierendenverbände



Abb. 1

Über 5000 digitale Unterschriften für die Direktwahl an niedriger Wahlbeteiligung, die häufig nicht über 15 Prozent hinauskommt. Zum Vergleich: An den ÖH-Wahlen im Jahre 2005 haben sich 30 Prozent der Studierenden beteiligt. Hinzu kommt, dass den



einzelnen Vertretungen vor Ort die Artikulation der allgemeinpolitischen Interessen ihrer Mitglieder oft gesetzlich verboten ist. In mehreren Fällen kam es sogar zu gerichtlichen Verurteilungen, als StudierendenvertreterInnen wegen politischer Aktivitäten geklagt wurden. In Bayern wurden die gesetzlichen Studierendenvertretungen 1974 unter dem, vom damaligen CSU-Minister Hans Maier ausgegebenen, Motto „den linken Sumpf trockenlegen“ sogar abgeschafft. Die StudierendenvertreterInnen bemühen sich seither als Unabhängige Studierendenschaft um die Wiedereinführung einer gesetzlichen Basis. Derzeit stehen sie auf tönernen Füßen, weil vor allem finanzielle Mittel fehlen und ihr Handlungsraum eingeschränkt ist.

Studierende in anderen Ländern kämpfen um Rechte, die bis vor kurzem bei uns selbstverständlich schienen: Die Studierendenvertretung in Österreich verwaltet sich selbst ohne Eingriffe der Regierung, verfügt über eine gesicherte finanzielle Basis, ist demokratisch organisiert und es gibt eine direkt gewählte Bundesvertretung, die universitätsübergreifend die Interessen aller Studierenden vertritt. Diese Struktur der Österreichischen HochschülerInnenenschaft war anderen Studierendenorganisationen bisher Vorbild.

2004 wurde von ÖVP und FPÖ (damals noch Blaue und Orange gemeinsam) ein neues HochschülerInnenschaftsgesetz beschlos-

sen, das die österreichische Vorbildrolle einer demokratischen studentischen Interessenvertretung zunichte machte. Eine Regierung, die meinte, die österreichischen Universitäten zur „Weltklasse“ trimmen zu können (und dieses Ziel nach Nichterreichen bald zugunsten des neuen Projekts einer „Elite-Universität“ verwarf), hatte tatsächlich Strukturen, die die Bezeichnung „Weltklasse“ verdienten, die studentische Selbstverwaltung der ÖH. Auch wenn die Studierenden die Regierungspläne einer „Umfärbung“ durch ein neues Wahlrecht durchkreuzten, bleibt der überfallsartige Eingriff in die Verfassung einer Interessenvertretung und die Abschaffung demokratischer Wahlen ein Schandfleck in der Geschichte der demokratischen Republik.

Die Wahlbeteiligung der Studierenden bei ÖH-Wahlen ging bis in die neunziger Jahre zurück. Machten 1955 noch 62% von ihrem Wahlrecht Gebrauch, waren es 1975 nur mehr 40%, 1985 30% und 1995 29%. 2005 betrug die Wahlbeteiligung 30,5%. Seit einiger Zeit hat sich die Wahlbeteiligung also bei etwas unter einem Drittel stabilisiert, wobei seit 2001 eine leicht steigende

Tendenz bemerkbar ist. Dieser Anteil ist sicherlich kein Ruhmesblatt und wird auch alle zwei Jahre im Zuge der ÖH-Wahlen öffentlich thematisiert. Dennoch bekennen sich die Studierenden, wie Umfragen und eine Urabstimmung 1991 ergaben, zu ihrer Interessenvertretung. Mehr Studierende dazu zu bewegen, die ÖH auch durch ihre Stimmabgabe formal zu unterstützen, bleibt eine Aufgabe für die Zukunft.

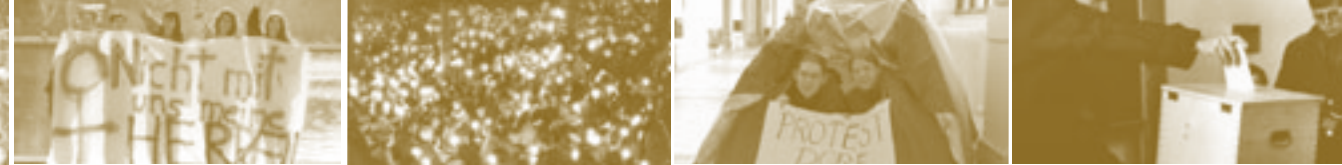
Die Geschichte studentischer Demokratie ist nicht zu Ende: Es gilt, die 2004 abgeschaffte direkte Wahl der Bundesvertretung durch die Studierenden wieder zu erlangen, aber auch das passive Wahlrecht allen ÖH-Mitgliedern zuzugestehen. Ausländische Studierende ohne EWR-Staatsangehörigkeit dürfen zwar bereits wählen, allerdings nicht in ihre Interessenvertretung gewählt werden.

60 Jahre später an das epochale Ereignis der ersten freien, demokratischen ÖH-Wahlen zu denken mag dabei helfen.

Christian Bruckner studierte ab 1998 Geschichte an der Universität Wien. Er war Mandatar an der Fakultät für Geistes- und Kulturwissenschaften und der Universitätsvertretung der Uni Wien sowie der Bundesvertretung der ÖH. 2003/04 war er im Referat für Bildungspolitik der ÖH-Bundesvertretung tätig. Er ist – mit Ausnahme der namentlich gekennzeichneten Artikel – Autor dieser Broschüre.

ÖH und Demokratie

- Geschichte der ÖH*
- Vorgeschichte*
- 1940er: Aufbau studentischer Demokratie*
Kommentar: Wiesinger
- 1950er: Soziale Lage und Studiengebühren*
Kommentar: Fischer
- 1960er: Studierende zwischen Borodajkewycz und „1968“*
Kommentar: Sperl
- 1970er: Demokratie und Mitbestimmung in der Universität*
Kommentar: Streeruwitz
- 1980er: Neue soziale Bewegungen*
Kommentar: Margulies
- 1990er: Der Mensch zuerst*
Kommentar: Berlakovic
- 2000er: Gegenreform an der Uni und linker Erdrutsch in der ÖH*
Kommentar: Mautz & Weinberger
- Wahlergebnisse und Vorsitzende*
- Uni im Wandel der Zeit*
- Feminismus und ÖH*
- Protest und Vertretung*
- Zukunft der ÖH Arbeit*
- Chronologie*
- Anhang*



Vorgeschichte

Erste Republik 1918-1933

Einen ersten Versuch zur Schaffung einer allgemeinen Studierendenvertretung gab es an der Universität Wien bereits 1896, als die 1893 gegründete Freie Vereinigung der sozialistischen Studierenden dies forderte. Diese Bemühungen blieben aber ebenso erfolglos wie diejenigen des Jahres 1910, als sie einen 24-köpfigen Hochschulausschuss forderten, der von allen Studierenden jährlich gewählt werden sollte. Die Forderungen scheiterten am Widerstand der, unter den damals wenigen tausend Studierenden tonangebenden, deutschnationalen Gruppierungen und der meist klerikal-konservativen oder deutschnationalen Universitätsleitungen.



Lange Jahre ein übliches Bild an der Uni

Mit Beginn des Wintersemesters 1918/19 gründeten die deutschnationalen Studierendengruppen unter dem Eindruck der Gründung der demokratischen Republik mit den übrigen studentischen Organisationen (katholische, sozialistische, liberale) an der Universität Wien einen „interfraktionellen Hochschulausschuß“, der aufgrund der unterschiedlichen Anschauungen allerdings nur einen Monat bestand. Ende November 1918 bildeten schließlich deutschnationale, vor allem Burschenschaften, gemeinsam mit katholischen Organisationen, vor allem Cartellverbänden (CV), ein Bündnis namens „Deutschbürgerliche Studentenschaft“. Trotz des Antiklerikalismus der Deutschnationalen, der in Widerspruch zum betont katholischen CV stand, verband sie ihre Gegnerschaft zu „Juden, Slawen, Sozialdemokraten und Bolschewisten“. Hauptziel der sich bald „Deutsche Studentenschaft“ nennenden Dachorganisation war weniger studentische Interessenvertretung als eine „Deutscherhaltung der Hochschulen“, vor allem der Einsatz für einen „Numerus clausus“ für Jüdinnen und Juden. Als Verbindung von CVern und Burschenschaf tern repräsentierte die Deutsche Studentenschaft gleichwohl die Mehrheit der Studierenden. Ausgeschlossen waren Frauen, Juden und Jüdinnen sowie Linke. Innerhalb der Deutschen Studentenschaft fanden Wahlen statt, bei denen 1919 die

Deutschnationalen 16 und die Katholischen vier Mandate erzielten. Die 1918 neugegründeten sozialistischen Studierenden (ihre Organisation war im Ersten Weltkrieg aufgrund ihrer kriegsgegernerischen Tätigkeit verboten und behördlich aufgelöst worden) verlangten die Bildung eines Hochschulausschusses auf der Grundlage freier Wahlen, blieben damit aber erfolglos. Dennoch anerkannte der Senat der Universität Wien 1923 die Deutsche Studentenschaft als Vertretung aller Studierenden. 1930 erließ die Universität Wien eine formelle „Studentenordnung“, welche die Studierenden in „Nationen“ einteilte und die Deutsche Studentenschaft als Vertretung der „arischen“, „deutschen“ Studierenden festlegte. 1931 wurde diese Verordnung zwar vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben, der als Einteilung in „Nationen“ verkleidete „Arierparagraph“ wurde aber grundsätzlich für zulässig erklärt. Nachdem schon zuvor oftmals jüdische und sozialistische Studierende verprügelt worden waren, folgten hiernach die schwersten Ausschreitungen.

Im Sommersemester 1931 waren noch Wahlen auf der Grundlage der später aufgehobenen „Studentenordnung“ abgehalten worden. Von den 10.939 Studierenden der Universität Wien waren 2.654 Studierende vom Wahlrecht ausgeschlossen. Die sozialistischen Studierenden (VSSStö) riefen zum



Abb. 3

Austrofaschisten verhüllen Demokratie

Boykott auf, die Wahlbeteiligung betrug aber dennoch 79%. Wahlsieger wurde der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB), der 15 Mandate erreichte. Zweitstärkste Fraktion wurde die Katholisch Deutsche Hochschülerschaft Österreichs (KDHÖ), die 14 Mandate erreichte, vor der deutschnationalen Burschenschaftler-Liste Völkische Front mit 11 Mandaten.¹

Austrofaschismus: 1933/34-1938

1933 musste die Universität Wien immer wieder wegen gewaltsamen Zusammenstößen zwischen katholischen und nationalsozialistischen Studierenden geschlossen werden. Die Regierung von Engelbert

Dollfuß, die im März 1933 den Nationalrat ausgeschaltet und die Demokratie abgeschafft hatte, drohte mit dem Einschreiten der Polizei. Die NSDAP wurde im Mai 1933 verboten. Nachdem der Rektor der Universität Wien die Deutsche Studentenschaft nicht aufgelöst hatte, wurden von Unterrichtsminister Schuschnigg am 29. September 1933 CVer als Sachwalter eingesetzt. An der Universität Wien war dies der spätere ÖVP-Bundeskanzler Josef Klaus, zu dieser Zeit Vorsitzender der KDHÖ. Die kleine Kommunistische Studentenfraktion (Kostrufa) wurde im Mai 1933 verboten, der VSSStÖ schließlich unmittelbar nach dem 12. Februar 1934, als sich der sozialdemokratische Schutzbund vergeblich gegen die

Abschaffung der Demokratie gewaltsam zur Wehr setzte. Am 1. Mai 1934 wurde eine neue Verfassung erlassen – während die Verfassung der demokratischen Republik von 1920 mit den Worten „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus“ begann, eröffnete die austrofaschistische Version mit den Worten „Im Namen Gottes, des Allmächtigen, von dem alles Recht ausgeht“.

1934 wurde die Studierendenvertretung neu geregelt. Das Unterrichtsministerium bestellte den CVer Heinrich Drimmel (später ÖVP-Unterrichtsminister) als „Sachwalter der Hochschülerschaft in Österreich“, dem hierarchisch die „Sachwalter der einzelnen Universitäten/Hochschulen“ unterstellt waren. Drimmel amtierte in dieser Funktion bis zur Nazi-Machtübernahme 1938.

Im Studienjahr 1918/19 studierten in Österreich 22.177 Studierende, davon 20.214 Männer und 1.963 (8,9%) Frauen. 1932/33 waren es 25.503 Studierende, davon 20.817 Männer und 4.686 (18,4%) Frauen. 1937/38 waren es 17.238 Studierende, davon 14.112 Männer und 3.126 (18,1%) Frauen. Während bis 1933 an Studiengebühren „nur“ Kollegengeld zu zahlen war, wurden ab September 1933 neue Gebühren eingehoben: ein Auditoriengeld plus Krisenzuschuss, ein Bibliotheksbeitrag, Regiebeiträge zu den Kanzleierfordernissen, ein Beitrag zur Förderung des Leibesübungs wesens, eine Instituts- oder Laboratoriumstaxe, eine Im-

ÖH und Demokratie

Geschichte der ÖH Vorgeschichte

- 1940er: Aufbau studentischer Demokratie*
- Kommentar: Wiesinger*
- 1950er: Soziale Lage und Studiengebühren*
- Kommentar: Fischer*
- 1960er: Studierende zwischen Borodajkewycz und „1968“*
- Kommentar: Sperl*
- 1970er: Demokratie und Mitbestimmung in der Universität*
- Kommentar: Streeruwitz*
- 1980er: Neue soziale Bewegungen*
- Kommentar: Margulies*
- 1990er: Der Mensch zuerst*
- Kommentar: Berlakovic*
- 2000er: Gegenreform an der Uni und linker Erdrutsch in der ÖH*
- Kommentar: Mautz & Weinberger*
- Wahlergebnisse und Vorsitzende*

Uni im Wandel der Zeit

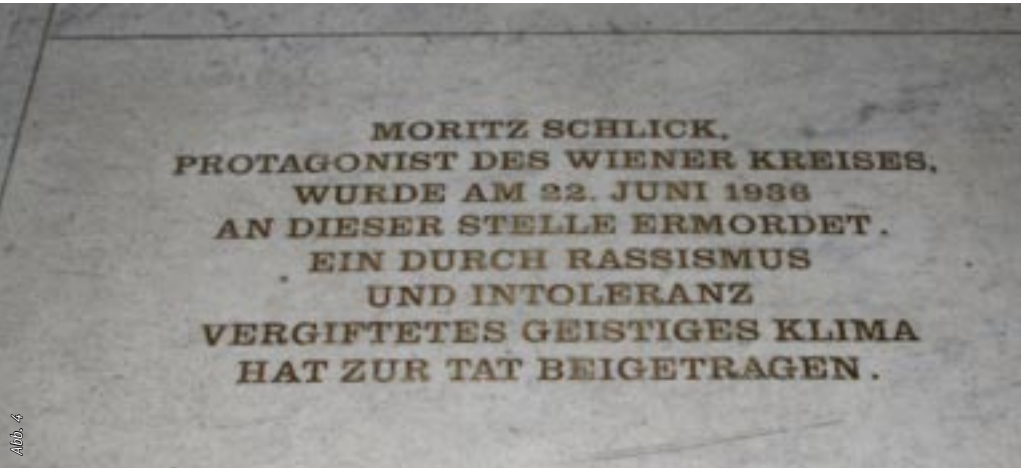
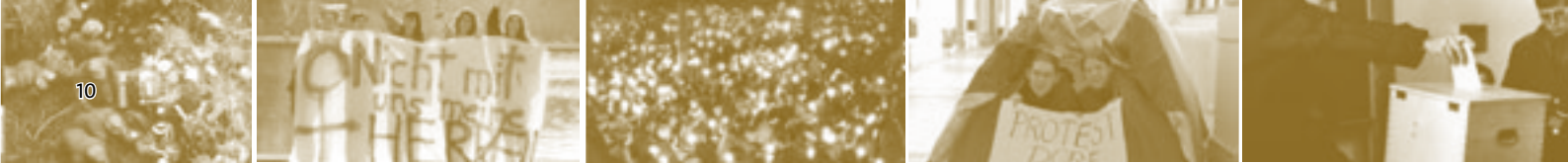
Feminismus und ÖH

Protest und Vertretung

Zukunft der ÖH Arbeit

Chronologie

Anhang



Inschrift auf der Philosophenstiege der Uni Wien

matrikulationstaxe, eine Inskriptionsgebühr sowie ein Beitrag für die allgemein bestehenden Einrichtungen. Dazu kamen ab Sommersemester 1934 der Hochschülerschafts- und ein Fürsorgebeitrag.

Insbesondere im Studienjahr 1937/38 kam es bis zum „Anschluss“ im März 1938 verstärkt zu Demonstrationen nationalsozialistischer Studierender.²

NS-Herrschaft 1938-1945

Nach der Machtübernahme der Nazis im März 1938 wurden die Universitäten erneut „gesäubert“. Noch im März wurden jüdische Professoren entlassen. Die Zahl der jüdischen Studierenden wurde zunächst mit einem Numerus clausus von 2% festgelegt,

nach dem Novemberpogrom 1938 wurden schließlich die letzten jüdischen Studierenden ausgeschlossen.

Die austrofaschistische Sachwaltschaft wurde aufgelöst. Der Großteil der deutschnationalen und teilweise auch katholischen Studierendenorganisationen löste sich selbst auf und trat in den Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) ein, der Rest wurde Ende des Sommersemesters 1938 behördlich aufgelöst und ihr Vermögen dem NSDStB übertragen.³

Endnoten

¹ Andrea Griesebner, Politisches Feld Universität. Versuch einer Annäherung anhand der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Studierenden zwischen 1918 und 1990. Dipl.-Arb., Univ. Wien 1990, S.24-40

² Griesebner, Politisches Feld Universität, 1990, S.42-63

³ Griesebner, Politisches Feld Universität, 1990, S.64-67



1940er Jahre

ÖH und Demokratie

Geschichte der ÖH

Vorgeschichte

1940er: Aufbau studentischer Demokratie

Kommentar: Wiesinger

1950er: Soziale Lage und Studiengebühren

Kommentar: Fischer

1960er: Studierende zwischen Borodajkewycz

und „1968“

Kommentar: Sperl

1970er: Demokratie und Mitbestimmung in der Universität

Kommentar: Streuerwitz

1980er: Neue soziale Bewegungen

Kommentar: Margulies

1990er: Der Mensch zuerst

Kommentar: Berlakovic

2000er: Gegenreform an der Uni und linker Erdrutsch in der ÖH

Kommentar: Mautz & Weinberger

Wahlergebnisse und Vorsitzende

Uni im Wandel der Zeit

Feminismus und ÖH

Protest und Vertretung

Zukunft der ÖH Arbeit

Chronologie

Anhang

1945: Studierende beleben die Uni wieder

Bald nachdem sowjetische Truppen Wien von der Nazi-Herrschaft befreit hatten, trat am 18. April 1945 zum ersten Mal ein „provisorischer akademischer Senat“ der Universität Wien zusammen. Bereits am 15. April nahmen die Studenten Rudolf Weniggraf, Friedrich Langer und Kurt Schubert das Haus Kolingasse Nr.19, die ehemalige Gaustudentenführung Süd-Ost des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbunds in Besitz und stellten deren Vermögen sicher. Die von Bombentreffern beinahe unbeschädigt gebliebene Mensa im Erdgeschoß ging bereits am 18. April wieder in Betrieb und verköstigte Studierende, die am Schuttaufräumen in den Universitätsgebäuden teilnahmen.

Als erster Rektor der Universität Wien „amtierte“ kurzzeitig der Student Kurt Schubert (später Judaistikprofessor). Die Studierenden nahmen entscheidenden Anteil an der baldigen Wiederaufnahme des Universitätsbetriebs. Die damals einzige Tageszeitung Neues Österreich berichtete am 27. Mai 1945: „Äußerster persönlicher Einsatz des Großteils der Studentenschaft und Improvisation wirkten mit, die Vorbedingungen für eine Durchführung des Sommersemesters zu schaffen. Als erste waren jene Studenten

zur Stelle, denen in den letzten Jahren die Möglichkeit zum Studium genommen war. Hochschüler, die man zum Militär gesteckt hatte, Studenten, denen man aus politischen Gründen nicht die Hochschulreife zusprechen wollte, und nicht zuletzt auch solche, die man aufgrund ihrer Abstammung nicht für würdig befunden hatte, eine Hochschule zu besuchen ... Sie entfernten Schutt von den Stiegen und Gängen, reinigten die Hörsäle, verklebten die Fenster und setzten die Institute wieder in stand. Nun war man soweit, mit der geistigen und organisatorischen Tätigkeit zu beginnen. Es galt den Aufbau der Studentenschaft in die Wege zu leiten. Es mussten Räume zur Verfügung stehen, in denen nicht nur Beratungen gepflogen, sondern deren Ergebnisse auch verwirklicht werden konnten.“

Von Juli bis Dezember 1945 arbeiteten an der Universität Wien von 4.500 Studierenden 2.200 mit einer Arbeitsbelastung von bis zu 40 Stunden in der Woche an der Instandsetzung der Universitätsgebäude. Der restlichen Hälfte – Kriegsheimkehrer, Kriegsversehrte, WerkstudentInnen, NS-Opfer – wurde der Arbeitseinsatz erlassen. Für ehemalige NationalsozialistInnen bestand eine sechswöchige bis sechsmonatige Arbeitsverpflichtung, an deren Ableistung die Immatrikulation und Inskription gebunden war. Auch an anderen Hochschu-

len war die Leistung der Studierenden entscheidend. An der schwer zerstörten Tierärztlichen Hochschule setzten kurz nach der Befreiung 31 Studierende ein Institut in Eigeninitiative in stand.¹

Die neue Freiheit in der Demokratie: Das politische Leben beginnt

In der ersten Maiwoche 1945 gründete eine Gruppe katholischer Studierenden, darunter unter anderem der spätere Rektor und Wissenschaftsminister Hans Tuppy und die spätere Zeithistorikerin Erika Weinzierl (damals Erika Fischer), die Freie Österreichische Studentenschaft (FÖST), die von der ÖVP als Studierendengruppe anerkannt wurde und von ihr in der Falkestraße zwei Zimmer zur Verfügung gestellt bekam. Wenn sie auch kein ÖVP-Ableger war, sondern selbständig entstand, waren ihre Mitglieder doch kulturell-religiös orientiert und damit der Weltanschauung der ÖVP nahe.

Mit der Wiedereröffnung der Universität Wien bekamen verschiedene politische Studierenden Gruppen miteinander Kontakt. Von der sowjetischen Besatzungsmacht waren ÖVP, SPÖ und KPÖ als Parteien anerkannt worden. Bereits Mitte April 1945 konstituierte sich nach Verhandlungen mit den Parteien ein sogenannter „Sechserausschuss“, der die Leitung einer provisor-



Nach der Befreiung von den Nazis

ischen studentischen Selbstverwaltung übernahm. Es gehörten ihm Rudolf Wengraf (parteilos, Vorsitzender), von katholischer Seite Hans Tuppy und Johannes Hurch, von sozialistischer Seite Otto Hoffmann-Ostenhoff und von kommunistischer Seite Peter Feldl und Melber an. Bald darauf wurde der Sechserausschuss durch Erweiterung und Umstrukturierung zum Zehnerausschuss.

Das Sommersemester begann an der Universität Wien am 2. Mai 1945. Die Haupttätigkeit der Studierenden, aber auch der Lehrenden, bestand in der provisorischen Instandsetzung von Gebäuden, Instituten, Hörsälen, Bibliotheken etc. sowie in der ständigen Sorge um die Beschaffung von Lebensmitteln. Die Betreuung und Organi-

sation der Studierenden im Wiederaufbau übernahmen vor der Gründung der ÖH fakultätsweise organisierte Fachgruppen in studentischer Selbstverwaltung.

Der Zehnerausschuss konstituierte sich zum Hauptausschuss der Demokratischen Studentenschaft Wiens um. Der Name Hauptausschuss bezeichnete in späteren gesetzlichen Regelungen bis 1999 die HochschülerInnenschaft an einer bestimmten Universität, der „Hauptausschuss“ von 1945 verstand sich hingegen als provisorische Vertretung aller Studierenden und ist so ein Vorläufer der bundesweiten, alle politischen Gruppierungen umfassenden Studierendenvertretung. Die Beschränkung auf Wien ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass im Frühjahr 1945 ein Kontakt zwischen den Besatzungszonen nur schwer möglich war. Der Hauptausschuss setzte sich aus fünf FachgruppenleiterInnen und je einer/m VertreterIn der drei politischen Fraktionen zusammen. Weiters wurden für bestimmte Bereiche Referate eingerichtet. Trotz zeitgebundener Aufgabenfelder („Einsatzreferat“ für den Wiederaufbau), ist an der Referatsstruktur bereits eine erstaunliche Kontinuität in den Politikbereichen der späteren ÖH erkennbar: Es gab Referate für Soziales, Sport, Kultur, Presse, AusländerInnen und Wirtschaft.

Studierende der Universitäten Wiens versammelten sich und arbeiteten ein Aktionsprogramm für den Wiederaufbau aus. Der Hauptausschuss nannte sich nun Hauptausschuss der Österreichischen Demokra-

tischen Studentenschaft. Rudolf Wengraf wurde als Vorsitzender bestätigt. Mit der Reifung zur politischen Institution entfalteten sich auch politische Gegensätze. Eine offene Frage war zu Beginn, ob die Referate nur für die Universität Wien oder alle Universitäten zuständig sein sollten. Um das als Schlüsselstellung betrachtete Sozialreferat entfachten Konflikte zwischen den politischen Gruppierungen. Aus seinen Mitteln, gespeist aus den an allen Universitäten organisierten Skriptenverkauf, kulturellen Veranstaltungen und Zuwendungen der Gemeinde Wien, konnten allein im Wintersemester 1945/46 84.000 Schilling an Stipendien ausbezahlt werden.²

Die ehemaligen NationalsozialistInnen

Über die Behandlung ehemaliger NationalsozialistInnen bestanden 1945 anfangs noch keine Regelungen. Der „Hauptausschuss“ organisierte an der Universität Wien eine Vorinskription, die jede/r Studierende zu absolvieren hatte. Dabei wurden zunächst eidesstattliche Erklärungen und die Angabe von ZeugInnen für den Nachweis einer politisch unbescholtenen Vergangenheit verlangt.

Mit Beginn des Sommersemesters 1945 wurden an allen Universitäten Kommissionen zur politischen Überprüfung der Studierenden eingerichtet, die aus je einem/einer vom NS-Regime geschädigten ProfessorIn und je einem/einer StudierendenvertreterIn



der drei Parteien bestand. Die Frage des Umgangs mit ehemaligen NationalsozialistInnen war sowohl zwischen als auch innerhalb der Studierendenfraktionen umstritten. Innerhalb des VSStÖ bestand sowohl die Auffassung, dass streng vorzugehen sei, wie die Ansicht, dass Jugendlichen, die verführt worden wären, eine Brücke in die Gesellschaft gebaut werden sollte. Die FÖST plädierte dafür, Milde walten zu lassen. Die Strenge der Beurteilungen der Kommissionen, sowohl für Studierende als auch ProfessorInnen, variierte auch zwischen den Universitäten. Das weitgehende Mitspracherecht der Studierenden wurde mit einer Verordnung des Staatsamts für Unterricht vom 11. August 1945 wieder verringert – zwar wurde die Mitarbeit der Studierendenvertretung bestätigt, ihre Rolle aber von bisheriger Mitentscheidung auf Vorerhebungen über Zulassung oder Ausschluss beschränkt.

Im Zuge der behördlichen „Entnazifizierung“ wurden im Wintersemester 1945/46 durchschnittlich 2,5% der Studierenden an Wiener Hochschulen vom Studium ausgeschlossen. Auch der Lehrkörper wurde amtlich durchleuchtet. An der philosophischen Fakultät der Universität Wien waren von den insgesamt 249 Lehrkräften im Wintersemester 1945/46 nur mehr 46 (18,5%) vorhanden. Bereits im Studienjahr 1949/50 betrug der Anteil der auch unter der NS-Herrschaft tätigen Lehrenden wieder bereits 44%, der ordentlichen ProfessorInnen sogar 60%.

1947 wurden die Kategorie der „Minderbelasteten“ eingeführt, 1948 folgte eine „Jugendamnestie“, sodass auch unter den Studierenden zuvor Ausgeschlossene wieder studieren konnten.³

Die Gründung der ÖH

Der Handlungsbereich der österreichischen Staatsregierung Karl Renners, die in Wien aus ÖVP, SPÖ und KPÖ schon im April 1945 gegründet worden war, beschränkte sich bis in den September 1945 nur auf die sowjetische Besatzungszone. Nach ihrer Anerkennung durch die westlichen Alliierten USA, Großbritannien und Frankreich kamen auch die Universitäten in den Bundesländern in Kontakt mit dem Staatsamt für Unterricht, dem späteren Unterrichtsministerium, das bis 1970 (und nach 2000) für die Hochschulagenden zuständig war. Es zeigte sich, dass sich die Handhabung der studentischen Selbstverwaltung an den einzelnen Universitäten stark unterschied und eine einheitliche Regelung notwendig war.

Am 3. September 1945 wurde das Hochschulgesetz erlassen, in dem auch die studentische Selbstverwaltung gesetzlich geregelt war. Die einzelnen bestehenden Organe wurden damit aufgelöst und in die neugeschaffene Körperschaft öffentlichen Rechts Österreichische HochschülerInnenschaft⁴ übergeführt. Über die politischen Funktionen sollten demokratische Wahlen entscheiden. Als Interimslösung bis zu den Wahlen

wurden von FÖST, VSStÖ und KommunistInnen Rudolf Wengraf als provisorischer Vorsitzender vorgeschlagen und die Referate aufgeteilt. Die FÖST war mittlerweile zur eindeutig mitgliederstärksten Fraktion gewachsen. Daher verlangte sie baldige Wahlen, um eine dementsprechende Position einnehmen zu können. Sie wandte sich auch gegen die gesetzliche Verankerung politischer VertreterInnen im neuen Zentralkomitee der ÖH, da sie sich an deren Stelle über VertreterInnen der Institutionen alleinigen Einfluss auf die Hochschulpolitik sichern wollte und sich in ihrer Kritik der Parteienpluralität dafür auch formal von der ÖVP distanzierte.⁵

Mit der austrofaschistischen „HochschülerInnenschaft“ unter „Sachwalterschaft“ eines vom Unterrichtsministerium eingesetzten Funktionärs gab es schon in den dreißiger Jahren einen gewissen organisatorischen Rahmen. Erstmals in der studentischen Geschichte brachte das Jahr 1945 den österreichischen Studierenden aber nun eine alle Universitäten und Hochschulen umfassende und vor allem demokratische Interessenvertretung.

Die ersten ÖH-Wahlen 1946

Die ersten ÖH-Wahlen fanden am 19. November 1946 von 8 bis 16 Uhr statt. Gewählt wurden an Hochschulen mit Fakultäten FachgruppenleiterInnen und Beiräte, aus denen sich der Hauptausschuss der jeweiligen Uni zusammensetzte. Die stärkste Frak-

ÖH und Demokratie

Geschichte der ÖH

Vorgeschichte

1940er: *Aufbau studentischer Demokratie*

Kommentar: Wiesinger

1950er: *Soziale Lage und Studiengebühren*

Kommentar: Fischer

1960er: *Studierende zwischen Borodajkewycz und „1968“*

Kommentar: Sperl

1970er: *Demokratie und Mitbestimmung in der Universität*

Kommentar: Streuerwitz

1980er: *Neue soziale Bewegungen*

Kommentar: Margulies

1990er: *Der Mensch zuerst*

Kommentar: Berlakovic

2000er: *Gegenreform an der Uni und linker Erdrutsch in der ÖH*

Kommentar: Mautz & Weinberger

Wahlergebnisse und Vorsitzende

Uni im Wandel der Zeit

Feminismus und ÖH

Protest und Vertretung

Zukunft der ÖH Arbeit

Chronologie

Anhang

tion sollte den/die VorsitzendeN stellen. An Hochschulen ohne Fakultäten sollte der Vorsitz vom Hauptausschuss gewählt werden. Im bundesweiten Zentralausschuss sollten die Vorsitzenden der Hauptausschüsse sowie je zwei VertreterInnen der drei politischen Gruppierungen Union (FÖST), VSStÖ und Kommunistische Studentengruppe vertreten sein. Wahlberechtigt waren alle Studierenden mit österreichischer StaatsbürgerInnenschaft.

Als vierte Fraktion wollte die Vereinigung Demokratischer Studenten (VDS) kandidieren. Da sie zwar offensichtlich eine kommunistische Gründung war, sich aber überparteilich gab, wurde sie noch vor den Wahlen vom Innenministerium verboten, da nur ÖVP, SPÖ und KPÖ damals zugelassene politische Parteien waren.

Wichtiges Thema im ersten ÖH-Wahlkampf war die Frage der Entnazifizierung der Universitäten. Am Wahltag selbst versuchte eine Demonstration aus den sowjetischen USIA-Betrieben vor der Universität Wien mit dem Ruf nach Verbannung der Nazis von der Universität und unter Einsatz körperlicher Gewalt gegen vermeintliche Nazis erfolglos Einfluss auf das Wahlergebnis zu nehmen. Auslöser der Demonstration waren neonazistische Vorkommnisse im Zuge des Wahlkampfs. Während einer Wahlversammlung am 14. November 1946 wurde etwa ein ehemaliger KZ-Häftling aus dem Publikum mit „Schade, dass die dich

im Konzentrationslager nicht umgebracht haben“ beschimpft.

Bei einer Wahlbeteiligung von 82% (22.041 Stimmen) erzielte erwartungsgemäß die konservative Union (FÖST) eine deutliche Mehrheit. Sie erreichte drei Viertel der Stimmen (15.654 Stimmen), der VSStÖ 21,7% (4.526 Stimmen) und die Kommunistische Studentengruppe 3% (611 Stimmen). Im Zentralausschuss erreichte die Union 14 Mandate (11 Vorsitzende und 3 Zusatzmandate) und der VSStÖ 4 Mandate (2 Vorsitzende und 2 Zusatzmandate). Die KommunistInnen gingen leer aus.⁶

ÖH-Politik

Im Jänner 1946 folgte Karl Leutgeb (FÖST) Rudolf Wengraf als Vorsitzender des Hauptausschusses der Universität Wien und des Zentralausschusses der ÖH⁷. ÖVP-nahe politische Gruppierungen (FÖST, Union, Wahlblock, ÖSU, Aktionsgemeinschaft) stellten in Folge bis 1995 ununterbrochen die Führung in der ÖH.

Innerhalb der FÖST vollzog sich mit Wintersemester 1945/46 ein Generationswechsel. Die Gründungsgeneration wurde von einer zweiten Generation um den nachmaligen Historiker Kurt Skalnik, den ersten gewählten ÖH-Vorsitzenden Karl Leutgeb, Walter Leibrecht, Hans Loew und Bruno Zimmel abgelöst. Die neue Generation war ebenfalls katholisch orientiert, allerdings

stärker politisch und weniger religiös. Ideologisch-programmatische Leitlinie der FÖST war das Schlagwort vom „christlichen Abendland“ als Bollwerk gegen das Bedrohungsbild des „Marxismus“ und eine besondere Betonung eines (katholisch gefärbten) Österreich-Patriotismus. Das Verhältnis zur ÖVP wurde am 5. November 1945 in einem Vertrag zwischen ÖVP und FÖST, der letztere die Alleinvertretung der ÖVP-Interessen unter den Studierenden sicherte, formalisiert. Nachdem die FÖST in der ersten Zeit 1945/46 die einzige offizielle katholische Studierendenorganisation gewesen war, begannen auch die traditionellen Standesorganisationen des Cartellverbands (CV) und der monarchistischen katholisch-österreichischen Landsmannschaften (KÖL) ihre Aktivitäten, die den Vorteil der weitverzweigten männerbündischen Absolventen-Seilschaften besaßen. Im Februar 1946 wurde die Union Österreichischer Akademiker als Dachverband von FÖST, KÖL und Cartellverband gegründet. Am 14. März 1946 wurde die Gründungsurkunde als halber Staatsakt feierlich im Großen Sitzungssaal des Bundeskanzleramts in Anwesenheit von Bundeskanzler (und ÖVP-Obmann) Leopold Figl und Unterrichtsminister (und ÖVP-Generalsekretär) Felix Hurdes unterzeichnet. Die zunächst lose Union umfasste nun ein Spektrum von monarchistischen Gruppen bis zur vergleichsweise „linkskatholischen“ FÖST, die als einzige Gruppierung nicht katholische Religionszugehörigkeit als Mitgliedsvoraussetzung hatte und auch Frauen aufnahm.



Abb. 6

Gut vertreten: Das ÖH Sozialreferat verteilt kostenlos Schuhe und andere Kleidung

Auf Sicht benachteiligte sie ihre Eigenschaft als reine Studierendenorganisation aber gegenüber der Netzwerkorganisation CV und deren lebenslange Verbindung von gut verdienenden und in hohen Positionen befindlichen Akademikern. Die ÖVP übertrug der Union in Nachfolge der FÖST die Vertretung ihrer Interessen unter den Studierenden.

Bis Mitte 1947 dominierte die FÖST innerhalb der Union, mit der Zeit gewannen jedoch die Cartellverbände an Boden. Nachdem der Unions-Spitzenkandidat für die ÖH-Wahlen 1948, Fritz Köhler, der nach Karl Leutgeb's Rücktritt (aufgrund seiner NS-Vergangenheit) im Mai 1947 den ÖH-Vorsitz übernommen hatte, am 22. Dezember 1947 als verschwunden gemeldet wurde – sowohl Selbstmord als auch Verschleppung in die

Sowjetunion wurden in Betracht gezogen – trat 1948 mit Franz Bauer ein CVer für die Union an. Nach den ÖH-Wahlen 1946 wurde auf Betreiben der FÖST eine Koalition mit dem VSStÖ eingegangen, spiegelbildlich zur Großen Koalition im Nationalrat. Aufgrund der konservativen Betonung einer „antimarxistischen“ Haltung und der oppositionellen Orientierung des VSStÖ war diese Phase nicht mehr von der Zusammenarbeit des Jahres 1945, sondern von vermehrten Auseinandersetzungen geprägt.⁸

Im Unterschied zur FÖST konnte der VSStÖ 1945 bereits auf eine jahrzehntelange Geschichte zurückblicken. 1893 wurde in Wien die Freie Vereinigung sozialistischer Studenten gegründet, die sich 1924/25 mit den 1919 gegründeten sozialistischen

Studierendengruppen in Innsbruck und Graz zum Verband Sozialistischer Studenten Österreichs (VSStÖ) zusammengeschlossen hatte. Im Februar 1934 verboten, wurde er im April 1945 von einer Gruppe um Otto Hoffmann-Ostenhof wiedergegründet. Den Kern bildeten zunächst Mitglieder einer Widerstandsgruppe am Chemischen Institut der Universität Wien, von welcher zwei Mitglieder bei Kriegsende von einem fanatischen NS-Professor ermordet worden waren. Die Organisation etablierte sich bald, dabei waren in den vierziger Jahren etwa auch Erika Seda, Josef Schneeweiß, Josef Staribacher, Heinz Kienzl oder Heinz Damian.⁹

Auf kommunistischer Seite konstituierte sich im Mai 1945 eine „Kommunistische Studentengruppe“. Marie Tidl, die erste Sprecherin der Gruppe, wurde direkt von der KPÖ eingesetzt, eine reguläre Leitung wurde erst vor den ÖH-Wahlen 1946 gewählt. Nachdem Peter Feldl in den Anfangstagen 1945 einigen Einfluss gewinnen konnte, wurden die kommunistischen Studierenden spätestens nach den ersten Nationalratswahlen 1945, welche die Kleinheit der KPÖ offenbart hatten, bedeutungslos. Entsprechend der damaligen Parteilinie wollte die KPÖ eine einheitliche demokratische Studierendenorganisation, die als Vereinigung Demokratischer Studenten (VDS) unter Auflösung der bisherigen Gruppierung 1947/48 gegründet wurde. Da aber sowohl ÖVP-nahe als auch sozialistische

ÖH und Demokratie

Geschichte der ÖH

- Vorgeschichte
- 1940er: Aufbau studentischer Demokratie
- Kommentar: Wiesinger
- 1950er: Soziale Lage und Studiengebühren
- Kommentar: Fischer
- 1960er: Studierende zwischen Borodajkewycz und „1968“
- Kommentar: Sperl
- 1970er: Demokratie und Mitbestimmung in der Universität
- Kommentar: Streeruwitz
- 1980er: Neue soziale Bewegungen
- Kommentar: Margulies
- 1990er: Der Mensch zuerst
- Kommentar: Belakovic
- 2000er: Gegenreform an der Uni und linker Erdrutsch in der ÖH
- Kommentar: Mautz & Weinberger
- Wahlergebnisse und Vorsitzende
- Uni im Wandel der Zeit
- Feminismus und ÖH
- Protest und Vertretung
- Zukunft der ÖH Arbeit
- Chronologie
- Anhang



Studierende ihre eigenen Organisationen hatten, blieb der VDS eine kommunistische Organisation.¹⁰

Bei den ÖH-Wahlen 1948 erreichte zwar die Union mit 70,31% wieder eine überlegene Mehrheit, der VSStÖ gewann aber auf ihre Kosten mit 26,29% stark hinzu, wobei Misstrauen gegen die wachsende Macht des CV dazu beigetragen haben mag, die vom VSStÖ massiv kritisiert wurde. Der kommunistische VDS stagnierte bei 3,4%. Die Wahlbeteiligung sank, war mit 74,87% (1946: 82%) aber immer noch hoch. Die im Mai 1949 folgenden nächsten ÖH-Wahlen brachten keine großen Verschiebungen der drei Gruppierungen, die konservative Union erreichte 71,9%, der VSStÖ 24,4% und der kommunistische VDS 3,6%. Die Wahlbeteiligung sank wiederum leicht, blieb aber auf dem hohen Niveau von 76,2%. Bemerkenswert war hingegen die hohe Anzahl von ungültigen Stimmen von etwa 14%. Für die oppositionellen Fraktionen VSStÖ und VDS bedeutete dieses Faktum eine Bestätigung ihrer Kritik an der Entwicklung der ÖH zu einer bürokratischen Verwaltung der Studierenden anstatt einer kämpferischen Interessenvertretung. Sie kritisierten auch, dass die konservative ÖH sich nicht der AkademikerInnenarbeitslosigkeit widme und sich nicht genügend für staatliche Stipendien einsetze. Es kündigte sich allerdings auch schon die im Herbst bevorstehende Gründung einer Studierendengruppe des als Sammelbecken ehemaliger Nation-

alsozialistInnen dienenden „Verbands der Unabhängigen“ (VdU) an.¹¹

Universitätspolitik

Unmittelbar nach Kriegsende im Frühjahr 1945 stellte sich vor allem das Problem der Beseitigung der Kriegsfolgen und der Wiederaufnahme des Lehrbetriebs, auch die Bewältigung der Vorgänge und Verbrechen insbesondere der Nazi-Jahre seit 1938, aber auch des Austrofascismus seit 1933 waren Thema. Die materielle Lage wurde an den Hochschulen noch dadurch verschärft, dass in der ersten Nachkriegszeit eine kriegsbedingt aufgestaute Nachfrage nach Bildung vieler junger Menschen bestand, die in den Jahren zuvor keine Gelegenheit zu Ausbildung oder Studium gehabt hatten. Das Durchschnittsalter der Studierenden war so in diesen ersten Jahren vergleichsweise hoch. In der politischen Diskussion standen neben der gesetzlichen Neuordnung vor allem die „Überfüllung“ der Hochschulen und die damit zusammenhängenden Probleme der materiellen Ausstattung und der Berufsaussichten der AbsolventInnen im Vordergrund. Im Studienjahr 1946/47 studierten 33.508 StudentInnen, davon 7.660 (22,86%) Frauen – dies waren doppelt so viele Studierende wie noch 1937/38.

Die Universitäten und Hochschulen (man unterschied noch lange zwischen den klassischen Universitäten wie den „Hauptunis“ von Wien, Graz, Innsbruck und fachlich

definierten „Hochschulen“ wie die TUs, damals Technische Hochschulen genannt, oder die WU, damals Hochschule für Welthandel) war die Aufgabe des „geistigen Wiederaufbaus“ gestellt, nachdem die intellektuellen Eliten des Landes nicht mehr vorhanden waren. Dieser „Wiederaufbau“ schloss allerdings nicht das Bemühen um die vielen vertriebenen Intellektuellen und WissenschaftlerInnen ein.¹²

Das Leistungsangebot der ÖH

In der unmittelbaren Nachkriegszeit 1945 waren die Leistungen für die Studierenden finanziell sehr beschränkt und improvisiert. Dennoch wurde von Beginn an neben der politischen Interessenvertretung ein weiteres Standbein der ÖH aufgebaut. Zentral war dabei nach dem Krieg die Vergabe von Stipendien und Darlehen, um im Rahmen der Möglichkeiten Studienkosten und Studiengebühren für besonders Bedürftige mitzufinanzieren, die Vermittlung von Wohn- und Studierräumen, Beihilfen für kranke, kriegsversehrte oder verheiratete Studierende und die Vergabe von Nebenjobs und Ferienarbeitsstellen. Hinzu kam die Einführung von selbstorganisierter Studien- und Prüfungsberatung und die Organisation von kulturellen und Unterhaltungsveranstaltungen im Nachkriegsgrau.

Der Arbeitsbereich des Sozialreferats umfasste in den vierziger Jahren drei Bereiche: finanzielle Unterstützungen bzw. allfäll-



„Irgendwer musste einfach vorangehen.“

Ein Gespräch mit dem ehemaligen ÖH-Vorsitzenden Prof. Günther Wiesinger über Studieren in den 40er Jahren, die Geschichte der ÖH und warum es 1952 schon Sitzstreiks gab.



Wie war das, in den 40er Jahren in der ÖH aktiv zu sein?

Wie es damals war, kann man sich heute gar nicht mehr vorstellen. Es gab keine Mensa, darum haben wir einen besseren Würstelstand aufgebaut. Der war nichts Besonderes, aber immerhin billiger als der auf der Straße.

Damals gab es auch eine sehr strenge Kontrolle unserer Finanzen. Einmal im Quartal musste ich mit dem Wirtschaftsreferenten der ÖH ins Finanzministerium. Dort wurden alle Belege kontrolliert. Trotzdem konnten viele soziale Aktivitäten durchgebracht werden, zum Beispiel das Studentenheim in der Führichgasse. Damals gab es ja eine große Wohnungsnot. Niemand hat sich darum gekümmert, wo Studenten wohnen können, also haben wir ein Heim gebaut. Erst später sind dann andere Heimträger entstanden. Irgendwer musste einfach vorangehen.

Aus welchem Grund haben Sie sich in der ÖH engagiert?

Ich war seit 1948 beim Cartellverband, die erste wirklich große Studierendennorganisation war die Freie Studentenschaft (FÖST). Die rückte dann in das Umfeld der damaligen ÖVP, auch VSStÖ und RFS sind damals entstanden. Ich selbst war immer politisch engagiert, war plakatiert und so weiter. Dann war ich Vorsitzender des Hauptausschusses an der Uni Wien und Vorsitzender des Zentralausschusses in Personalunion.

Wie war das Verhältnis zum Ministerium?

Zwiespältig. Einerseits hatten wir einen guten Zugang durch die politische Zusammengehörigkeit, aber einer Meinung waren wir nicht immer. Einmal sollten ja die Gebühren empfindlich erhöht werden – und zwar um 30 Prozent. Wir sind dann rebellisch geworden und haben 1952 einen Sitzstreik am Ring organisiert. Mit Erfolg: Die Gebühren wurden nur geringfügig erhöht.

Wenn es uns zu dumm geworden ist, haben wir immer gesagt, dann gehen wir wieder auf den Ring. Studenten haben damals ein ganz anderes Ansehen gehabt als heute. Da hat es geheißt, die hackeln eh fleißig. Die öffentliche

Meinung war uns also durchaus gewogen, das haben wir natürlich weidlich ausgenützt.

Wie war die Lebenssituation der Studierenden in den 40er und 50er Jahren?
Damals gab es zwei Gruppen von Studenten. Einerseits die Kriegsteilnehmer, die waren viel älter, hatten eine ganz andere Lebenserfahrung. Die wollten vor allem in Ruhe ihr Studium beenden können. Andererseits gab es die jungen Studenten, die sind auf Feste und Bälle gegangen. Die hatten natürlich ganz andere Wünsche an uns. Das hat sich erst im Lauf der Zeit gelöst. Allerdings waren die sozialen Unterschiede damals meiner Meinung nach nicht sehr groß, es gab viele Werksstudenten, die hatten nicht viel Geld. Aber alle anderen sind auch nicht in Geld geschwommen.

Der größte Erfolg der ÖH?

Wir haben eine Tuberkulose-Fürsorge organisiert, das hat damals immerhin 1.000 Studierende betroffen. Die Weiterführung dieses Projekts war dann die Einführung der Krankenversicherung für Studierende. Um fünf Schilling war man versichert, alle Wiener Spitäler haben das akzeptiert. Das war eine riesige Geschichte, kaum jemand war damals versichert. Unser zweiter großer Erfolg war der Bau des Studentenheimes in der Führichgasse.

Wie stand es damals um die Beteiligung bei ÖH-Wahlen?

Die Wahlbeteiligung war sehr hoch, damals gingen 80 Prozent der Studenten wählen. Aber der Wahlkampf war nicht besonders aufwändig, schließlich hatten wir damals nicht viel Geld. Insgesamt war die Stimmung aber eine Aufbruchsstimmung, da ist man einfach wählen gegangen.

Günther Wiesinger begann sein Studium der Medizin 1947. Er war 1952-1954 Vorsitzender des Zentralausschusses und des Hauptausschusses der Universität Wien in Personalunion.

lige Verteilung von Kleider- und anderen Spenden, Unterstützung von Studierenden durch Vermittlung von Nebenerwerbsmöglichkeiten und die Vermittlung von Räumen in Untermiete durch das eigene „Quartierreferat“. Das dem Wirtschaftsreferat angegliederte Gesundheitsreferat bemühte sich um die Einrichtung eines Genesungsheims für erholungsbedürftige Studierende, führte ab dem Wintersemester 1947/48 Reihenuntersuchungen der Erstsemestrigen ein und bemühte sich im Wintersemester 1948/49 um die Einrichtung einer Zahnstation in Wien. In Verbindung mit dem Gesundheitsreferat begann am 15. April

Wintersemester 1948/49 wurde auf 6.500 Mahlzeiten pro Tag aufgestockt. Die nach dem Krieg höchst prekäre Ernährungslage in Österreich und vor allem in Wien besserte sich Ende der vierziger Jahre allmählich, wodurch die Grenze für die Zulassung zur Ausspeisung von 12 kg Untergewicht auf 6-7 kg hinaufgesetzt werden konnte – die breite Mehrheit lebte aber, wie diese Zahlen nahe legen, weiter in Mangel. Sozialpolitische Erfolge der ÖH 1948 waren die Durchsetzung von Lebensmittelzusatzkarten für die Semesterferien oder das Außerkräftensetzen des berüchtigten Ernteeinsatzes am Land, der für einige Sozialleistungen als Gegenleistung verlangt worden war.

Das Sportreferat organisierte Sportveranstaltungen und Wettbewerbe von StudentInnen, so etwa Basketballmeisterschaften und Wettspiele gegen SportlerInnen aus anderen Ländern. Im Sommer 1948 wurde unter anderem ein Dreistädtekampf im Tennis zwischen Wien, Graz und Innsbruck veranstaltet.¹³

Selbstorganisiertes kulturelles Leben

Als langanhaltend erfolgreiches Betätigungsfeld zeigte sich das schon in den ersten Tagen gegründete Kulturreferat. Die im dritten Stock des Hauses in der Kolin-gasse etablierte Laienspielgruppe „Studio der Hochschulen“ bot in Wien ein hohes Niveau an studentischem Theater. Initiator war 1945 Friedrich Langer. Er und seine

MitarbeiterInnen handelten de facto als Theaterdirektion, die Stücke auswählte und per Plakaten nach interessierten Studierenden suchte. Viele bekannte SchauspielerInnen und RegisseurInnen traten im studentischen „Studio“ auf oder debütierten hier sogar, so etwa Michael Kehlmann, Herbert Wochinz, Helmuth Schwarz, Hilde Weinmann, Helmut Qualtinger, Carl Merz, Gerhard Bronner, Hilde Sochor, Kurt Sobotka oder Karlheinz Böhm.

Im Sommer und Herbst 1945 ging das „Studio“ sogar bereits auf Tournee und knüpfte Kontakte nach Leoben und Graz. Eine in den Sommerferien 1945 in die Schweiz führende Auftrittsreise führte als „Nebenerfolg“ dazu, dass die Beteiligten „gut gepflegt und neu eingekleidet ... und reich mit Schätzen wie Zucker, Schokolade und Medikamenten beladen“ ins Not leidende Österreich zurückkehren konnten, wie Friedrich Langer später erzählte. Das studentische Theater entwickelte sich zur viel beachteten Plattform einer jungen KünstlerInnengeneration.

Auch an anderen Hochschulen entstanden eigene Aktivitäten. In Graz wurde nach Wiener Vorbild ein Studio der Hochschulen gegründet, das Innsbrucker Kulturreferat war mit seinem Collegium musicum vor allem musikalisch unterwegs, führte aber auch kurze Zeit ein eigenes Theaterstudio. Das Kulturreferat der Technischen Hochschule Wien widmete sich der Veranstaltung von Bällen.¹⁴



Das Studio der Hochschulen spielt den Urfaust

1948 die sogenannte „Schwedenausspeisung“, bei der aus schwedischen Spenden in der Mensa etwa 2.000 bedürftige Studierende verpflegt werden konnten. Bis zum

Studiengebühren **Endnoten**

1945 wurde mit der Wiedereinführung des Gesetzeswerks von 1938 auch die damalige Höhe der Studiengebühren wieder in Kraft gesetzt. Ab dem Sommersemester 1948 war ihre Höhe bis in die frühen fünfziger Jahre ein permanenter Diskussionspunkt zwischen ÖH und dem Unterrichtsministerium. Die ÖH lehnte in der Anfangsphase eine Erhöhung kategorisch ab, da die nötigen Neuanschaffungen nicht von den Studierenden finanziert werden sollten. Sie forderte stattdessen eine universitätsinterne Umverteilung der Mittel und eine rationellere staatliche Verwaltung. Der VSStÖ hatte im Sommersemester 1947 eine weitgehende Neuregelung durch progressive Prüfungstaxen (für einzelne Prüfungen musste damals gezahlt werden, gefordert wurde hier eine Staffellung), staatliche Anstellung der LektorInnen, Abschaffung der Anteile der Dekane und Abschaffung der sogenannten „schwarzen Gebühren“ (zusätzliche Studiengebühren, die von einzelnen Professoren verlangt wurden). Die Studiengebühren sollten an die sozialen Verhältnisse der Studierenden angepasst werden, was als Utopie galt. Der kommunistische VdS zog eine Parallele zur damaligen Diskussion um eine Aufstellung eines Heeres und meinte 1947: „Mögen die da oben den Luxus eines Heeres fordern, wir Studenten fordern das kostenlose Studium! Damit würde Österreich an der Spitze der Kulturstaaten marschieren, statt als Adabei unter den Militärstaaten!“¹⁵

¹ Christine H. Forster, *Die Geschichte der Österreichischen Hochschülerschaft 1945-1955 (Dissertationen der Universität Wien: Bd.166)*. Wien 1984, S.6, S.10, S.79-82

² Forster, *Geschichte*, 1984, S.11-20

³ Forster, *Geschichte*, 1984, S.18f., S.22-25; Griesebner, *Politisches Feld Universität*, 1990, S.80-84

⁴ trotz der geschlechtsneutralen Schreibweise soll hier die historische männliche Formulierung als Zeitdokument erkenntlich werden

⁵ Forster, *Geschichte*, 1984, S.34-43

⁶ Forster, *Geschichte*, 1984, S.114-123; Griesebner, *Politisches Feld Universität*, 1990, S.87f.

⁷ Von 1945 bis 1957 und dann wieder 1959-1961 wurde der Vorsitz in Zentralaussschuss und Hauptausschuss der Uni Wien in Personalunion ausgeübt. Im ÖH-Haus in der Kolingasse befanden sich 1945-1960 beide Büros unter einem Dach. Als 1960 in die Führichgasse übersiedelt wurde, wurde der 2. Stock für den HA eingerichtet, ein eigenes Büro erhielt die ÖH der Uni Wien erst 1964 im NiG. 1957 kam mit Herbert Mauser von der Hochschule für Welthandel erstmals ein ÖH-Vorsitzender aus einer anderen Universität. (Forster, *Geschichte*, 1984, S.48 und S.78)

⁸ Forster, *Geschichte*, 1984, S.48-67, S.142f., S.150

⁹ Ariane Heilingsetzer / Maria Mesner / Heinz Rögl / Fritz Weber, *Zur Geschichte des Verbandes Sozialistischer Studenten*

Österreichs (VSStÖ) 1945-1970. Projektbericht an das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung. Wien 1989; Helge Zörtl, „Student kommt von Studieren!“. *Zur Geschichte der sozialdemokratischen Studentenbewegung in Wien (Materialien zur Arbeiterbewegung: Nr.62)*. Wien / Zürich 1992; Wolfgang Speiser, *Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938 (Materialien zur Arbeiterbewegung: Nr.40)*. Wien 1986; Hans-Peter Weingand / Werner Winkler, *Diese Welt muß unser sein. Die sozialistischen Studierenden in Graz 1919-1991*. Graz 1992

¹⁰ Dietmar Zach, *KSV und VSStÖ: Zwischen Zusammenarbeit, Konkurrenz und Verleumdung. Theoretische Perspektiven und politische Praxis*. Dipl.-Arb., Univ. Wien 1998, S.13f.; Forster, *Geschichte*, 1984, S.74 u. S.114

¹¹ Forster, *Geschichte*, 1984, S.152-154, S.181f.; Griesebner, *Politisches Feld Universität*, 1990, S.90f.

¹² Lorenz Lassnigg, *Bildungsreform gescheitert ... Gegenreform? 50 Jahre Schul- und Hochschulpolitik in Österreich*. in: Reinhard Sieder / Heinz Steinert / Emmerich Tálos (Hg.), *Österreich 1945-1995. Gesellschaft - Politik - Kultur (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik: Bd.60)*. Wien 1995, S.458-484, hier S.458f.

¹³ Forster, *Geschichte*, 1984, S.162-165

¹⁴ Forster, *Geschichte*, 1984, S.27-31, S.170

¹⁵ Forster, *Geschichte*, 1984, S.203f.

ÖH und Demokratie

Geschichte der ÖH
Vorgeschichte

1940er: *Aufbau studentischer Demokratie*

Kommentar: Wiesinger

1950er: *Soziale Lage und Studiengebühren*

Kommentar: Fischer

1960er: *Studierende zwischen Borodajkewyc und „1968“*

Kommentar: Sperl

1970er: *Demokratie und Mitbestimmung in der Universität*

Kommentar: Streuerwitz

1980er: *Neue soziale Bewegungen*

Kommentar: Margulies

1990er: *Der Mensch zuerst*

Kommentar: Berlakovic

2000er: *Gegenreform an der Uni und linker Erdrutsch in der ÖH*

Kommentar: Mautz & Weinberger

Wahlergebnisse und Vorsitzende

Uni im Wandel der Zeit

Feminismus und ÖH

Protest und Vertretung

Zukunft der ÖH Arbeit

Chronologie

Anhang



1950er Jahre

1950: ein eigenes Gesetz für die ÖH

Im September 1945 wurde von der provisorischen Staatsregierung die Rückkehr zur hochschulpolitischen Gesetzeslage von 1935 beschlossen. In der ersten Nachkriegszeit hatte die Studierendenvertretung durch ihre aktive Mitarbeit am Wiederaufbau einige Kompetenzbereiche und Autonomierechte de facto erworben, die in dieser Form nicht gesetzlich vorgesehen waren. In der Folge bemühten sich die staatlichen Stellen, die StudentInnenvertreterInnen wieder einer strengeren Kontrolle zu unterwerfen und zugestandene Einspruchs- und Entscheidungsrechte wieder zu beschneiden. Im Sommersemester 1948 setzten daher Bemühungen der ÖH um eine Reform der Hochschulgesetzgebung ein.

Besondere Angriffspunkte waren das Einspruchsrecht der Rektoren in sämtliche ÖH-Beschlüsse und die Möglichkeit der Amtsenthebung von ÖH-FunktionärInnen durch den Rektor. Aufgrund eines diesbezüglichen Protests der ÖH im Dezember 1947 richtete die SPÖ im Nationalrat eine parlamentarische Anfrage an den Unterrichtsminister Felix Hurdes (ÖVP). Dieser erklärte in seiner Antwort, dass die Rechtsstellung des Rektors zur ÖH dieselbe wäre wie zu jeder sonstigen Uni-Einrichtung. Der VSStÖ-Vertreter Ferdinand Maly arbe-

itete als Ausdruck des Protests gegen diese Einstellung nach dem Entwurf des AK-Gesetzes einen ersten Entwurf eines HochschülerInnenschaftsgesetzes aus, das der ÖH eine unabhängige Stellung geben sollte. In der Sitzung des Zentralausschusses der ÖH vom 30. Juni 1948 wurde daraufhin ein Antrag aller drei ÖH-Fraktionen einstimmig angenommen.

Einen weiteren Anstoß in der Debatte um ein ÖH-Gesetz gab 1949 eine Beschwerde des kommunistischen VDS gegen die Wahlordnung, die nur Gruppierungen zur ÖH-Wahl zuließ, die auch bei Nationalratswahlen kandidierten. Minister Hurdes hatte dies 1947 damit begründet, dass damit ein (Wieder-) Eindringen von Nazis verhindert werden sollte. Nachdem jedoch die Entnazifizierung für beendet erklärt worden war, forderte der VDS, dass analog zu Kammer- und Betriebsratswahlen Unterstützungsunterschriften für eine Kandidatur ausreichen sollten. Am 8. Dezember 1949 hob schließlich der Verfassungsgerichtshof die 2. HochschülerInnenschaftsverordnungsnovelle auf (da sie 1945 auf Basis des Hochschulermächtigungsgesetzes von 1935 erlassen worden war, das aber aufgrund Widerspruchs zur Bundesverfassung außer Kraft getreten war). Damit war der ÖH aber auch die Rechtsgrundlage als Körperschaft öffentlichen Rechts entzogen.

In zähem Ringen zwischen Unterrichtsministerium und ÖH wurde ein Gesetzesentwurf ausverhandelt, der am 12. Juli 1950 vom Nationalrat als „HochschülerInnenschaftsgesetz 1950“ beschlossen wurde. Mit dem Gesetz wurde die ÖH auch in ihren Funktionen und nicht nur deklarativ eine Körperschaft öffentlichen Rechts. Die Organisation der ÖH nach dem Grundsatz der studentischen Selbstverwaltung wurde gesetzlich verankert. Ihre Organe wurden nach demokratischen Wahlen, die auf den Nationalratswahlgrundsätzen basierten, gewählt. Der Status als gesetzliche Interessenvertretung machte klar, dass der ÖH wie allen anderen Kammern das Recht auf Begutachtung von Gesetzesentwürfen, bevor diese vom zuständigen Bundesministerium dem MinisterInnenrat vorgelegt werden, gesichert wurde.¹

Universitätspolitik

Nicht nur die ÖH wurde in den fünfziger Jahren gesetzlich neu geregelt, sondern auch die Universitätsorganisation. Mit 1. Oktober 1955 trat das Hochschulorganisationsgesetz (HOG) 1955 in Kraft. Es war das erste umfassende derartige Gesetz der Zweiten Republik, nachdem 1945 die Rechtsvorschriften vor dem 13. März 1938 wiederingeführt worden waren und seither daran nur die jeweils nötigen Anpassungen



vorgenommen wurden. Das HOG brachte allerdings keine inhaltliche Modernisierung. Es schrieb die aus dem 19. Jahrhundert stammende Universitätsorganisation fort, indem es die seither entstandenen vielfältigen Bestimmungen in einem Organisationsgesetz zusammenfasste. Alle Entscheidungsrechte lagen wie in Zeiten der Monarchie in den Händen der ProfessorInnen (Ordinarienuniversität).

Die Zahl der Studierenden sank seit Ende der vierziger Jahre, nachdem diejenigen, die zuvor durch Krieg und Faschismus am Studium gehindert worden waren, ihr Studium abgeschlossen hatten. 1949/50 studierten in Österreich 26.312 StudentInnen, davon 5.270 (20,0%) Frauen. 1954/55 waren es nur mehr 18.394 Studierende, davon 3.430 (18,7%) Frauen. Mit zunehmendem Wohlstand stiegen aber ab Mitte der fünfziger Jahre die Zahlen wiederum, sodass es 1959/60 bereits 34.287 StudentInnen, davon 7.673 (22,4%) Frauen, gab.²

ÖH-Politik

Die ÖH-Wahlen vom 24. Jänner 1951 fanden in einer Zeit statt, in der die Frage der Erhöhung der Studiengebühren dramatisch präsent war, die zukünftige Rolle von AkademikerInnen in der sich wandelnden Wirtschaft und Gesellschaft diskutiert wurde und die Debatte um eine Reform der Universitäten begann. Die politische Landschaft innerhalb der ÖH war im Vor-

feld der Wahlen in Bewegung geraten. Der konservative Dachverband Union benannte sich nach einer internen Krise in Wahlblock österreichischer Akademiker um. Im Unterschied zu den bisherigen ÖH-Wahlen von 1946, 1948 und 1949, bei denen nur Gruppierungen antreten konnten, die zu im Parlament vertretenen Parteien gehörten, konnten diesmal neue Listen kandidieren. Erstmals traten so dem VdU nahe stehende Gruppierungen des ehemals deutschnationalen und nationalsozialistischen Lagers an, der Bund unabhängiger Studenten (BUS) und die Studentenwahlgemeinschaft

(Stuwag). Das Wahlergebnis zeigte dann auch ein mit den Nationalratswahlen von 1949 vergleichbares Ergebnis, bei denen der VdU erstmals antreten durfte. Die rechten Gruppierungen sogleich die hohe Zahl der ungelühten Stimmen der ÖH-Wahl 1949 auf, während die bisherigen Fraktionen Stimmen verloren. Der ÖVP-nahe Wahlblock stürzte von 71,9% 1949 auf 58% ab. Der VSStÖ verlor demgegenüber geringer, er sank von 24,4% 1949 auf 21,65%. Der kommunistische VdS verlor von 3,6% 1949 auf 2,27%. BUS und Stuwag erreichten zusammen auf Anhieb 18%.



Abbildung 8

Die ÖH Zentrale in der Kolingasse

ÖH und Demokratie

Geschichte der ÖH

- Vorgeschichte
- 1940er: Aufbau studentischer Demokratie
Kommentar: Wiesinger
- 1950er: Soziale Lage und Studiengebühren
Kommentar: Fischer
- 1960er: Studierende zwischen Borodajkewyc und „1968“
Kommentar: Sperl
- 1970er: Demokratie und Mitbestimmung in der Universität
Kommentar: Streeruwitz
- 1980er: Neue soziale Bewegungen
Kommentar: Margulies
- 1990er: Der Mensch zuerst
Kommentar: Berlakovic
- 2000er: Gegenreform an der Uni und linker Erdrutsch in der ÖH
Kommentar: Mautz & Weinberger
- Wahlergebnisse und Vorsitzende

Uni im Wandel der Zeit

Feminismus und ÖH

Protest und Vertretung

Zukunft der ÖH Arbeit

Chronologie

Anhang



Die Wahlbeteiligung sank von 76,2% 1949 auf 61% 1951. Nach der Ausnahmesituation und Anfangseuphorie der ersten Jahre sank sie auf ein mit anderen Interessenvertretungen vergleichbares Ausmaß. Es zeigten sich aber auch die Auswirkungen der konservativen Dominanz. Der Grazer ÖH-Mitarbeiter Fritz Wallenberger sah das Grundproblem der sinkenden Wahlbeteiligung schon 1951 in einer falschen Vorstellung über die ÖH: „Der Student sieht in der ÖH einen Automaten, in den er seinen Obolus in Form des ÖH-Beitrages einwirft und aus dem als Gegenleistung dafür Stipendien, billige Theaterkarten und Konzertkarten, Mensafreitische, Krankenhilfe usw. herauskommen.“ schrieb er 1951 in den „Blättern der Katholischen Hochschuljugend Österreichs“.³

Den ÖH-Vorsitz übernahm aufgrund des Wahlergebnisses vom 24. Jänner 1951 Norbert Burda vom konservativen Wahlblock. Aufgrund der Stärke der Fraktionen wurden Ferdinand Maly vom VSStÖ als erster und Otto Eisenmenger von der Stuwag als zweiter Stellvertreter gewählt. Wahlblock und VSStÖ vereinbarten wieder eine Zusammenarbeit. Die ideologischen Differenzen in der Frage der Macht der katholischen Cartellverbände, ein Streit um neue ZA-Statuten und Uneinigkeit in der Frage der Gebührenerhöhung führten aber bald zum Bruch der seit 1948 bestehenden Koalition. Bei der ZA-Sitzung vom 2. Juli 1951 stellte der VSStÖ zwei Anfragen, über die Vermengung von ÖH- und



Abbildung 9

Wir sagen's euch direkt, gebt uns die Wahl

Fraktionsarbeit und über eine Subvention für einen nicht stattgefundenen Schikurs. Der Wahlblock sah durch diese Anfragen einen Bruch des Übereinkommens durch den VSStÖ. Am 10. August 1951 entthob ÖH-Vorsitzender Burda die vom VSStÖ gestellten ReferentInnen in der ÖH ihres Amtes. Dies brachte ihm die Kritik ein, die Geschäftsordnung verletzt zu haben und „Dollfuß-Methoden in der ÖH“ zu gebrauchen. Der Wahlblock schloss nun ein Übereinkommen mit BUS und Stuwag – die erste schwarz-blaue Koalition in der Zweiten Republik.

Die ÖH-Wahlen 1953 standen unter dem

Eindruck des heftigen Streits um eine Erhöhung der Studiengebühren. Nach den Erfolgen der deutschnational-freiheitlichen Gruppierungen bei den ÖH-Wahlen 1951 wurde als Sammelbecken der Ring freiheitlicher Studenten (RFS) gegründet. Der erste Vorsitzende des RFS in Wien wurde Norbert Burger, dessen spätere Partei NDP 1988 wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung verboten wurde. Der konservative Wahlblock verlor bei gesteigerter Wahlbeteiligung (70%) über 10% der Stimmen und lag mit 49,4% erstmals unter 50%. Der erstmals einheitlich auftretende RFS kam auf Anhieb auf 32,1% der Stimmen – eine



Verdopplung gegenüber 1951, wo zwei Listen angetreten waren. Die Linken verloren stark: Der VSStÖ erreichte nur 16,7%, der kommunistische VDS 1,8%. An der Technischen Hochschule in Graz und an der Wiener Tierärztlichen Hochschule sowie, in Verbindung mit einer nahestehenden Liste, in Leoben erreichte der RFS die absolute Mehrheit. Da der Wahlblock nur 14 der 30 Mandate im Zentralausschuss erhalten hatte, trat der Wahlsieger RFS an den VSStÖ mit dem Vorschlag einer Koalitionsbildung gegen den Wahlblock heran, was dieser aber aufgrund der ideologischen Gegensätzlichkeit kategorisch ausschloss. Schließlich kam es zu einer „Konzentrationsregierung“ von Wahlblock, RFS und VSStÖ.

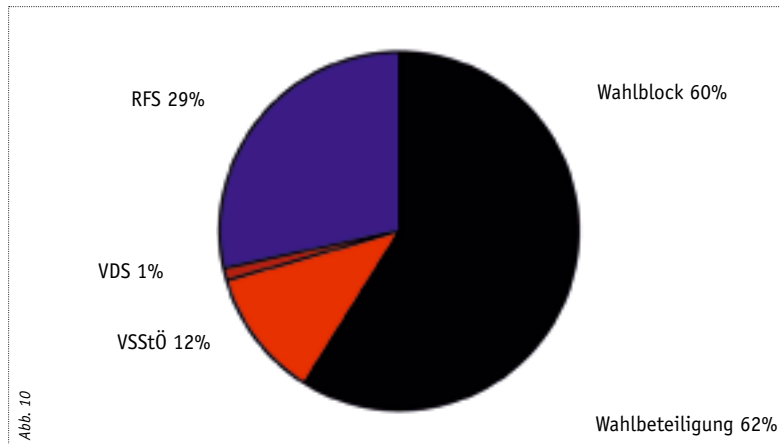
1955 gewann der Wahlblock mit 55,8% der Stimmen wieder die absolute Mehrheit. Der VSStÖ verlor wiederum und erreichte nur mehr 12,1%. Der RFS war mit 30,3% klar zweitstärkste Kraft. Diese Kräfteverhältnisse blieben nunmehr einige Jahre stabil. Die kommunistischen Studierenden erreichten nur 1-2%. Einzige relevante linke Kraft in der ÖH war der VSStÖ, der mit etwas über 10% allerdings kein starkes Gewicht in der Studierendenpolitik besaß.⁴

Soziale Lage der Studierenden

Die staatliche finanzielle Förderung von Studierenden war in den fünfziger Jahren gering. Im Wintersemester 1951/52 wurden

insgesamt 130 Stipendien zu je 600 Schilling vergeben. 1955 wurden aufgrund des Einsatzes der ÖH die Einzelstipendien von 800 Schilling auf 1.000 Schilling pro Semester erhöht. Neben den Sozialstipendien wurden aber auch Begabtenstipendien geschaffen – in der Höhe von 3.000 Schilling! Die ÖH selbst widmete pro Semester 500.000 Schilling – 60% ihres Budgets – sozialen Aufwendungen: Ausgaben für Medikamente und ÄrztInnen standen dabei an der Spitze, dicht gefolgt von Stipendien, Erholungsheimen und Erholungsaufenthalten, Mensa, Unfallversicherungszahlungen, StudentInnenheimen und einmaligen Unterstützungen. Die finanzielle Lage von Studierenden und JungakademikerInnen führte Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre zu

Protesten. Nachdem das Ärztesgesetz vom Mai 1949 als nachteilig für den Nachwuchs betrachtet wurde, wurden Protestmaßnahmen veranstaltet. Bei einem gemeinsamen Marsch zur Ärztekammer konnte eine Abordnung der ÖH-Fachgruppe Medizin der Universität Wien gewisse Zugeständnisse erreichen. Die RechtspraktikantInnen versuchten 1951 in einer Streikaktion eine finanzielle Besserstellung durchzusetzen. Nach den steirischen RechtspraktikantInnen traten einzelne Bundesländervertretungen an den Justizminister Otto Tschadek heran. Auf Vorschlag des VSStÖ unterstützte die ÖH den Streik von 12. bis 19. Februar 1951. Verhandlungen mit Minister Tschadek brachten schließlich eine Ausweitung der Planstellung und Erhöhung der Vergütung.⁵



Wahlergebnis (gerundet) der ÖH-Wahlen zum Zentralausschuss 1957

- ÖH und Demokratie
- Geschichte der ÖH
- Vorgeschichte
- 1940er: Aufbau studentischer Demokratie
- Kommentar: Wiesinger
- 1950er: Soziale Lage und Studiengebühren
- Kommentar: Fischer
- 1960er: Studierende zwischen Borodajkewycz und „1968“
- Kommentar: Sperl
- 1970er: Demokratie und Mitbestimmung in der Universität
- Kommentar: Streeruwitz
- 1980er: Neue soziale Bewegungen
- Kommentar: Margulies
- 1990er: Der Mensch zuerst
- Kommentar: Berlakovic
- 2000er: Gegenreform an der Uni und linker Erdrutsch in der ÖH
- Kommentar: Mautz & Weinberger
- Wahlergebnisse und Vorsitzende
- Uni im Wandel der Zeit
- Feminismus und ÖH
- Protest und Vertretung
- Zukunft der ÖH Arbeit
- Chronologie
- Anhang



Studiengebührenerhöhung und erste StudentInnendemonstration

Anfang der fünfziger Jahre drohte eine Erhöhung der Studiengebühren, die am Stand von 1938 waren. Die Universitäten brauchten Geld, die Studierendenzahlen waren gestiegen und die Gehälter der Lehrenden waren lange nicht mehr angemessen. Im Oktober 1951 verlangte die Rektorenkonferenz eine Verdopplung bis Verdreifachung der Studiengebühren. Nachdem von ihr gar eine Verfünfachung der Gebühren verlangt worden war, gingen 1952 die Wogen in der ÖH hoch. Um das Gesetzesbegutachtungsrecht zu umgehen wurde der Gesetzesentwurf zur Gebührenerhöhung in fünf Verordnungen gesplittet, die Erhöhungen wären auf eine Verzehnfachung hinausgelaufen. VertreterInnen aller ÖH-Fraktionen sprachen sich einstimmig für Kampfmaßnahmen aus. Am 13. Oktober 1952 wurde ein demonstrativer Sitzstreik an verschiedenen Orten Wiens veranstaltet, so an der Opernkreuzung und am Graben. Der Rektor der Uni Wien half den Protesten, indem er vorlesungsfrei gab. ÖH-Vorsitzender Norbert Burda, der an der Spitze einer ÖH-Delegation zu Unterrichtsminister Ernst Kolb (ÖVP) kam, berichtete: „Dieser stand wie ein trotziger Knabe am Fenster und nannte den Streik einen Skandal.“ Schließlich stimmte die ÖH mit den Stimmen der Mehrheit des konservativen Wahlblocks und gegen die Stimmen von VSSStÖ, Stuwag und VDS einem Kompromiss zu. Gegen den Willen des Wahlblocks kam es

1953 zu einer Demonstration auf der Wiener Ringstraße, vor allem von Studierenden der Technischen und der Tierärztlichen Hochschule, die mehrheitlich sozialistisch oder deutschnational-freiheitlich eingestellt waren.⁶

Hilfsaktionen für Ungarn 1956

Im Oktober 1956 begehrte Ungarn gegen die sowjetische Besatzung auf, der Aufstand wurde nach schweren Kämpfen blutig niedergeschlagen. Spontan wurden im seit kurzem neutralen Österreich Hilfsaktionen organisiert, so auch an den Universitäten von Studierenden. Bereits in den ersten Tagen der Krise starteten zwei Flugzeuge mit Spenden der steirischen Studierenden von Graz nach Ungarn. Von Wien aus wurden drei Konvois mit Lebensmitteln, Kleidern und Medikamenten nach Budapest geschickt. Die ÖH half bei der Beladung und führte eine Blutspende- und Sammelaktionen an den Hochschulen durch. Als große Flüchtlingsströme eintrafen, halfen Studierende in den Flüchtlingslagern mit.⁷

Endnoten

¹ Forster, *Geschichte*, 1984, S.183-195

² Lassnigg, *Bildungsreform*, 1995, S.460
Grisebner, *Politisches Feld Universität*, 1990, S.144

³ zit. nach: Forster, *Geschichte*, 1984, S.201

⁴ Forster, *Geschichte*, 1984, S.198-203, S.239-249, S.262f., S.273f.; Grisebner, *Politisches Feld Universität*, 1990, S.91f.

⁵ Forster, *Geschichte*, 1984, S.208-211, S.272

⁶ Forster, *Geschichte*, 1984, S.215-230

⁷ Forster, *Geschichte*, 1984, S.267f.



Schule der Demokratie

Heinz Fischer

Die Situation an den Universitäten war damals natürlich völlig anders als heute: Die Strukturen unserer Universitäten hatten sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts nicht wesentlich verändert. Der Lehrkörper der Professoren hatte den Aderlass der Jahre 1934 und 1938 an vielen Fakultäten noch nicht verkraftet und war in einem heute nicht mehr vorstellbaren Ausmaß konservativ mit deutsch-nationalen Resten (siehe Prof. Borodajkewycz). Ein aus der Emigration vorübergehend zurückgekehrter Wissenschaftler (nämlich Prof. Adolf Kozlik) begann sein Buch über die Situation an den österreichischen Universitäten und Hochschulen mit folgenden Worten: „Wissenschaft ist die Summe der Meinungen, die alle Hochschullehrer teilen. Meinungen, die davon abweichen, sind Vorurteile. Die Lehre an den Universitäten ist rein, weil Personen mit Vorurteilen von den Hochschulen ferngehalten werden.“

An den österreichischen Hochschulen, wo es derzeit rund 210.000 Studierende gibt, gab es gegen Ende der 50-iger Jahre knapp über 30.000 Studenten und Studentinnen. Die sozialen Barrieren waren hoch, der Anteil der Studentinnen relativ gering. Es gab an den Universitäten auch keine studentische Mitbestimmung. In der Hochschülerschaft dominierten konservative Studentenorganisationen. Ein großes Thema innerhalb der Hochschülerschaft war die Frage, ob die Hochschülerschaft sich als reine studentische Interessenvertretung verstehen sollte oder ob die Hochschülerschaft als Körperschaft öffentlichen Rechtes auch ein „allgemein politisches Mandat“ für sich in Anspruch nehmen sollte. Das erstere wurde eher von den konservativen Hochschülerschaftsfunktionären gut geheißenen, das allgemein politische Mandat von den „Linken“ eingefordert, die aber eine kleine Minderheit bildeten.

Bei den Hochschülerschaftswahlen des Jahres 1961 war ich Spitzenkandidat der Sozialistischen Studenten. Schwerpunkte der Auseinandersetzungen waren die Forderung nach Studienreform, also nach moderneren Studieninhalten und Lehrmethoden, die Forderung nach Organisationsreform inklusive Mitbestimmung und auch die Forderung nach der Beseitigung sozialer Bildungsbarrieren. Der wichtigste konkrete Vorschlag zu dem letztgenannten Thema war die Forderung nach einem gesetzlich verankerten Rechtsanspruch auf Studi-

enförderung für jene, die sozial bedürftig waren und einen guten Studienerfolg nachweisen konnten.

Tatsächlich ist es gelungen im Jahr 1963 ein Studienförderungsgesetz durchzusetzen. Wenn ich mich richtig erinnere wurden damals etwa 20 bis 30 Millionen Schilling für Studienförderung ausgegeben, was ein riesiger Fortschritt gegenüber jenen Beträgen war, die vor dem Studienförderungsgesetz aufgewendet wurden (und die im übrigen mehr oder weniger freihändig von den zuständigen Beamten des Ministeriums vergeben wurden). Heute ist der Aufwand für Studienförderung bzw. Stipendien bekanntlich ca. 166 Millionen Euro.

Im Laufe der 60-iger Jahre ist die Forderung nach Hochschulreform und Studienreform immer intensiver geworden und in der 2. Hälfte der 60-iger Jahre hat dann der damalige Unterrichtsminister Dr. Piffl eine Hochschulreformkommission eingesetzt. Ich habe damals viel über die Situation der Universitäten, aber auch über die Situation der Studierenden dazugelernt. Auch in den nachfolgenden Jahren habe ich mich immer wieder mit Fragen der Universitätsreform und mit Hochschulproblemen beschäftigt und in den 70er Jahren für die Beschlussfassung eines neuen Universitätsorganisationsgesetzes im Parlament engagiert.

Das alles ist mir während meiner Tätigkeit als Wissenschaftsminister (1983 bis 1987) zugute gekommen. Den Kontakt mit der Österreichischen Hochschülerschaft habe ich bis heute – auch wenn er naturgemäß schwächer und seltener geworden ist – nicht abreißen lassen.

In diesem Sinne gratuliere ich der Österreichischen Hochschülerschaft zum 60. Geburtstag. Für die weitere Arbeit der ÖH, die ich immer auch als Schule der Demokratie empfunden habe, wünsche ich viel Erfolg im Dienste unserer Studierenden und unserer Universitäten.

Heinz Fischer begann 1957 sein Studium der Rechtswissenschaften. Ab 1959 war er Mandatar des Fachausschusses der Fakultät für Rechtswissenschaften, des Hauptausschusses der Universität Wien und des Zentralausschusses (VSStÖ).





1960er Jahre

Universitätspolitik

Nachdem 1955 das Hochschul-Organisationsgesetz beschlossen worden war, wurden mehrere Gesetzesentwürfe ausgearbeitet, die das Studienwesen regeln sollten. Es kam allerdings zu keinem Beschluss. Im Jänner 1965 wurde vom Unterrichtsministerium ein „Rat für Hochschulfragen“, in dem u.a. auch die ÖH vertreten war, eingerichtet, der sich dieser Frage annahm. Das schließlich 1966 beschlossene Allgemeine Hochschulstudienengesetz (AHStG) regelte grundsätzlich das Studien- und Prüfungswesen an den wissenschaftlichen Hochschulen. Es zog eine Kette von zusätzlichen Regelungen (Besondere Studiengesetze, Studienordnungen, Studienpläne) nach sich, deren Einführung mehr als ein Jahrzehnt in Anspruch nahm und die hochschulpolitischen Aktivitäten der StudierendenvertreterInnen, die hier Ende der sechziger / Anfang der siebziger Jahre begannen, Studierendeninteressen in den einzelnen Studienrichtungen einzubringen, aktivierte. Mit dieser Studienreform wurde eine vereinheitlichte allgemeine Studienstruktur (Diplomstudien mit Abschluss als Magister/Magistra und anschließendem Doktoratsstudium, während bislang mit einem Doktorat abgeschlossen worden war) eingeführt, die sich am Modell der technischen Studien orientierte und durch stärkere Verschulung und Verrechtlich-

hung Rationalisierungseffekte in Form einer Straffung und Verkürzung der Studien bringen sollte.

Die sechziger Jahre waren vom Projekt der „Bildungsexpansion“ geprägt, das schließlich in den siebziger Jahren seinen Höhepunkt fand. Ein Ausbau von Bildungsmöglichkeiten sowie der Forschung sollte den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg bringen. Die staatlichen Bildungsausgaben begannen ab 1965 deutlich stärker zu steigen. Die Zahl der Studierenden stieg von 18.394 1954/55 (davon 3.430 oder 18,7% Frauen) auf 50.169 1968/69 (davon 12.049 oder 24,0% Frauen).

Weiterhin hatten StudentInnen vielfältige Gebühren zu zahlen: eine generelle Aufwandsentschädigung für die Benützung allgemeiner Einrichtungen, Kollégiengeld, Prüfungs-, Instituts-, Übungs- und Matrikeltaxen sowie Gebühren für die Ausstellung von Zeugnissen, Bestätigungen etc.¹

Studienbeihilfengesetz

Beeinflusst durch die sozialen Reformprogramme der Kennedy- und Johnson-Regierung in den USA wurden in den sechziger Jahren auch die soziale Funktion des Bildungswesens und der Aspekt der sozialen

Benachteiligung im Bildungssystem öffentlich diskutiert. Chancengleichheit wurde zu einem zentralen Thema, ihre Bedeutung im SPÖ-Konzept war ein wichtiger Faktor im Wahlsieg Bruno Kreiskys 1970. 1963 wurde nach langen Bemühungen und Forderungen der ÖH vom Nationalrat das Studienbeihilfengesetz beschlossen. Erstmals gab es – unter den Voraussetzungen soziale Bedürftigkeit und guter Studierenerfolg – einen Rechtsanspruch aller Studierender auf die Gewährung einer Studienbeihilfe. Bis dahin hatte es kein Recht auf Unterstützung und keine einheitliche Stipendienvergabe gegeben, meist nur „Privatstipendien“ von diversen Institutionen. Die Höhe der Studienbeihilfen war allerdings schon damals viel zu niedrig, um damit die Lebenshaltungskosten für das Studium decken zu können.²

Der Fall Borodajkewycz – der Gipfel des Eisbergs

1965 brach das bisherige Verdrängen der Nazivergangenheit erstmals auf. Ehemalige Nazis hatten mittlerweile wieder an die Universitäten zurückkehren können und teilten sich die Stellen mit Lehrenden, die in der austrofaschistischen Zeit Karriere machen konnten. Um eine Rückkehr der vielen durch die Nazis Vertriebenen bemühte sich nahezu niemand. An der Hochschule für Welthan-



Abb. 11

*Gilt als Antisemit und naziaffin:
Taras Borodajkewycz*

del, der späteren WU, lehrte Taras Borodajkewycz Wirtschaftsgeschichte. Das CV-Mitglied hatte sich in den dreißiger Jahren als Verfechter des politischen Katholizismus und Unterstützer des Austrofaschismus präsentiert, war aber gleichzeitig auch Mitglied der seit 1933 verbotenen NSDAP gewesen. Nach 1945 verhandelte er 1949 für die ehemaligen NationalsozialistInnen mit der ÖVP und näherte sich dieser. 1955 wurde er an die Hochschule für Welthandel berufen. Er fiel durch antisemitische und neonazistische Bemerkungen in seinen Vorlesungen auf, die aber erst ab 1962 publik wurden. Der heutige Bundespräsident Heinz Fischer und ehemalige VSSStöler kritisierte in Artikeln, dass an Hochschulen Lehrende mit Nazi-Vergangenheit tätig seien. Er wurde daraufhin von Borodajkewycz auf Ehrenbeleidigung verklagt, konnte sich in seiner

Verteidigung aber auf Vorlesungsmitschriften des Wirtschaftsstudenten und späteren Finanzministers Ferdinand Lacina stützen. Obwohl Borodajkewycz seine Aussagen teilweise nicht abstritt, wurden Fischer und der zuständige Redakteur Brunthaler zu einer Geldstrafe verurteilt. Lacina konnte nicht genannt werden, da sonst disziplinarische Maßnahmen gegen ihn zu erwarten waren, die ihn vielleicht am Studienabschluss gehindert hätten. Borodajkewycz fühlte sich sicher und steigerte seine haarsträubenden Aussagen noch. Eine unrühmliche Rolle spielte dabei leider die HochschülerInnenenschaft der Hochschule für Welthandel, die ihn unterstützte und ihm im März 1965 in einer Veranstaltung die Bühne gab, vor hundert begeisterten Studierenden auftreten zu können. Borodajkewycz bekannte sich stolz zu seiner NSDAP-Mitgliedschaft und spottete über Jüdinnen und Juden. Er ertete vom Publikum Gelächter und Applaus, der ÖH-Vorsitzende Puttinger warf der Borodajkewycz-Kritik einen Anschlag auf die Freiheit der Wissenschaft vor.

In aufgeheizter Stimmung fand am 31. März eine antifaschistische Demonstration gegen Borodajkewycz statt. Gleichzeitig versammelten sich auch seine UnterstützerInnen und provozierten mit Rufen wie „Hoch Auschwitz“. Der rechtsradikale Burschenschaftler Günther Kümel schlug den 67-jährigen ehemaligen Widerstandskämpfer Ernst Kirchwegger hinter der Staatsoper nieder, der zwei Tage später an den Verletzungen starb.

Der 24-jährige Amateurboxer Kümel wurde schließlich aufgrund seiner Aussage, sich bedroht gefühlt zu haben, zu zehn Monaten Haft wegen Notwehrüberschreitung verurteilt.

Der allgemeine Schock über das erste politische Todesopfer der Zweiten Republik saß tief. Am Begräbnis Kirchwegers nahmen 25.000 Menschen teil. Mit wenigen Ausnahmen, darunter aber Bundeskanzler Klaus und Unterrichtsminister Piffl-Percevic, die mit Borodajkewycz freundschaftlich verbunden waren, nahm fast die gesamte Staatsspitze teil. Der Protest gegen Borodajkewycz reichte schließlich vom ÖGB bis zum Katholischen Familienverband. In einer Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Heinz Fischer und Brunthaler wurden sie 1965 nun freigesprochen. 1966 wurde Borodajkewycz in Pension geschickt. Andere Lehrende, die ihr Gedankengut weniger selbstbewusst vortrugen, machten weiter.³

ÖH und Demokratie

Geschichte der ÖH

Vorgeschichte

1940er: Aufbau studentischer Demokratie

Kommentar: Wiesinger

1950er: Soziale Lage und Studiengebühren

Kommentar: Fischer

1960er: Studierende zwischen Borodajkewycz und „1968“

Kommentar: Sperrl

1970er: Demokratie und Mitbestimmung in der Universität

Kommentar: Streuerwitz

1980er: Neue soziale Bewegungen

Kommentar: Margulies

1990er: Der Mensch zuerst

Kommentar: Berlakovic

2000er: Gegenreform an der Uni und linker Erdrutsch in der ÖH

Kommentar: Mautz & Weinberger

Wahlergebnisse und Vorsitzende

Uni im Wandel der Zeit

Feminismus und ÖH

Protest und Vertretung

Zukunft der ÖH Arbeit



Abb. 12

AntifaschistInnen gegen Borodajkewycz



Aufbruch der Studierenden – „1968“

Die sechziger Jahre waren bestimmt von einem geistigen und kulturellen Umbruch, der die als starr empfundenen Traditionen in Frage stellte und nach neuen Aufbrüchen suchte.

Schon vor dem ominösen Jahr 1968 zeigte sich eine zunächst nicht betont politische, sondern vor allem kulturell-gesellschaftskritische Linksentwicklung der Studierenden, deren Zahl seit Mitte der fünfziger Jahre stieg. Die, im Rahmen des konservativen Wahlblocks vom CV an den Rand gedrängte, FÖST füllte 1958 bis 1963 einige Male das Audimax der Uni Wien mit Veranstaltungen zu kirchlich-philosophischen Themen, wie zum Beispiel zu Christentum und Naturrecht. 1965 wurde gegen Widerstand der ÖVP eine Veranstaltungsreihe zum Thema „Antisemitismus – Schuld der Kirche?“ veranstaltet. Im VSStÖ hatte in einem Fraktionsstreit zwischen „linken“ und „rechten“ Gruppen die linke Richtung die Oberhand gewonnen und begann eine etwas offenere Politik. Durch eine Serie von linken Kulturveranstaltungen im Audimax der Uni Wien (z.B. spanische und tschechoslowakische Filme und linke Kabaretts) wurde eine neue Stimmung dessen, was links ist, vermittelt. Der Aufbruch in der Welt der Studierenden erfolgte quasi antizyklisch zur „großen Politik“, in der die ÖVP bei den Nationalratswahlen 1966 die absolute Mehrheit gewann und eine Alleinregierung bildete.

In der ÖH begannen sich im konservativen Wahlblock liberalere PolitikerInnen gegen CVer durchzusetzen. Im Hauptausschuss der Uni Wien wurde der als progressiv geltende Wilhelm Dantine (später evangelischer Theologe) zum Vorsitzenden gewählt, an der Uni Graz der spätere Journalist Gerfried Sperl. Als Sperl am konservativen Widerstand scheiterte, gründete er die „Aktion“, die von der steirischen ÖVP unterstützt wurde. Sie wurde bei den Wahlen 1967 bereits zweitstärkste Fraktion in Graz und zog mit bundesweit 5% auch in den Zentralausschuss ein. In Wien eröffnete der VSStÖ im Sommersemester 1967 mit einer Symposion zum Vietnamkrieg die öffentliche Diskussion internationaler Fragen durch die Studierenden. Im Juni 1967 kam es zu einer großen Solidaritätsdemonstration, nachdem in Westberlin der Student Benno Ohnesorg bei einer Demonstration von der Polizei erschossen worden war. Auch wenn traditionell-konservativ eingestellte Studierende noch immer die Mehrheit ausmachten, prägte Ende der sechziger Jahre eine linke, gesellschaftskritische Kultur die studentische Öffentlichkeit.

Das Jahr 1968 verlief in Wien im Vergleich zu Paris und Berlin relativ ruhig. Herausragendes Ereignis war, dass Mitglieder des VSStÖ und einige AktivistInnen des Sozialistischen Österreichischen Studentenbunds (SÖS), der aus der 1967 nach Berliner Vorbild gegründeten Kommune hervorgegangen war, am Nachmittag des 1. Mai aus Protest

gegen Entlassungen bei ELIN das Blasmusikkonzert am Wiener Rathausplatz störten. Die DemonstrantInnen wurden von der Polizei gewaltsam verjagt, die SPÖ forderte vom VSStÖ ultimativ eine Distanzierung von den Beteiligten. Durch diese war der VSStÖ bald nicht mehr das Sammelbecken linker Studierender, die sich nicht zur KPÖ bekannten. Eine Menge an sich laufend umgründenden und spaltenden linken Gruppierungen entstand in den nächsten anderthalb Jahrzehnten, die oft auch bei ÖH-Wahlen kandidierten.⁴

ÖH-Politik

In den sechziger Jahren strömten immer mehr StudentInnen an die Universitäten, die finanzielle Aufstockung der Hochschulen wurde immer dringender. Als 1961 zugesagte Maßnahmen ausblieben, hielten die Studierenden von 29. Mai bis 7. Juni einen einwöchigen Hochschulstreik ab, 2.000 StudentInnen - damals fünf Prozent aller Studierenden - versammelten sich zum Protestzug auf der Wiener Ringstraße. Dies war besonders aufsehenerregend, da er aufgrund eines Staatsbesuchs eigentlich verboten war – prompt blieb die Limousine des Staatsgasts, des finnischen Präsidenten Kekkonen, in der Menschenmenge stecken. Eine Budgeterhöhung war die Folge der Proteste. 1963 protestierte die ÖH in Graz gegen die Absicht von Professoren, mittels komplizierter Labor-Aufgaben die Anzahl der Pharmazie-StudentInnen zu reduzieren.

Nach einem Streik und anderen Protestmaßnahmen mussten die Professoren schließlich einlenken.

Im Herbst 1967 startete der VSStÖ eine hochschulpolitische Kampagne gegen die Einführung EDV-gestützter Hochschulstatistik, die als Kontrollinstrument kritisiert wurde, das künftigen Numerus clausus und ähnliche Maßnahmen ermöglichen sollte. Gleichzeitig vertrat er erstmals massiv die Forderung nach drittelparitätischer Mitbestimmung von ProfessorInnen, UniversitätsassistentInnen und Studierenden in akademischen Gremien. Die größere Aufmerksamkeit der wachsenden Linken galt allerdings nicht der Hochschulpolitik sondern internationalen Themen wie Vietnam und der Dritten Welt.

Vor den Sommerferien 1968 beschlossen eine Handvoll progressiver StudierendenpolitikerInnen das „Obertrumer Konzept“, mit dem zum ersten Mal ein geschlossenes studentisches Konzept zur Neugestaltung der Universität vorlag. Zentral war die Forderung nach drittelparitätischer Mitbestimmung. Das Konzept war Produkt einer Politik, mit der sich FunktionärInnen des konservativen Wahlblocks durch aktive Hochschulpolitik von den internationalistisch und allgemeinpolitisch orientierten Linken abgrenzen wollten, die Mitwirkung der Linken an ihm war allerdings nicht nur personell, sondern auch durch ideellen Input gegeben.

Im Verlauf des Herbsts 1968 begann nicht nur in Wien, sondern auch in Innsbruck und Graz eine neue Entwicklung studentischer Organisation: Mit dem Anspruch der Vertretung der Interessen aller an einem Institut tätigen Studierenden wurden Institutsvertretungen gegründet – in Abgrenzung zur ÖH und ihrer konservativen Dominanz. Als neuer Typus der Studierendenpolitik zogen diese Institutsvertretungen bald eine Menge bislang „unpolitischer“ Studierender an – das Spektrum war dabei durchaus heterogen und reichte von links bis rechts. Noch im Wintersemester 1968/69 fand an der philosophischen Fakultät der Universität Wien eine „Institutsvertreterkonferenz“ (IVK) statt, die eine Art Gegen-ÖH darstellte. Wichtigster Aktivitätsbereich der IVK waren die in Ausarbeitung befindlichen Studiengesetze für die philosophischen Fakultäten. Gefordert wurde Drittelparität in den Entscheidungen. Erstmals gab es eine relativ große Zahl von bildungspolitisch sachverständigen StudierendenvertreterInnen. Auch das ÖVP-geführte Unterrichtsministerium konnte sich dem Zeitgeist nicht verwehren und machte in den Besonderen Studiengesetzen für die philosophischen Fakultäten gewisse Zugeständnisse (verglichen mit denen für die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften oder die technischen Studienrichtungen). Der studentische Aufbruch wurde zumindest teilweise als Bündnispartner für eine Modernisierung der Studien gesehen. Unter Unterrichtsminister Alois Mock (1969/70) wurden versuchsweise drittelparitätische

Studienkommissionen zur Umsetzung der neuen gesetzlichen Regelungen beschlossen.

Zumindest an den philosophischen Fakultäten (die geistes-, kultur- und sozialwissenschaftliche Studienrichtungen umfassten) wurde mit den Institutsvertretungen und InstitutsvertreterInnenkonferenzen der Vertretungsanspruch der ÖH ernsthaft bedroht. Die ÖH besaß für diese Basisarbeit keine adäquaten Strukturen, war vor allem eine uni- und bundesweite Institution. Die Fachschaften (Fakultätsvertretungen) der ÖH konnten mit ihren 5-6 VertreterInnen für oft mehr als 40 Studienrichtungen nicht eine vergleichbare inhaltliche Kompetenz für die Belange aller Studienrichtungen haben wie die vor Ort tätigen Institutsvertretungen. Ab dem Wintersemester 1969/70 begannen sich hieraus neue politische Gruppierungen, „Basisgruppen“, zu formieren, die der konservativ dominierten ÖH einen linken Anspruch entgegenstellten, sich aber auch von den meist repräsentativ-demokratisch orientierten Institutsvertretungen durch einen radikaleren Ansatz unterschieden. Die InstitutsvertreterInnen waren aber nicht mit dieser neuen politischen Gruppierung ident, in dieser Bewegung fanden sich etwa auch LinkskatholikInnen oder VSStölerInnen. Angesichts der Schwierigkeiten einer institutionellen Absicherung kam es 1970 zu einem Rückgang der Aktivitäten der IVK an der Universität Wien. Die Basisgruppen blieben aber ebenso erhalten wie die Insti-

ÖH und Demokratie

Geschichte der ÖH

Vorgeschichte

1940er: Aufbau studentischer Demokratie

Kommentar: Wiesinger

1950er: Soziale Lage und

Studiengebühren

Kommentar: Fischer

1960er: Studierende zwischen Borodajkewycz und „1968“

Kommentar: Sperl

1970er: Demokratie und

Mitbestimmung in der

Universität

Kommentar: Streeruwitz

1980er: Neue soziale

Bewegungen

Kommentar: Margulies

1990er: Der Mensch zuerst

Kommentar: Berlakovic

2000er: Gegenreform an der

Uni und linker Erdbeben

in der ÖH

Kommentar: Mautz &

Weinberger

Wahlergebnisse und Vor-

sitzende

Uni im Wandel der Zeit

Feminismus und ÖH

Protest und Vertretung

Zukunft der ÖH Arbeit

Chronologie

Anhang

tutsvertretungen, letztere allerdings meist ohne breiteren politischen Bezugsrahmen über ihr Institut hinaus. In den damals im Entstehen begriffenen Studienkommissionen fanden diese StudierendenvertreterInnen ein institutionelles Politikfeld, das schließlich in den siebziger Jahren in den Rahmen der ÖH integriert wurde. Das neue, studienrichtungsnahe Politikfeld studentischer Interessenvertretung war bislang weder in der hierarchischen Ordinariatenuniversität noch in der ÖH-Struktur vorgesehen gewesen.

Seit 1967 vereinigten die Gruppierungen links von der ab diesem Zeitpunkt dominanten ÖSU mehr als 20% der Studierendenstimmen, während es vorher weniger als 15% waren. Die Mehrheit der Studierenden war aber weiterhin alles andere als links. Als Begleiterscheinung der Studierendenbewegung der sechziger Jahre sank bei den ÖH-Wahlen zwischen 1965 und 1971 die Wahlbeteiligung um 27% - die Studierenden wurden politisch aktiver, dies äußerte sich allerdings nicht unbedingt innerhalb der weiterhin konservativ dominierten ÖH. Innerhalb des konservativen Wahlblocks entwickelten sich im Lauf der sechziger Jahre interne Konflikte. Sie wurden weitgehend durch Proporzlösungen bei Personalentscheidungen zwischen den Mitgliedsorganisationen gelöst und machten damit die Konstruktion als Dachverband (CV, KV, KÖL, FÖST) immer schwerfälliger. 1968 wurde daher die Österreichische Studentenunion

(ÖSU) als einheitlich gegliederte Organisation gegründet. Die ÖSU übernahm nahtlos die Führungsrolle in der ÖH, die internen Konflikte gingen allerdings weiter.⁵

Endnoten

¹ Forster, *Geschichte*, 1984, S.196; Griesebner, *Politisches Feld Universität*, 1990, S.96f.; Lassnigg, *Bildungsreform*, 1995, S.460-462

² Forster, *Geschichte*, 1984, S.197; Griesebner, *Politisches Feld Universität*, 1990, S.96; Lassnigg, *Bildungsreform*, 1995, S.467f.

³ Gérard Kasemir, *Spätes Ende für „wissenschaftlich“ vorgetragenen Rassismus. Die Borodajkewycz-Affäre 1965*. in: Michael Gehler/Hubert Sickinger (Hg.), *Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim*. Thaur/Wien/München 1995, S.486-501

⁴ Marina Fischer-Kowalski, *Universität und Gesellschaft in Österreich*. in: Heinz Fischer (Hg.), *Das politische System Österreichs*. 3., erg. Aufl., Wien / München / Zürich 1982, S.571-624, hier S.599-603; vgl. Paulus Ebner / Karl Vocelka, *Die zahme Revolution. 68 und was davon blieb*. Wien 1998 u. Sigrid Nitsch, *Die Entwicklung des allgemeinpolitischen Vertretungsanspruches innerhalb des Verbandes Sozialistischer StudentInnen Österreichs (VSSStÖ) in Wien im Zeitraum von 1965 bis 1973*. Dipl.-Arb., Univ. Wien 2004

⁵ Fischer-Kowalski, *Universität*, 31982, S.602-608; Griesebner, *Politisches Feld Universität*, 1990, S.102-105; Stefan Holter / Werner Suppan, *Politik und Studenten in Österreich. Analyse der Studentenpolitik und der Hochschülerschaftswahlen*. in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 1987. Wien/München 1988, S.633-661, S.645

Bellen und Beißen

Gerfried Spertl

Dass die Österreichische Hochschülerschaft eine Art „Studentenkammer“ ist, hat sie institutionell zu allen Zeiten gezähmt, ihr Zähne gezogen, bevor noch welche wachsen konnten. Gleichzeitig war die Frage, ob die ÖH beißen kann, von der Bereitschaft abhängig, ob ihre Funktionäre wenigstens bellen wollten.

Die 60er Jahre waren unruhige Zeiten. Und laute. Einerseits wegen der Rockmusik, andererseits weil wir damals durch das Aufkommen des Transistorradios von den Eltern unabhängig wurden. Wir begannen zu spielen, was wir wollten.

Auch in der Politik. Und weil man international mehr herumkam, war der Austausch angesagt. Musikalisch, sexuell, politisch. Das färbte ab auf die Studentenvertretung. Sie wurde bunter und offensiver von innen heraus. Was die äußerlich farbigen, aggressiv besäbelten Burschenschafter und Korporierten schwächte.

Die Traditionalisten hielten am Vererbten fest: Die Fraktionen als Abbilder der größeren politischen Landschaft, die Studentenparlamente als Übungskisten für später, Skripten als Hirnkrücken, Gesundheitsdienst und Mensen als Fürsorge mit Korruptionspotential. In Summe: Die Hochschülerschaft als Selbstversorger.

Angeregt durch Berkeley 1963 und die Berliner Ereignisse ab 1964 starteten vor allem in Graz Ausbruchsversuche mit Forderungen nach gemischten Heimen, Kindergärten und Studentenradios. Was in meiner Zeit realisiert wurde war die Errichtung eines psycho-therapeutischen Beratungsdienstes, die Beiziehung von Vertretern ausländischer Studenten zu Hauptausschuss-Sitzungen, Studentendemos (ab 1961) und vor allem – ein Streik gegen Praktiken an der Grazer Pharmazie (1964).

Da passte dann nichts mehr. Den kulturellen Aktivitäten (mit dem Forum Stadtpark) und den Forderungen nach Mitbestimmung (1964) folgte automatisch der Bruch mit dem bisherigen System: Wir gründeten die Studentenpartei „Aktion“ (1965) und schufen antifaschistische Plattformen gegen wachsenden Einfluss von rechts. Siehe der Fall Borodajkewycz.

Heute? Weil die Demonstration und der Protest zu den demokratischen Grundrechten gehören, helfen sie immer etwas. Mindestens so viel, dass die Mächtigen sich nicht in völliger Ruhe wähen. Aber sonst ist die ÖH, vor allem nach ihrer Teilentmachtung durch Schwarz-Blau, ein Begutachtungs- und Sparverein.

Kann sie sich aus dieser Lähmung befreien? Erneut liegt es, vierzig Jahre nach den rebellischen 60ern, an der Vitalität der von einer Minderheit gewählten Vertreter. Es braucht aber größerer Phantasie und mächtiger innerer Kräfte, gegen die zisierten Druck-Strukturen des angeblich so schlanken Staates anzukämpfen.

Internet-Strategien wären zu entwickeln. SMS-Taktiken gab es donnerstags schon. Alles freilich nur Methoden des Eigentlichen. Um das zu definieren sollte man sich zuerst die Frage stellen, was das überhaupt ist – Student sein am Beginn des 21. Jahrhunderts.

Gerfried Spertl studierte ab 1959 in Graz. Er war 1963 – 1965 Vorsitzender des Hauptausschusses der Universität Graz.





1970er Jahre

Universitätspolitik

Ein bedeutendes Signal für die Hochschulpolitik – das auch die hohe Priorität der neuen Regierung Kreisky für diesen Bereich ausdrückte – war 1970 die Schaffung eines eigenen Wissenschaftsministeriums. Ministerin von 1970 bis 1983 war mit Hertha Firnberg auch erstmals eine Frau. Als markantes Signal für die Öffnung der Hochschulen wurden ab 1973 alle Studiengebühren

und sonstigen Zahlungen von Studierenden abgeschafft. Damals bedeutete das eine Ersparnis von 730 Schilling für die Studierenden – heute wären dies etwa 150 Euro – pro Jahr. Die Universitätsorganisation wurde mit dem Universitätsorganisationsgesetz (UOG) 1975 der einschneidendsten Veränderung seit über einem Jahrhundert unterzogen. Bis Ende der sechziger Jahre hatte die alleinige Entscheidungsmacht der Professoren (*bewusst männlich formuliert!*) seit den Zeiten der Monarchie unumstößlich bestanden. Liberalität und Pluralität, Offenheit und Diskussion wurden eher formal hochgehalten als im Alltag gelebt. Die Frage des Beitrags der Universität zur Entwicklung der Gesellschaft und ihre Rolle in der Demokratie war die Beschäftigung weniger linker AußenseiterInnen. Nach den langen Studienreformdiskussionen der sechziger Jahre wurden in den siebziger Jahren nun die Studien neu geregelt und die Institutionen des Hochschulsystems – mit Ausnahme der Kunsthochschulen – vereinheitlicht und in einen zusammenhängenden organisatorischen Rahmen eingebunden. Die bedeutendste Veränderung war, dass ein neues System der Verwaltung unter Mitbestimmung der Studierenden geschaffen wurde. Demokratisierung der Lebensbereiche war die Devise. In allen Subsystemen der Gesellschaft, in denen Macht ausgeübt wurde, sollten die Betroffenen zu Beteiligten werden.

Ein wahres Reformfurioso: Abschaffung der Studiengebühren, Zugang zur Universität ohne Aufnahmeprüfung und Numerus clausus, Zugang ohne Matura durch Berufsmatura und Studienberechtigungsprüfungen, differenzierte Studienmöglichkeiten, Möglichkeit des Doppelstudiums und der Kombination von Studienrichtungen, Wiederholungsmöglichkeit von Prüfungen, kein besonderes Disziplinarrecht der Universität gegenüber den Studierenden mehr, Stipendienausbau, Studierendenermäßigungen und Freifahrten in öffentlichen Verkehrsmitteln, gestärkte ÖH, Mitbestimmungsmöglichkeiten auf allen Ebenen der Universität, insbesondere bei der Wahl akademischer FunktionärInnen. Der Gedanke der „Gruppenuniversität“, in der sich die betroffenen Gruppen in „Kollegialorganen“ zusammenfinden, trat anstelle der alten „Ordinariuniversität“ der Allmacht der ordentlichen ProfessorInnen. Die Studierenden bekamen in universitären Entscheidungsgremien ein Viertel der Stimmen zugemessen, in Studienkommissionen ein Drittel. Die Demokratisierung brachte frische Luft in die Universität, sie rechtfertigte sich aus dem demokratischen Verständnis von der Universität als Einheit von Lehrenden und Lernenden. Gegen den Widerstand von konservativen ProfessorInnen, Rektorenkonferenz sowie ÖVP und FPÖ wurde die Universitätsreform von der absoluten Mehrheit



Die Öffnerin der Universitäten: Hertha Firnberg



der SPÖ im Nationalrat beschlossen.

Aufgrund der Politik der Bildungsexpansion und der Öffnung der Universitäten stieg die Zahl der Studierenden stark an. Im Studienjahr 1969/70 studierten in Österreich 51.401 Studierende, davon 12.618 Frauen (24,55%). 1979/80 waren es bereits 108.101 Studierende gesamt, davon 42.255 Frauen (39,09). Die Zahl der Hochschullehrenden stieg allerdings nur halb so stark, wodurch Probleme entstanden, die später für eine konservative Wende instrumentalisiert wurden. Bis Ende der siebziger Jahre hielt die Steigerung des Hochschulbudgets mit der Steigerung der Studierendenzahl auch noch mit. Später wurden dann die Studierenden von konservativen Bildungspolitikern für die Probleme einer „Massenuniversität“ verantwortlich gemacht.¹

ÖH-Politik

Das Universitätsorganisationsgesetz von 1975 war ein Meilenstein in der studentischen Geschichte, indem es die Mitbestimmung der StudentInnen bei universitären Entscheidungen festschrieb. Die Kreisky-Regierung beschloss 1973 auch ein neues ÖH-Gesetz, das der Ende der sechziger Jahre entstandenen Entwicklung Rechnung trug und StudienrichtungsvertreterInnen als gewählte ÖH-Ebene im Gesetz festlegte. Anstelle des „föderativen Elements“, das Hauptausschuss-Vorsitzenden bislang Stimrecht im Zentralausschuss gab, wurde die

bundesweite ÖH-Ebene durch vollständige direkte Wahl demokratisiert.

Politisch brachten die siebziger Jahre in der ÖH eine neue Unübersichtlichkeit.

Der kommunistische VDS war 1966/67 praktisch von der Bildfläche verschwunden und kandidierte bei den ÖH-Wahlen 1967 nicht mehr. 1970 benannte sich der VDS in Abgrenzung zur KPÖ in Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation (MLS) um. Die mit der KPÖ in Verbindung stehenden Mitglieder gründeten nach ihrem Ausschluss aus der MLS die Gruppe Kommunistischer Studenten (GKS), in deren Folge 1972 schließlich der Kommunistische Studentenverband (KSV) gegründet wurde.

In Folge der StudentInnenbewegung der sechziger Jahre entstanden in den siebziger Jahren viele verschiedene linke Studierendengruppen. Sie widmeten sich allerdings weniger der Hochschulpolitik im engeren Sinn als gesamtgesellschaftlichen Problemen. Bei ÖH-Wahlen kandidierten verschiedene Fraktionen mit unterschiedlichen Auslegungen des Marxismus. Es gab die Wahl zwischen dem, eine Renaissance des Austromarxismus fordernden, VSStÖ, einer maoistischen Liste kommunistischer Hochschulorganisationen (LKH), einer trotzkistischen Gruppe Revolutionärer Marxisten (GRM) und dem KPÖ-nahen, an die Sowjetunion angelehnten, KSV. Insgesamt erreichten alle Gruppen links von

der konservativen ÖSU bei den ÖH-Wahlen 1974 30% der Stimmen für den Zentralausschuss, während es 1971 nur 21% gewesen waren. Jahrzehntlang umfasste das linke Spektrum in der ÖH lediglich 10-15%, in den siebziger Jahren war es nun schon fast ein Drittel. Gleichzeitig veränderten Bildungsexplosion, sozialer Strukturwandel und Öffnung der Universitäten die Zahl und Sozialstruktur der Studierenden. Aufgrund der neuen Schichten an der Uni verlor der RFS stark, erreichte er 1967 noch 30% der Stimmen, waren es 1974 21% und 1977 schon nur mehr 8%.

Die sozialdemokratisch geprägten siebziger Jahre führten zu einer Schwächung des CV, denn erstmals in der Zweiten Republik verfügte er über keine Machtbasis in der Bundesregierung. Die aufstrebende Frauenbewegung kritisierte darüber hinaus die männerbündischen Strukturen. Nach jahrzehntelanger Dominanz wurde auch die ÖH nun weniger von „Korporierten“ geprägt. Die konservative Mehrheitsfraktion ÖSU gab sich im Zuge des gesellschaftlichen Klimas nicht stramm-konservativ, sondern liberaler. Dies war auch notwendig, um mehrheitsfähig zu bleiben. Die ÖSU behielt zwar die Führungsrolle in der ÖH, wurde aber von heftigen internen Konflikten gebeutelt: 1974 kam es sogar dazu, dass der ÖSU-Präsident Stefan Kekeiss mit einigen anderen seiner Fraktion „Demokratische Studenten Union“ als ÖSU-Abspaltung und MandatarInnen anderer Fraktionen den

ÖH und Demokratie

Geschichte der ÖH

- Vorgeschichte
- 1940er: Aufbau studentischer Demokratie
Kommentar: Wiesinger
- 1950er: Soziale Lage und Studiengebühren
Kommentar: Fischer
- 1960er: Studierende zwischen Borodajkewycz und „1968“
Kommentar: Sperl
- 1970er: Demokratie und Mitbestimmung in der Universität
Kommentar: Streuerwitz
- 1980er: Neue soziale Bewegungen
Kommentar: Margulies
- 1990er: Der Mensch zuerst
Kommentar: Berlakovic
- 2000er: Gegenreform an der Uni und linker Erdrutsch in der ÖH
Kommentar: Mautz & Weinberger
- Wahlergebnisse und Vorsitzende
- Uni im Wandel der Zeit
- Feminismus und ÖH
- Protest und Vertretung
- Zukunft der ÖH Arbeit
- Chronologie
- Anhang



Plakatdschungel vor der Uni Wien (1979)

damaligen ÖH-Vorsitzenden Georg Schneider abwählte, um selbst als dessen Stellvertreter diesen Posten zu übernehmen. Der abgewählte ÖH-Vorsitzende Schneider übernahm daraufhin den Vorsitz in der ÖSU und konnte 1975 bei den folgenden ÖH-Wahlen mit Unterstützung der JES, des Forum Innsbruck und einer TheologInnenliste den ÖH-Vorsitz wiedererlangen, wobei auch diese Wahl von heftigen internen Debatten begleitet wurde. Akteure in der ÖSU der siebziger Jahre waren unter anderem der spätere ÖVP-Klubobmann Wilhelm Molterer als ÖH-Vorsitzender an der Uni Linz, an der Uni Wien der spätere Journalist Helmut Brandstätter oder an der Uni Salzburg der spätere Innenminister Ernst Strasser, der es zum ÖSU-Vorsitzenden und Fraktionsführer im Zentralausschuss brachte.

Als konservative Konkurrenzpartei zur ÖSU

wurde 1974 von einer Gruppe um den späteren ÖVP-Abgeordneten Vinzenz Liechtenstein die Junge Europäische Studenteninitiative (JES) gegründet. Sie positionierte sich in Abgrenzung zur ÖSU als klar rechtskonservative Fraktion und gewann damit auf Kosten der ÖSU Stimmen. 1975 erzielte die JES 7%, 1977 bereits 10%. Ende der sechziger bis Anfang der siebziger Jahre gab es mit der, von der steirischen ÖVP unterstützten, Aktion eine weitere Fraktion neben der ÖVP-nahen ÖSU, die im liberalkonservativen Bereich Stimmen gewann. Im Gegensatz zur Aktion entwickelte sich die JES jedoch zur bundesweit aktiven ernsthaften Konkurrenz der ÖSU, die ihr innerhalb der ÖVP den Anspruch der alleinigen Studierendenorganisation verdarb.

Die neuen Möglichkeiten der studentischen Mitbestimmung in der Universität bedeu-

teten für die ÖH auch eine große Herausforderung, diese im Sinne der Studierenden zu nutzen. In den siebziger Jahren begannen sich auch neue Formen der Unterstützung der Studierenden durch die ÖH zu etablieren. Erstmals wurden Studienführer als Hilfe durch das Semester produziert und Tutorien veranstaltet. Zur Absicherung von eigenständigem wissenschaftlichen Arbeiten von Studierenden wurde die Einrichtung der „Sonderprojekte“ gegründet. Mit diesen finanziellen Mitteln werden bis heute engagierte wissenschaftliche oder gesellschaftliche Projekte von Studierenden von der ÖH gefördert.²

Endnoten

¹ Griesebner, *Politisches Feld Universität*, 1990, S.143f.; Lassnigg, *Bildungsreform*, 1995, S.469, S.473f. u. S.484

² Fischer-Kowalski, *Universität*, ³1982, S.609-611; Griesebner, *Politisches Feld Universität*, 1990, S.106f.; Holter / Suppan, *Politik*, 1988, S.645, S.650; Zach, *KSV*, 1998, S.19f.



Die wilden 70ern: Hochschultaxen und Basisdemokratie

Ernst Streeruwitz

Drei Bemerkungen zur Einleitung: Als ich vor kurzem um diesen Beitrag zu „60 Jahre ÖH“ gebeten wurde, lag meine aktive Tätigkeit in der Studentenvertretung mehr als 30 Jahre zurück; diese Tätigkeit konzentrierte sich auf die erste Hälfte der Siebzigerjahre; fraktions- oder gar parteipolitische Überlegungen möchte ich auch aus dieser Sicht in diesem Beitrag nicht rückblickend ansprechen. Die hochschulpolitische Diskussion hatte damals ihre Schwerpunkte vor allem in Strukturfragen, in Finanzierungsfragen und in sozialen Fragen der Studierenden.

Bei den Strukturfragen ging es um die Struktur der Universitätsorganisation – Stichwort Mitbestimmung und „Drittelparität“, um die Struktur der Studien – beispielsweise die Implementierung des „studium irregulare“ oder die Einrichtung von Tutorials – und um die Struktur der Studentenvertretung – insbesondere um die neuen Institutsvertretungen und Elemente der Basisdemokratie, wie sie sich damals in zahlreichen Hörerversammlungen manifestierten.

In der Organisations-Struktur der Universitäten kam es zu wichtigen Ergebnissen im Sinne der Mitbestimmung für Studierende und den „Mittelbau“, die sich im wesentlichen in den folgenden Jahrzehnten bis heute aus meiner Sicht bewährt haben, auch wenn es gewiss zu mancher „Überorganisation“ in Richtung „Einheit von Sitzung und Lehre“ gekommen sein mag. Den Studierenden – und damit auch den Universitäten – hat die Mitbestimmung jedenfalls einiges gebracht.

Bei der Struktur der Studien ging es uns damals um weniger „frontal“ und weniger „starr“, manches haben wir erreicht, manches ist heute von Neuem aktuell: Damals haben wir für das forschende Lernen in kleinen Gruppen plädiert, Tutorien wurden geschaffen, Massen-Vorlesungen wurden durch Übungen ersetzt oder zumindest ergänzt. Und an die Stelle mancher professoraler „Prüfungswillkür“ ist heute vielfach „multiple choice“ getreten, auch nicht immer ideal. Vorlesungskritik – zu unserer Zeit ein mutiges Unterfangen – sollte heute unter dem Titel der Evaluierung eigentlich Routine sein.

Anfang der Siebzigerjahre lag die unterste Ebene der ÖH bei den Fakultäts-

vertretungen, aus diesem Mangel heraus entwickelten sich zunächst – mehr durch Selbstorganisation – zahlreiche Institutsvertretungen, die in deutlichem Widerspruch zur gesetzlich verankerten Vertretung ÖH standen. Die ÖH-Reform konnte allerdings bald die alten und die neuen Strukturen integrieren. Bewährt hat sich jedenfalls die Ausgliederung und professionelle Führung der Wirtschafts-Betriebe. Immerhin waren Anfang der Siebziger-Jahre die ÖH-Vorsitzenden quasi Obergeschäftsführer von Mensen, Druckereien oder Studentenheim-Organisationen, was dem Image der ÖH manchmal recht zum Schaden geriet.

Eine Errungenschaft der ÖH in den Siebzigerjahren war die Abschaffung der ohnedies wenig ertragreichen „Hochschul-Steuern“, also der damaligen Studiengebühren. Sie waren zu dieser Zeit weniger soziale Hürde, als bürokratisches Ärgernis. Heute gibt es die Studiengebühren wieder, und wenn schon, dann sollten sie wenigstens zu einer besseren finanziellen Ausstattung der Universitäten und ihres Angebots dienen.

Wir waren auch veranlasst, breite Aktionen und Demonstrationen für zusätzliche Investitionen in die Universitäten durchzuführen, die immer wieder deutliche Erfolge für die Hochschul-Budgets brachten, die aber angesichts der Entwicklung der Studenten-Zahlen und des wachsenden Sanierungsbedarfs letztlich das Problem nie wirklich aus der Welt schaffen konnten.

Natürlich haben wir damals auch für die Valorisierung der Stipendien, für leistbare Studenten-Heimplätze, für eine ordentliche Studien-Information- und -Beratung gekämpft. So hat die ÖH auf ihrer gesetzlichen Basis damals – so wie vorher und nachher – die wesentlichen Probleme der Studierenden wohl erkannt und auch zu ihrer Lösung beigetragen. Allerdings sind viele dieser Probleme permanente oder wiederkehrende Herausforderungen für eine aktive ÖH.

Ernst Streeruwitz begann sein Studium 1962. Er war Vorsitzender des Hauptausschusses der Universität Wien von 1970-1972. Von 1971-1972 war er Vorsitzender des Zentralausschusses der ÖH (ÖSU).





1980er Jahre

Universitätspolitik

Hatte die Bildungspolitik in den sechziger und siebziger Jahren einen zentralen Stellenwert im Projekt gesellschaftlicher Modernisierung und Demokratisierung gehabt, nahm sie in der „konservativen Wende“ ab den frühen achtziger Jahren einen hohen Stellenwert ein. Die Konservativen traten in Abgrenzung zur „Massenuniversität“ der siebziger Jahre für mehr Selektion und

Maßnahmen zur Erschwerung des Zugangs zu höherer Bildung ein, während für Linke gerade die Offenheit der Bildungswege zentral blieb.

Die Allmacht der ProfessorInnen war 1975 gebrochen worden. Durch Informationsvorsprung und vielschichtige Netzwerke konnten sie die Geschicke der Universitäten dennoch weiterhin bestimmen. An der Universitätsorganisation der siebziger Jahre wuchs die Kritik. Beklagt wurden einerseits von EntscheidungsträgerInnen die häufigen Sitzungen von Gremien zur Debatte von Entscheidungen und Problemen, andererseits aber auch etwa das Schema der Parität der Zusammensetzung der Gremien, das die Lehrenden in ProfessorInnen und „Mittelbau“ trennte und dabei nicht auf etwaige akademische Qualifikationen letzterer Rücksicht nahm. Eine Folge der per Gesetz erfolgten radikalen Reform der Universität in den siebziger Jahren war eine verstärkte Bürokratisierung. So gab es nun einen größeren inneruniversitären Grad der Diskussion und Mitbestimmung, wichtige Entscheidungen und Zuständigkeiten lagen aber beim Wissenschaftsministerium.

Im Studienjahr 1982/83 gab es 133.725 Studierende in Österreich, davon 55.178 (41,26%) Frauen. 1988/89 waren es 172.943 Studierende, davon 75.563 Frauen (43,69%).¹

Politischer und gesellschaftlicher Wandel

Die achtziger Jahre begannen in der Spätphase der Regierung Kreisky und endeten nach dem Intermezzo der Regierung Sinowatz mit der Wiederauflage der Großen Koalition. Während in Großbritannien Margaret Thatcher und in den USA Ronald Reagan regierten und dem Neoliberalismus zum Durchbruch verhelfen sollten, war die Mehrheit der Studierenden in Österreich noch vom Geist des Aufbruchs und der Offenheit der siebziger Jahre geprägt. So gab es in den ersten Jahren Demonstrationen für Abrüstung und Frieden. Ein letzter Ausläufer dieser Zeit und gleichzeitiger Anknüpfungspunkt für eine neue politische Partei war die Besetzung der Hainburger Au im Dezember 1984. Hier sollte östlich von Wien ein Wasserkraftwerk an der Donau gebaut werden. Proteste gegen die Gefährdung der Aulandschaft durch den Bau wurden laut. Die ÖH war Teil einer bald sehr großen Protestbewegung und organisierte Bus-Shuttles in die Au. Viele Studierende beteiligten sich an Demonstrationen in Wien und der Besetzung in der Au. Umweltpolitik war das Thema der Stunde: Die ÖH-Medien berichteten über Begrünungsaktionen, Radfahrwege, Müll- und Verkehrsprobleme etc. Aber auch die soziale Lage rückte wieder ins Blickfeld: 1987 plante die neue Große



Günther Nenning, Hubert Gorbach et. al. sind (für die) Au-Tiere



Abb. 16

Diese Au war besetzt, ohne Pause – bis jetzt

Koalition aus SPÖ und ÖVP finanzielle Einschnitte zur Budgetsanierung. Unter anderem sollte die Familienbeihilfe nur noch bis zum 25. Lebensjahr ausbezahlt und die Krankenversicherung eingeschränkt werden. Es entstand eine überraschend breite Protestbewegung unter Studierenden, die vor allem von den linken Kräften in der ÖH unterstützt wurde. Selbst die konservative ÖH-Führung konnte die Bewegung nicht

mehr ignorieren und kanalisierte die Streikbewegung in eine Großdemonstration mit 40.000 TeilnehmerInnen. Nach Demonstrationen und Streiks wurden die Maßnahmen zwar nicht zurückgenommen, aber abgeschwächt. Schließlich gab es wieder die Familienbeihilfe bis 27. Unabhängig davon mussten allerdings immer mehr Studierende zur Finanzierung ihres Studiums einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

ÖH-Politik

ÖH und Demokratie

Geschichte der ÖH

Vorgeschichte

1940er: Aufbau studentischer Demokratie

Kommentar: Wiesinger

1950er: Soziale Lage und Studiengebühren

Kommentar: Fischer

1960er: Studierende zwischen Borodajkewycz und „1968“

Kommentar: Sperl

1970er: Demokratie und Mitbestimmung in der Universität

Kommentar: Streeruwitz

1980er: Neue soziale Bewegungen

1990er: Der Mensch zuerst

Kommentar: Bertakovic

2000er: Gegenreform an der Uni und linker Erdrutsch in der ÖH

Kommentar: Mautz & Weinberger

Wahlergebnisse und Vorsitzende

Uni im Wandel der Zeit

Feminismus und ÖH

Protest und Vertretung

Zukunft der ÖH Arbeit

Chronologie

Anhang

Bei den Wahlen 1979 rutschte die konservative Mehrheitsfraktion ÖSU von 48,4% auf 38,3% ab. Ihre Führungsrolle in der ÖH sicherte sie durch Zusammenarbeit mit links von ihr stehenden Gruppierungen. Schon in den siebziger Jahren waren, im Unterschied zur Dominanz des Wahlblocks in den fünfziger und sechziger Jahren, kleinere Listen im konservativen Lager entstanden. Nun kam es zu deutlichen Abspaltungen von der ÖSU am rechten Flügel. 1981 rutschte sie auf 23,2% der Stimmen bei den ÖH-Wahlen ab. Das vor allem in Graz aktive und der steirischen ÖVP nahe stehende Studentforum profitierte von der Krise und erreichte 1981 15,1%. Das Forum Innsbruck bekam 4,5%. Im Herbst 1982 schlossen sich diese liberalen ÖVP-nahen Fraktionen schlussendlich zur neuen konservativen Mehrheitsfraktion Aktionsgemeinschaft zusammen. Zunächst verlor die neue Plattform bei den ÖH-Wahlen 1983 (35,33% gegen über 40% der getrennten Listen 1981) und 1985 (30,94%), obwohl man sich dem aktuellen Thema der Umweltpolitik widmete. Erst 1987 war die neue Fraktion gefestigt und erreichte mit 38,74% deutliche Gewinne.

Vor allem die rechtskonservative JES hatte von der Schwäche der ÖSU profitiert. Ihr größter Wahlerfolg gelang ihr 1985, als sie mit 21% nur mehr 10% hinter der Aktionsgemeinschaft rangierte. Darüber hinaus erlangte die JES an der WU Wien eine deutliche

che absolute Mehrheit, am Juridicum Wien fehlten ihr dazu nur wenige Stimmen. Von 1981 bis 1983 stellte die JES den Vorsitz der HochschülerInnenschaft an der Universität Wien. Ihre Wahlerfolge erreichte die JES allerdings nicht mit ihrer ideologischen Ausrichtung – sie begrüßte die Ernennung Kurt Krenns zum Weihbischof von Wien, befürwortete Rüstungsindustrie und Drakenkauf und gab sich habsburgerfreundlich – sondern mit ihrer Thematisierung von Service für die Studierenden als alleinige Aufgabe der ÖH. Damit hatte sie quasi eine „Marktlücke“ besetzt. Erst als die Aktionsgemeinschaft, die sich 1984 noch gegen Hainburg engagiert hatte, zunehmend ebenfalls eine unpolitische ÖH vertrat und sich vom gesellschaftspolitischen Engagement als Teil studentischer Politik abzuwenden begann, konnte sie wieder die dominante konservative Fraktion werden. Jahrelang wurden aus dem Spektrum der ÖVP zwei ÖH-Gruppierungen finanziert, CVer fanden sich in konkurrierenden politischen Fraktionen wieder. Was seltsam anmuten mag, entpuppte sich bei zunehmender Unattraktivität der ÖVP in den neunziger Jahren als Vorteil, da die Aktionsgemeinschaft so ein „unabhängiges“ Image aufbauen und der JES die konservative Karte zuspielden konnte. Die JES blieb bis 1999 in der ÖH vertreten, wenn auch mit schlussendlich geringem Zuspruch.

Neu traten in den achtziger Jahren links-alternative und grüne Listen auf die politische Bühne der ÖH. 1985 kandidierten die

Vereinten Grünen Österreichische Studenten (VGÖS) mit den Inhalten der bürgerlichen Vereinten Grünen Österreichs (VGÖ) und erreichten 3%. Die im Gegensatz zu dieser bürgerlich-grünen Liste links-grüne Alternative Basisliste (ALB) konnte 1985 aufgrund formaler Fehler nicht kandidieren. 1987 kandidierte bereits eine Fülle an grünen Listen bei den ÖH-Wahlen. Die, von der im Parlament vertretenen Grünen Alternative unterstützte, ALB wurde innerhalb der grünen Fraktionen mit 5,7% stärkste Gruppierung. Insgesamt erreichte das grüne Spektrum bereits 12% der Stimmen.²

Endnoten

¹ Lassnigg, *Bildungsreform, 1995, S.476-479*; Griesebner, *Politisches Feld Universität, 1990, S.144*

² Holter / Suppan, *Politik, 1988, S.644-653*



Bewegte Zeiten

Martin Margulies

„Machen wir doch dort weiter, wo wir Ende der 80er Jahre aufgehört haben.“ So ähnlich könnte ein kurzes politisches Resümee im Vergleich mit „fast allem was danach kam“ lauten. Ein Jahrzehnt vielfältiger politischer Aktivität ging zu Ende – was folgte war bis auf wenige Ausnahmen wie z.B. das Lichtermeer gegen AusländerInnenfeindlichkeit eine Individualisierung der Gesellschaft. Solidarität wurde zum Fremdwort – auch auf den Unis. Der neoliberale Zeitgeist hatte mit dem Ende eines an politischen Auseinandersetzungen reichen Jahrzehnts, nicht nur seine wirtschaftspolitischen Ziele erreicht, sondern sämtliche gesellschaftspolitisch relevanten Bereiche durchdrungen. Erst die letzten zwei, drei Jahre – mit einer erstarkten globalisierungskritischen Bewegung erinnern an die gesellschaftlichen Bewegungen der 80er Jahre. Und deren gab es viele – lokal vernetzt oder auch global aktiv.

Ob Umwelt-, Sozial- oder Friedensbewegung, ob das Eintreten für BürgerInnenrechte oder Menschenrechte – meist fiel der HochschülerInnenschaft eine wichtige Rolle zu. Genauer gesagt, Teilen der ÖH und den Studierenden selbst. Vom Zentralausschuss (heute Bundesvertretung), welcher damals von der ÖVP-nahen Aktionsgemeinschaft dominiert wurde, war mit wenigen Ausnahmen meist wenig Unterstützung zu erwarten.

Eine dieser Ausnahmen war Hainburg. Nicht zuletzt durch das Zusammenspiel von UmweltschützerInnen, SchülerInnen, Studierenden und deren Eltern, Menschen aus der Region sowie aus der damals in Wien recht starken autonomen Szene wurde der Kampf gegen ein Megakraftwerk für eine intakte Aulandschaft gewonnen. War es für die einen der Schutz der Umwelt, so war es für die anderen ein Kampf um Demokratie oder aber auch gegen die schrankenlose wirtschaftliche Verwertbarkeit natürlicher Ressourcen. Hilfe kam dabei von vielen Seiten, vor allem auch von der HochschülerInnenschaft. Zelte, Schlafsäcke, Decken, Verpflegung und Transport – viel Vernetzung und Organisation erfolgte auf den einzelnen Unis oder direkt in der Liechtensteinstraße (*Anm.: Büro der ÖH Bundesvertretung*). Während sich hunderte Menschen in der Stopfenreuther Au ihren Hintern abfroren,

ließ die ÖH auf Hochtouren, um Unterstützung zu organisieren.

Viele Aktivitäten, die zumindest das lokale politische Leben im Wien der 80er Jahre prägten schienen der ÖH dennoch suspekt: der Kampf um freie Kulturprojekte (GaGa, WUK), Hausbesetzungen, SpreyerInnenszene, Opernballdemos etc. Lediglich mit einigen Fakultätsvertretungen der Uni Wien bzw. der HochschülerInnenschaft an der TU gab's zeitweise Kooperationen und Zusammenarbeit.

Doch nicht nur lokal gab's bewegte Zeiten. Von der Friedensdemonstration 1983, dem Kampf gegen die WAA Wackerdorf nach dem GAU in Tschernobyl 1986, den freien Radios bis zum größten StudentInnenstreik 1987.

Was als kleiner Streik gegen Budgetkürzungen und übervolle Hörsäle, keinem Platz bei Pflichtübungen, sowie geplanten Studiengebühren und Drittmittelfinanzierung leicht unkoordiniert begann, verbreitete sich wie ein Lauffeuer über ganz Österreich. Denn während die Bundes-ÖH noch abseits stand, hatten sich viele Uni- und Fakultätsvertretungen mit Mehrheiten jenseits von AG, JES und RFS vorbereitet. Mit einer klaren Zielrichtung: nicht nur die spezifischen Probleme der Studierenden sollten angesprochen werden, sondern auch gesellschaftliche Probleme: Sozialabbau, Wohnungsnot, Vererbung der sozialen Situation. 40.000 SchülerInnen, Studierende und jede Menge UnterstützerInnen gingen dabei im Frühjahr bei einer der größten, jedenfalls aber der buntesten und kreativsten Demo der 80er Jahre auf die Straße.

Der autonom und selbst organisierte Widerstand jenseits der Bundes-ÖH zwang diese sich letztendlich doch mit dem Streik zu solidarisieren. Ein Fehler, wie sich herausstellen sollte. Gab dieser doch der Bundes-ÖH die Möglichkeit, die von der Streikbewegung selbst gewählten StreiksprecherInnen in Verhandlungen mit dem Wissenschaftsminister zu hintergehen und so den Streik mit Scheinerfolgen zu unterlaufen.

Martin Margulies begann sein Studium der Technischen Mathematik 1983 an der TU Wien. Er war Vorsitzender der HTU von 1988-1989 (FLÖ).





1990er Jahre

Universitätspolitik

1993 wurde ein neues Universitätsorganisationsgesetz beschlossen. Anstelle der linken Hegemonie des Demokratisierungsgedankens war mittlerweile das universitätspolitische Theorem der Autonomie der Universitäten gegenüber dem Wissenschaftsministerium getreten. Die Bildungs- und Wissenschaftsinstitution Universität wurde mehr und mehr als „Betrieb“ gesehen, der nach unternehmerischen Gesichtspunkten von „ManagerInnen“ zu führen sei. Wurden zuvor

Sinn und Möglichkeiten von mehr Demokratie und Öffnung diskutiert, kam im Zeichen des neoliberalen Paradigmas nunmehr der Ruf nach mehr „Effizienz“. 1993 wurde eine starke Führungsebene mit Entscheidungsgewalt institutionalisiert (RektorIn, DekanIn, Institutsvorstand/-vorständin). Die Einrichtung der paritätischen Gremien, deren Meinung wenigstens zu „hören“ war, wurde eingeschränkt allerdings beibehalten. Die Kunsthochschulen bekamen ebenfalls ein dementsprechendes neues Gesetz und wurden zu Kunstuniversitäten.

mehr so stark. Im Wintersemester 1990/91 studierten 211.839 StudentInnen in Österreich, davon 93.129 (44,4%) Frauen. Im Wintersemester 2000/01, vor Einhebung der Studiengebühren, waren es 242.598, davon 124.617 (51,4%) Frauen.¹ Die in der gesamten Gesellschaft die Mehrheit ausmachenden Frauen stellten nun erstmals die Mehrheit der Studierenden. Seit Abschaffung der Studiengebühren 1973 hatte sich ihr Anteil verdoppelt.

Der Mensch zuerst

Noch weitreichender als die Änderungen in der Universitätsorganisation sollten aber die Ende der neunziger Jahre eingeleiteten Maßnahmen im Bereich der Studien sein. 1997 wurde ein neues Universitätsstudienengesetz beschlossen, das die Entwicklung neuer Studienpläne vorsah und umfangreiche Änderungen bringen sollte. 1999 beteiligte sich Österreich an der Bologna-Erklärung zur Schaffung eines europäischen Hochschulraums. Als Folge wurde die Studienarchitektur verändert und mit dem Bakkalaureat ein neuer Zwischenabschluss geschaffen. Die aufgrund der Studienbedingungen immer länger werdenden Studienzeiten sollten verkürzt werden.

Die Studierendenzahl stieg in den neunziger Jahren weiter an, wenn auch nicht

Der Fall des Eisernen Vorhangs 1989 wurde allseits bejubelt. Als schließlich aber Jugoslawien zerfiel und viele Flüchtlinge nach Österreich kamen, stieg die Fremdenfeindlichkeit. Restriktivere Gesetze wurden beschlossen. Als die Haider-FPÖ ein Anti-AusländerInnen-Volksbegehren namens „Österreich zuerst“ startete, formierten sich im Winter 1992 zahlreiche Initiativen dagegen. Unter dem Motto „Der Mensch zuerst“ fanden von Ende November bis zum 10. Dezember an allen Unis Veranstaltungen gegen Hetze und für Solidarität mit Menschen in Not statt. Abgeschlossen wurde die Aktion mit einem Schweigemarsch von 10.000 Menschen für Offenheit und Toleranz. Prominente Redner wie der Regisseur Axel Corti oder Caritaspräsident Helmut Schüller unterstützten die ÖH. An anderen



Lichtermeer gegen „Ausländervolksbegehren“



Abb. 18

Die erste Frau an der Spitze der ÖH:
Agnes Berlakovich

Aktionen war die ÖH ebenfalls beteiligt, etwa am großen Lichtermeer am Wiener Heldenplatz 1993.

Die ÖH engagierte sich auch aktiv für notleidende Menschen. 1992 wurde die Flüchtlingshilfsorganisation Helping Hands gegründet, die etwa Deutschkurse für Flüchtlinge aus Bosnien organisierte oder sich für Ausnahmen von bürokratischen Hürden für geflüchtete Studierende einsetzte.²

ÖH-Politik

Die im Aufschwung befindliche Haider-FPÖ machte auf sich aufmerksam, indem sie die gesetzlichen Interessenvertretungen in Frage stellte. Besonders schwach schien die ÖH zu sein. 1991 wurde so kurzfristig eine Urabstimmung über die Institution der ÖH

als Interessenvertretung mit automatischer Mitgliedschaft aller Studierenden abgehalten. Bei einer Wahlbeteiligung von 30%, die derjenigen bei der ÖH-Wahl entsprach, stimmten 80,3% für die Beibehaltung ihrer Vertretung.³

Nachdem zuvor stets mehrere verschiedene grüne Listen kandidiert hatten, kristallisierten sich Mitte der neunziger Jahre die Grünen und Alternativen StudentInnen (GRAS) als grüne Studierendenvertretung heraus. 1995 erreichte die GRAS 18,5% und 13 Mandate, danach verlor sie aber 1997 und 1999 auf 12,7 Prozent (1999). Der VSStÖ hatte 1989 noch 20% erreicht, verlor aber bis 1995 die Hälfte seiner WählerInnen. Erst ab 1997 gewann er wieder hinzu. Als neue politische Kraft etablierten sich in den neunziger Jahren die Fachschaftslisten. Zwar erreichten sie bei bundesweiten Wahlen nur sechs bis acht Prozent, konnten aber durch ihre Stärke an einigen Universitäten, vor allem den TUs, eine große Rolle spielen. Nach der Gründung des Liberalen Forums entstand auch das Liberale StudentInnenforum (LSF), das bald bis zu 10% erreichte, nach dem Ausscheiden des LIF aus dem Nationalrat 1999 aber schnell wieder abbaute. Als mit Abstand stärkste Fraktion hielt sich die ÖVP-nahe Aktionsgemeinschaft im Bereich von 38 bis 44 Prozent der Stimmen.

1995 löste eine heterogene linksliberale Koalition von sechs Fraktionen die AG an der ÖH-Spitze ab, womit zum ersten Mal in

der ÖH-Geschichte keine ÖVP-nahe Gruppierung an der ÖH-Spitze stand. Mit Agnes Berlakovich (VSStÖ) war auch erstmals eine Frau ÖH-Vorsitzende. Gewählt wurden Berlakovich sowie ihre Stellvertreterin Michaela Sivich (GRAS) mit den Stimmen von VSStÖ, GRAS, LSF, Fachschaftslisten (FLÖ), KSV sowie Kunst und Politik (KUP). Bald zerbrach die Koalition an den Gegensätzen der unterschiedlichen Gruppierungen. Im November 1995 trat das LSF aus, im Juni 1996 folgten FLÖ und KUP.

Die linke ÖH bedeutete aber einen Kulturbruch in der Studierendenpolitik. Als die Bundesregierung 1996 ein neues Sparpaket ankündigte, organisierte die ÖH Proteste und eine Großdemonstration am 14. März, bei der ca. 40.000 Menschen auf die Straße gingen. Besonders wirkungsvoll war die Bewegung aufgrund der Zusammenarbeit mit Hochschullehrenden. Im März 1996 streikten nicht nur Studierende, sondern auch UniversitätsassistentInnen. Aufmerksamkeit erregten vielfältige kreative Protestformen, von einer „Monty Python Prozession“ der ÖH Uni Wien, in der satirisch ein höheres Sparpaket gefordert wurde, bis hin zum Lahmlegen der Faxanschlüsse von Ministerien sowie SPÖ und ÖVP durch „Rundfaxe“ oder dem „E-Mail-Bombing“, mit dem über das noch junge Internet die Computersysteme von SPÖ und ÖVP lahmgelegt wurden, indem von mehreren Orten so viele E-Mails gesendet wurden bis das System zusammenbrach. Vorlesungen wurden

ÖH und Demokratie

Geschichte der ÖH

Vorgeschichte
1940er: Aufbau studentischer Demokratie
Kommentar: Wiesinger
1950er: Soziale Lage und Studiengebühren
Kommentar: Fischer
1960er: Studierende zwischen Borodajkewycz und „1968“
Kommentar: Sperl
1970er: Demokratie und Mitbestimmung in der Universität
Kommentar: Streuerowitz
1980er: Neue soziale Bewegungen
Kommentar: Margulies
1990er: Der Mensch zuerst
Kommentar: Berlakovich
2000er: Gegenreform an der Uni und linker Erdrutsch in der ÖH
Kommentar: Mautz & Weinberger
Wahlergebnisse und Vorsitzende

Uni im Wandel der Zeit

Feminismus und ÖH

Protest und Vertretung

Zukunft der ÖH Arbeit

Chronologie

Anhang



in den öffentlichen Raum verlegt und dort auch politisch diskutiert.⁴

Es wurde die bisher größte StudentInnenbewegung der Zweiten Republik mobilisiert, erreicht werden konnte aber nur wenig, etwa Teilregelungen bei den Tarifen für öffentliche Verkehrsmittel. Vielen Studierenden wurde in Folge die Familienbeihilfe gestrichen. Die Euphorie war 1995/96 groß gewesen, größer noch war allerdings die Katerstimmung, als die Bundesregierung nur geringfügig nachgab und das Sparpaket schließlich im Parlament beschlossen wurde. Die Grenzen von studentischem Protest waren aufgezeigt.



40.000 Studierende für Freifahrt und Familienbeihilfe

Nach dem Scheitern der Protestbewegung und der Uneinigkeit der linken Fraktionen kam 1997 die Aktionsgemeinschaft wieder zurück. Vizekanzler und ÖVP-Bundesparteiobermann Wolfgang Schüssel gratulierte der AG und meinte, dass das Wahlergebnis zeige, dass Service und Beratung für Studierende wichtiger seien als politische Auseinandersetzungen.⁵

1993 wurden die Fachhochschulen begründet, ihren Studierenden blieb aber eine Interessenvertretung verwehrt. Als 1998 das ÖH-Gesetz reformiert wurde, wurde ihre Einbeziehung in die ÖH diskutiert und sogar die Paragraphen dafür bereits ausformuliert, letztlich vom Parlament aufgrund des Widerstands von ÖVP und FachhochschulbetreiberInnen aber nicht beschlossen. Die Studierenden der Pädagogischen Akademien und Privatuniversitäten wurden hingegen 1999 Teil der ÖH. Im Zuge der Diskussion zur ÖH-Reform traten die Fachschaftslisten, die an einigen Universitäten stärkste Fraktion waren, aber bei bundesweiten Wahlen nur wenige Mandate erreichten, als Plattform „ÖH neu“ für eine Abschaffung der direkten Wahl der ÖH-Bundesvertretung zugunsten von Delegierten der Universitätsvertretungen ein. 1998 lehnten dies beide Regierungsparteien, SPÖ und ÖVP noch ab. Auch die Aktionsgemeinschaft trat für ein demokratisches Wahlrecht ein.⁶

Endnoten

¹ BMBWK, *Universitätsbericht 2005, Bd.2, S.99*

² ÖH (Hg.), *50 Jahre ÖH (ZA Inform 7/95)*

³ Rosina Baumgartner, *Die Urabstimmung über die Pflichtmitgliedschaft in der Österreichischen Hochschülerschaft. Dipl.-Arb., Univ. Wien 1992*

⁴ Lilian Schiltknecht, *Die „universitäre Rebellion“ 1996 als Antwort auf die österreichische Hochschulpolitik. Dipl.-Arb., Uni Wien 1998*

⁵ APA 316 1997-05-16

⁶ Alexander Egger / Thomas Frad, *Hochschülerschaftsgesetz und Studentenheimgesetz. Einführung – Texte – Materialien – Entscheidungen – Anmerkungen (Neue Gesetze: Bd.15). Wien 2000*



„Service und mehr ...“

Agnes Berlakovich

„Alles anders“; das war der Anspruch jener Fraktionen, die mit 1. Juli 1995 nach 50 Jahren ÖVP-naher ÖH-Exekutiven „das Ruder“ in der österreichischen Studierendenvertretung übernahmen. Erstmals gab es Frauen an der Spitze (Michaela Sivich, GRAS und Agnes Berlakovich, VSStÖ), die Österreichische Hochschülerschaft wurde in die Österreichische HochschülerInnenschaft umbenannt, der dritte Vorsitz wurde als Zeichen für die Forderung nach dem passiven Wahlrecht für nicht-österreichische StaatsbürgerInnen nicht gewählt, sondern symbolisch mit Maria Vassilakou (GRAS), einer griechischen Staatsbürgerin besetzt, im Sinne der Demokratisierung der ÖH erfolgte eine Verlagerung der Geldmittel auf die „unteren“ Ebenen (sprich die Universitäten, Fakultäten und Studienrichtungen), die Abhaltung von Treffen mit Hauptausschuss (jetzt Universitätsvertretungs-) vorsitzenden und Studienrichtungsververtretungen stand regelmäßig auf der Tagesordnung. Zugegeben, es war schon eine Herausforderung, die zu Beginn des Bündnisses sechs Fraktionen (GRAS, VSStÖ, LSF, KSV, Fachschaftslisten Österreichs, Kunst und Politik), die ideologisch einen breiten Bogen spannten, unter einen Hut zu bringen. Das Wegbrechen des LSF und in weiterer Folge der Fachschaftslisten Österreichs und der Liste Kunst und Politik waren vorerst ein Schock für die im Bündnis verbliebenen Fraktionen, später jedoch stellte sich der Wegfall von anstrengender Koordinierungsarbeit durchaus auch als positiv heraus. Der Kern des Bündnisses blieben GRAS und VSStÖ, unterstützt bzw. koordiniert durch den KSV.

Externe Faktoren ließen jedoch bald keine Zeit, sich mit internen Strukturen zu befassen: mit Anfang Feber 1996 drangen die von der Bundesregierung avisierten Maßnahmen im Rahmen des Sparpaket II an die Öffentlichkeit. Mit diesem zur Erreichung der Maastricht- Kriterien beschlossenen bislang größten Belastungspaket wurden – auch im studentischen Bereich – große Einschnitte vorgenommen. Alle soll es treffen, dieses „gut geschnürte Paket“ und es soll nicht möglich sein, so die Botschaft der Regierungsvertreter, einzelne Teile davon heraus zu lösen.

Was waren die Maßnahmen, die den Unmut der Studierenden auf sich zogen?

Streichung der studentischen Freifahrt bei öffentlichen Verkehrsmitteln und die Anpassung der Familienbeihilfe an die Mindeststudiendauer. Gekoppelt mit Sparmaßnahmen im Universitätsbereich, die die anderen Maßnahmen ad absurdum führten (so wurden zB): die Zügel werden enger gespannt, und dies unter verschärften Bedingungen: damit das Ganze nicht zu einfach wird, werden noch ein paar Hindernisse auf den Weg gelegt.

Vielsagend auch die Art und Weise, wie die Betroffenen informiert wurden: via APA wurden die Maßnahmen „ausgerichtet“.

Der Protest war gewaltig: Aktionen, Streiks, Demonstrationen, die Kreativität, die sich entfaltete, war beeindruckend.

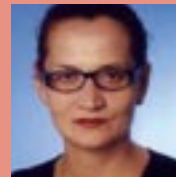
Höhepunkt der Proteste war die Demonstration am 13. März 1996: 50.000 Studierende und SchülerInnen, davon 40.000 in Wien, nahmen daran teil. Ein erhebendes Gefühl, auf der Tribüne am Heldenplatz zu stehen und die gewaltige Menge an jungen Menschen vor sich zu sehen.

Politisierung der Studierenden?

Nicht nur direkte studentische Interessenvertretung, sondern einer starken und konsequenten Wahrnehmung des im ÖH-Gesetz verankerten allgemeinpolitischen Mandats sollte nach Ansicht der in der Exekutive vertretenen Fraktionen oberste Priorität zukommen. Die ÖH als Teil einer Zivilgesellschaft, die sich gegen unsoziale, diskriminierende und chauvinistische Entwicklungen in der Gesellschaft stellt.

Nach den ÖH-Wahlen 1997 gab es wieder eine Exekutive der Aktionsgemeinschaft. Aber, davon bin ich überzeugt, in der Zeit 1995 bis 1997 ist kein unwesentlicher Grundstein für die nun seit 1999 andauernde Periode der „Fortschrittlichen ÖHs“ gelegt worden.

Agnes Berlakovich begann ihr Studium der Rechtswissenschaften 1989 an der Uni Wien. Sie war als erste Frau von 1995-1997 Vorsitzende des Zentralausschusses der ÖH (VSStÖ).





2000er Jahre

Studiengebühren

Als im Februar 2000 Wolfgang Schüssel und Jörg Haider eine Bundesregierung bildeten demonstrierten in Wien Hunderttausende gegen die Regierungsbeteiligung der rechtspopulistischen FPÖ, darunter auch viele Studierende. Ein halbes Jahr nach Amtsantritt, im September 2000, beschloss die neue Bundesregierung von ÖVP und FPÖ die (Wieder-)Einführung von Studienge-

bühren. Trotz Bemühungen der von der Aktionsgemeinschaft gestellten ÖH-Spitze, die Proteste in einer Großdemonstration zu kanalisieren und ansonsten zu kalmieren, entstand im Herbst 2000 breiter Protest. Wochenlang demonstrierten Studierende und es fanden verschiedene, auch aktionistische Protestveranstaltungen statt. Am 11. Oktober 2000 fanden von der ÖH organisierte Großdemonstrationen in allen Universitätsstädten statt. Allein in Wien gingen rund 50.000 Menschen auf die Straße. Die Bundesregierung konnte von ihrem Vorhaben nicht abgebracht werden, allerdings herrschte unter den Studierenden großer Unmut und eine seit langem nicht mehr gekannte politische Mobilisierung. Ab dem Wintersemester 2001/02 wurden allgemeine Studiengebühren von 363,36 Euro für ÖsterreicherInnen und 726,72 Euro für Nicht-EWR-BürgerInnen eingehoben. 45.000 Studierende mussten ihr Studium abbrechen. Für den Rest verlängerten sich aufgrund der zusätzlichen finanziellen Belastung die Studienzeiten. Die Daten der vom Bildungsministerium selbst veröffentlichten „Studierenden-Sozialerhebung 2002“ sprachen eine klare Sprache: 1999 waren noch knapp über die Hälfte der Studierenden während des Semesters nicht erwerbstätig und konnten sich auf ihr Studium konzentrieren - 2002, nach Einführung der Studiengebühren, nur mehr ein Drittel. 57%

der berufstätigen Studierenden beklagten in der Untersuchung die zeitliche Einschränkung als Folge der Erwerbstätigkeit. Mögliche positive Auswirkungen wurden in viel geringerem Ausmaß gesehen, nur ein Viertel nannte ein zielgerichteteres Studium unter diesem Punkt. Das erhöhte Ausmaß der Erwerbstätigkeit wirkte sich negativ auf die Studienaktivitäten aus. Eine weitere vom Bildungsministerium selbst in Auftrag gegebene Studie über die „Auswirkungen der Einführung von Studiengebühren auf die Studienbeteiligung und das Studierverhalten“ wies auf die sozial selektive Wirkung der Studiengebühren hin: Insbesondere Studierende aus finanziell schwächeren Familien mussten das Ausmaß ihrer Erwerbstätigkeit erhöhen, um sich Lebensunterhalt und Studium leisten zu können. Die Vermutung von Bildungsministerin Elisabeth Gehrler (ÖVP), mit den Gebühren werde das Leistungsbewusstsein der Studierenden steigen, wurde widerlegt. Hinsichtlich verbesserter Serviceleistungen - wie sie des öfteren propagiert wurden - erwiesen sich die Gebühren für die Betroffenen als wirkungslos, so die Studie. Den Universitäten nützten die Gebühren wenig, es wurden dafür andere Mittel gekürzt. Initiativen, die mit Geld aus den Studiengebühren gesetzt wurden, waren oft das ohnehin fällige Aufholen von bisherigen jahrelangen Versäumnissen.¹



... gegen Studiengebühren heute

Universitätspolitik

Die Regierung aus ÖVP und FPÖ führte nicht nur Studiengebühren wieder ein, sondern machte sich auch an eine Gegenreform in der Universitätsorganisation. Im August 2001, wohlweislich während der Sommerferien, wurde ein „Gestaltungsvorschlag“ für autonome, unternehmerisch agierende Universitäten veröffentlicht. Trotz über 240 Stellungnahmen von verschiedensten Seiten, die dieses politische Konzept fast überwiegend kritisierten, wurde im März 2002 ein diesbezüglicher Gesetzesentwurf präsentiert und schon im Juli 2002 als Universitätsgesetz (UG) 2002 beschlossen. Mitbestimmungsrechte der Universitätsangehörigen wurden weitgehend abgeschafft und so auch die Rechte der Studierenden stark eingeschränkt. Die leitenden Personen treffen ihre Entscheidungen eigenverantwortlich wie bisher, sie sind aber nicht mehr verpflichtet, ihre Beschlüsse mit denjenigen zu diskutieren, die damit leben und arbeiten müssen. Hierarchien und Top-down-Anordnungen sollten die Universität „effizient“ machen.²

Als neue starke Entscheidungsebene wurde der Universitätsrat geschaffen, der zur Hälfte von der Bundesregierung besetzt wird. Er trifft viele endgültige Entscheidungen in wesentlichen Fragen, seine Mitglieder dürfen aber nicht der betreffenden Universität angehören. Wurde der Rektor oder die Rektorin (eine solche gab es bisher

noch nicht!) zuvor von einer repräsentativen Universitätsversammlung der Universitätsangehörigen gewählt, darunter Studierende, wird er nun von den wenigen Mitgliedern des Universitätsrats bestimmt. Die schon in den neunziger Jahren um sich greifende Ökonomisierung von Bildung und Wissenschaft wurde mit dem schwarz-blauen Universitätsgesetz auf die Spitze getrieben. Eine besondere Note bekam es, indem anstelle der propagierten „Weltklasse“ eher beschämende Personalentscheidungen getroffen wurden, indem rechtsextreme „Alte Herren“ von Burschenschaften aufgrund ihrer FPÖ-Nähe in die mächtigen neuen Universitätsräte berufen wurden. Die in Autonomie von den einzelnen Universitäten erlassenen Neuorganisationen schränkten auf Basis des Universitätsgesetzes die Mitbestimmungsrechte zumeist weiter ein, an der Universität Wien führte dies 2004 zu Protesten, bei denen unter anderem das Rektorat besetzt oder Rektor Winckler „getortet“ wurde.

Die schon lange mitgeschleppte finanzielle Krise der Universitäten verschärfte sich nach dem Jahr 2000. Betrug der Anteil des Hochschulbudgets am Bruttoinlandsprodukt 1999 noch 1,22%, sank er schon 2000 auf 1,10% und betrug nach einem vorübergehenden „Höchststand“ 2002 mit 1,14% (immer noch weniger als 1999!) 2004 1,09%. Anstatt mehr Geld zu bekommen, müssen die Universitäten in Autonomie Mangelwirtschaft betreiben. Maßnahmen



Abb. 21

*Ganze Unis machen halbe-blau,
halbe-schwarz*

zur „Standortbereinigung“ und „Profilbildung“ weisen den Weg zur Schließung als „unwirtschaftlich“ betrachteter Einrichtungen und Studienrichtungen.

Nachdem der Europäische Gerichtshof 2005 wie erwartet den Ausschluss von EU-BürgerInnen ohne österreichisches Reifezeugnis ohne Studienplatz im Heimatland von österreichischen Universitäten aufhob, führte die Regierung Zugangsbeschränkungen

ÖH und Demokratie

Geschichte der ÖH

Vorgeschichte
1940er: Aufbau studentischer Demokratie
Kommentar: Wiesinger
1950er: Soziale Lage und Studiengebühren
Kommentar: Fischer
1960er: Studierende zwischen Borodajkewycz und „1968“
Kommentar: Sperl
1970er: Demokratie und Mitbestimmung in der Universität
Kommentar: Streeruwitz
1980er: Neue soziale Bewegungen
Kommentar: Margulies
1990er: Der Mensch zuerst
Kommentar: Berlakovic
2000er: Gegenreform an der Uni und linker Erdrutsch in der ÖH
Kommentar: Mautz & Weinberger
Wahlergebnisse und Vorsitzende

Uni im Wandel der Zeit

Feminismus und ÖH

Protest und Vertretung

Zukunft der ÖH Arbeit

Chronologie

Anhang



Abb. 23
Kreativer, kräftezehrender Protest für universitäre Demokratie

ein. Mit der Begründung der Furcht vor zehntausenden deutschen „Numerus clausus Flüchtlingen“ wurde den Universitäten ermöglicht, Beschränkungen in den deutschen Numerus-clausus-Fächern Medizin, Zahn- und Tiermedizin, Psychologie, Pharmazie, Biologie, sowie BWL und Publizistik einzuführen. Nachdem schon BWL keinem NC in Deutschland mehr unterlag, kam in der Nacht vor der Beschlussfassung im Nationalrat auch noch das Fach Publizistik dazu. Es ging mehr um das bildungspolitische Konzept, den offenen Hochschulzugang zu beenden, als um den eigentlichen Anlass. Unter großer medialer Aufmerksamkeit begannen tatsächlich einige tausend Deutsche vor allem an den Medizinuniversitäten zu studieren, die Horrorszenarien trafen allerdings nicht ein. Die ÖH forderte statt neuen Barrieren die Beibehaltung des

offenen Hochschulzugangs und eine gesamt-europäische Lösung.

Gab es im Wintersemester 2000/01 insgesamt 242.598 Studierende in Österreich, davon 124.617 (51,4%) Frauen, waren es nach dem radikalen Einschnitt durch die Einhebung der Studiengebühren im Wintersemester 2001/02 nur mehr 194.763 Studierende, davon 101.361 (52,0%) Frauen. Im Wintersemester 2004/05 gab es 210.125 Studierende, davon 111.439 (53,0%) Frauen.³

ÖH-Politik

Die Bewegung gegen die FPÖ-Regierungsbeteiligung und der Studiengebühren-Beschluss führten zu einer Dynamisierung der Studierendenpolitik. Diesmal äußerte sich der Unmut der Studierenden auch an der Urne: Bei den Wahlen 2001 verlor die ÖVP-nahe Aktionsgemeinschaft ein Viertel ihrer Stimmen, während die linken Fraktionen erdrutschartig gewannen. Die GRAS verdoppelte ihre Mandatszahl in der 45 Sitze umfassenden Bundesvertretung auf zwölf, der VSStÖ legte um vier Mandate auf elf zu. Die Aktionsgemeinschaft verlor von 20 auf 15 Mandate. Auch der RFS verlor ein Mandat und hatte nun nur noch einen Sitz, weniger als der KSV. Die linken Fraktionen hatten bereits vor der Wahl angekündigt, bei entsprechender Mehrheit zusammenarbeiten zu wollen. Eine linke Koalition aus GRAS und VSStÖ unter anfänglicher Beteiligung des KSV trat an. Damit kam es in der

ÖH-Bundesvertretung und zum zweiten Mal (nach 1995 bis 1997) zu einer linken ÖH-Exekutive.

Die ÖVP-Generalsekretärin Maria Rauch-Kallat meinte 2001 nach Vorliegen des Ergebnisses: „Die ÖVP bedauert das schlechte Abschneiden (sic!) der Aktionsgemeinschaft, zollt deren Leistungen für die Studierenden aber dennoch Respekt ... Wir müssen die Kirche aber im Dorf lassen – die Aktionsgemeinschaft bleibt schließlich weiterhin stärkste Fraktion.“⁴ Das Ende der Dominanz ÖVP-naher Gruppierungen in der ÖH wurde allerdings spätestens 2003 besiegelt, als die Aktionsgemeinschaft den 2001 knapp gehaltenen ersten Platz an die GRAS verlor. Die AG sackte von 44,4% im Jahr 1993 auf 28,8% 2003 ab, ein Verlust von mehr als einem Drittel ihres Stimmanteils. Die GRAS erhielt 1993 14,5% der Stimmen, 2003 waren es 29%. Der VSStÖ konnte deutlich von 13,8% 1993 auf 20,4% 2003 zulegen. Dagegen fuhr der Ring Freiheitlicher Studenten (RFS) nach einem Hoch bei den Wahlen 1997 und 1999 mit jeweils 4,6% Stimmanteil 2003 mit 2,37% das schlechteste Ergebnis ein. Nachdem der RFS 2001 vom KSV überholt worden war, flog er 2003 auch aus den Uni-Vertretungen in Innsbruck und Leoben (wo er nicht mehr kandidierte) und war damit in keiner einzigen Universitätsvertretung mehr vorhanden.

Die linke ÖH ging 2001 ambitioniert ans Werk. Versuche, die Studiengebühren über



Abb. 23

Parlamentsprotest

einen Boykott zu Fall zu bringen, scheiterten trotz großen Einsatzes. Ein Bildungsvolksbegehren im November 2001, das von verschiedenen bildungspolitischen Organisationen getragen wurde, erreichte ohne große mediale Unterstützung über 100.000 Unterschriften, blieb aber unter den Erwartungen. 2002 beschlossen Schwarz und Blau ein Universitätsgesetz, das die Mitbestimmungsrechte der StudentInnen drastisch einschränkte. Trotz Protesten (am 24. April 2002 beteiligten sich 25.000 Menschen an einer Demonstration von ÖH und Uni-Lehrenden) wurden die Pläne bis auf wenige Ausnahmen durchgezogen. Wieder entstand eine Protestbewegung aus Studierenden und einem Teil der Lehrenden. Durch den Einsatz der ÖH wurde der Verlust eines gesetzlichen Prüfungsrechts abgewendet. Als am 8. Mai 2002 Burschenschaftler und Neonazis am Wiener Heldenplatz eine Trauerkundgebung für die Niederlage Hitlers im Zweiten Weltkrieg abhielten, organisierte die ÖH antifaschistische Protestveranstaltungen.

Die linke ÖH-Bundesvertretung konnte aufgrund der Mehrheit von ÖVP und FPÖ bzw. Orangen im Parlament zwar nicht die Verschlechterung der Studienbedingungen verhindern, setzte sich aber für die Studierenden ein und kritisierte falsche Politik. Nicht immer waren ihre Aktionen erfolgreich. Unbestritten war allerdings zumindest bis 2004, dass die Studierenden selbst direkt, ohne Wahlmänner-System und Verzerrungen des Wahlergebnisses ihre Interessenvertretung wählen können sollten.

Wahlrecht der Studierenden wird eingeschränkt – „Umfärbung“ scheitert

In den Abendstunden des 11. November 2004 stellten ÖVP und FPÖ einen überraschenden Initiativantrag im Nationalrat (um ein Begutachtungsverfahren auszuschließen) zur Änderung des HochschulInnenschaftsgesetzes und beschlossen in kürzestmöglicher Frist schon am 10. Dezember ein verzerrendes Wahlrecht, das den ihr

nahe stehenden Fraktionen die Mehrheit in der ÖH-Bundesvertretung sichern sollte. Die Wahl der Bundesvertretung durch die Studierenden wurde abgeschafft und stattdessen ein System der indirekten Wahl durch Delegierte der Universitätsvertretungen geschaffen. Die 21 Universitätsvertretungen entsenden zwischen 1 und 12 MandatarInnen in die Bundesvertretung, die damit zu einem Art „Bundesrat“ wird. Wenn eine Universität nur ein Mandat zu vergeben hat, erhält dieses nach dem Prinzip „The winner takes it all“ die relativ stärkste Fraktion. Bei den größeren Universitäten werden die Mandate nach dem Verfahren der d’Hondtschen Mandatsverteilung vergeben, das die stärksten Fraktionen begünstigt. Die Stimmen der Studierenden wurden so verzerrt, sodass sich nach dem Ergebnis der ÖH-Wahlen 2003 eine Mehrheit der Aktionsgemeinschaft ergeben hätte. Als „Lex RFS“ wurde ein kompliziertes System der „Listenverbände“ eingeführt, das dem RFS trotz geringen WählerInnenzuspruchs schon mit 1.000 Stimmen ein Mandat in der Bun-

ÖH und Demokratie

Geschichte der ÖH

- Vorgeschichte
- 1940er: Aufbau studentischer Demokratie
Kommentar: Wiesinger
- 1950er: Soziale Lage und Studiengebühren
Kommentar: Fischer
- 1960er: Studierende zwischen Borodajkewycz und „1968“
Kommentar: Sperl
- 1970er: Demokratie und Mitbestimmung in der Universität
Kommentar: Streeruwitz
- 1980er: Neue soziale Bewegungen
Kommentar: Margulies
- 1990er: Der Mensch zuerst
Kommentar: Berlakovic
- 2000er: Gegenreform an der Uni und linker Erdrutsch in der ÖH
Kommentar: Mautz & Weinberger
- Wahlergebnisse und Vorsitzende

Uni im Wandel der Zeit

Feminismus und ÖH

Protest und Vertretung

Zukunft der ÖH Arbeit

Chronologie

Anhang



Abb. 24

Studierende zeigen im Studierendenparlament ihre Meinung

desvertretung sichern sollte. Darüber hinaus wurden unter anderem die gewählten Fakultätsvertretungen abgeschafft und die Studierenden der Privatuniversitäten wieder aus der ÖH ausgeschlossen. Die Aufteilung der finanziellen Mittel aus den ÖH-Beiträgen war bisher von den ÖH-Gremien im Rahmen bestimmter Bandbreiten in studentischer Selbstverwaltung autonom festgelegt worden, nun wurde diese Selbstbestimmung der ÖH per Gesetz entzogen und die Finanzaufteilung zwischen Bundesvertretung und Universitätsvertretungen gesetzlich fixiert und im gleichen Atemzug die Mittel der Bundesvertretung halbiert.

Der Charakter einer Straffraktion gegen eine unbequeme Institution, die regierungsnah „umgefärbt“ werden sollte, war unverkennbar. Mit Ausnahme von Aktionsgemeinschaft und RFS protestierten alle ÖH-Frak-

tionen, wenn auch mit unterschiedlicher Vehemenz, gegen das neue Wahlrecht. Aber die ÖH war nicht allein: Der Protest reichte von der Katholischen Hochschuljugend Österreichs über Intellektuelle wie Robert Menasse oder Armin Thurnher bis zu KünstlerInnen wie Louie Austen, Stermann und Grisse mann, Marlene Streeruwitz oder Elfriede Jelinek. Die ESIB, die „National Unions of Students in Europe“, die Dachorganisation von Studierendenvertretungen aus 37 europäischen Staaten, die mehr als 11 Millionen Studierende vertritt, war entsetzt und protestierte heftig.

Das Medienecho war weitgehend kritisch – und zwar nicht nur in liberalen Medien wie Der Standard oder Falter. Die „Salzburger Nachrichten“ betitelten einen Leitartikel mit „Beinhardter Abbau der Demokratie“. Andreas Koller schrieb: „Erstmals in

der jüngeren Geschichte dieses Landes werden freie, demokratische Wahlen nicht eingeführt, sondern abgeschafft. Hauptsache, die kecke Hochschülerschaft wird schwarz eingefärbt. Dass sich ÖVP-Wissenschafts sprecherin Gertrude Brinek dazu hergab, diese Gesetzesnovelle per parlamentarischen Initiativantrag einzubringen, auf dass die lästige Begutachtung der Materie durch die Betroffenen vermieden werden kann, macht die Angelegenheit noch übler: Eine durch freie Wahlen legitimierte Parlamentarierin macht der Regierung bei der Abschaffung von freien Wahlen die Rüberleiter. Weit haben wir es gebracht.“ Margaretha Kopeinig schrieb im „Kurier“, „Sowohl die Form des Zustande-Kommens der Gesetzesnovelle als auch ihr Inhalt sind demokratiepolitisch bedenklich.“ Selbst in der regierungsnahen „Die Presse“ kritisierte Erich Witzmann das Motto „Diese Proteste werden wir aussitzen, und mit der nächsten ÖH-Wahl gibt es eine Vertretung, die nicht mehr aufmucken wird.“⁵

Die neue Qualität der „Wende“ war allerdings nicht von Erfolg gekrönt. Die Studierenden durchkreuzten von 31. Mai bis 2. Juni 2005 die Regierungspläne. Die Wahlbeteiligung stieg von 29,9% auf 30,5%. Der VSStÖ wurde mit 16 Mandaten erstmals mandatsstärkste Fraktion, die GRAS erreichte 14 Mandate, ebenso die Aktionsgemeinschaft. Die Fachschaftslisten, in der direkten Wahl 2003 mit drei Mandaten vertreten, erhielten aufgrund des indirekten Wahl-



modus 2005 11 Mandate. In der neuen Bundesvertretung waren weiters KSV, LSF und RFS mit je einem Mandat sowie vier weitere MandatarInnen vertreten. VSStÖ und GRAS konnten ihre Koalition fortsetzen. Die ÖH plädiert dennoch weiter für eine Abschaffung des verzerrenden Wahlmodus und für ein demokratisches Wahlrecht.⁶

Politik, die wirkt – Service, das hilft

Die linke ÖH erfüllte den Begriff der politischen Interessenvertretung der Studierenden mit neuem Leben. In Bündnissen mit verschiedenen Organisationen und Institutionen wurden falsche Politik kritisiert, alternative Perspektiven aufgezeigt und die Interessen der Studierenden thematisiert. Regelmäßig wurde eine Mängelliste mit unzähligen Beispielen für Verbesserungsbedarf an verschiedenen Unis erstellt und veröffentlicht. Dass der Weg stimmte, zeigten vom SORA-Institut durchgeführte Umfragen: Die Gesamtzufriedenheit der Studierenden mit der ÖH-Arbeit stieg von 60% 2002 auf 68% 2004. Nach der überfallsartigen Änderung des ÖH-Wahlrechts durch ÖVP und FPÖ ergab eine Umfrage eine Zustimmung von 84% der Studierenden zur ÖH-Forderung nach Beibehaltung des direkten Wahlrechts auf Bundesebene.

Als Schwarz-Blau 2002 ein Universitätsgesetz beschloss, das viele Verschlechterungen brachte, konnten durch Proteste und Vernetzung mit Uni-Lehrenden den Studierenden

schließlich zumindest ihre Grundrechte im Prüfungsrecht erhalten werden. Durch eine Mischung aus Protest, Verhandeln, Vernetzung und kompetenter Stellungnahmen konnten der schwarz-blauen Unireform zumindest manche der allerschärfsten Zähne gezogen werden, auch wenn die negative Tendenz der Regierungspolitik blieb.

Ein besonderer Schwerpunkt seit 2001 ist die Auseinandersetzung mit den Folgen von Globalisierung und Neoliberalismus, die in der Tendenz zur Ökonomisierung der Bildung die Studierenden vielfältig betreffen. Neben Arbeit in internationalen Organisationen und in verschiedenen zivilgesellschaftlichen Plattformen wurde im Sommersemester 2005 eine Ringvorlesung zu Bildungsökonomisierung an der Universität Wien vom Internationalen Referat der ÖH mitorganisiert. Die ÖH beteiligte sich an den Aktivitäten des österreichischen Sozialforums (Austrian Social Forum – ASF) und partizipierte auch im Rahmen der Europäischen Sozialforen (ESF).

In Bereichen wie Sozialpolitik, Globalisierung oder Anti-Faschismus wurde von Seiten der ÖH mit ÖGB, AK, ATTAC, Greenpeace, dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW), SOS-Mitmensch und vielen anderen produktiv gearbeitet.

Das Angebot an Informationsbroschüren für Studierende, war 2001 spärlich und veraltet. Bereits nach eineinhalb Jahren war mit 13



Nicht nur Globalisierung reden, auch Globalisierung schreiben

Broschüren mit einer Auflage von 125.000 mehr als das Doppelte des vorherigen Umfangs erreicht. Dabei waren nicht nur „klassische“ Publikationen wie die Sozialbroschüre, die Wohnbroschüre oder der Studienleitfaden wichtig, sondern es wurden auch neue Produkte wie die Servicebroschüren Studieren mit Kind, Studieren und Arbeiten, Infos über die Studienrichtungen, Ökologie und Nachhaltigkeit, Studieren und Wohnen oder der Steuerleitfaden entwickelt. In der „Studieren im Ausland“-Broschüre informiert die ÖH z.B. umfangreich

ÖH und Demokratie

- Geschichte der ÖH*
- Vorgeschichte*
- 1940er: Aufbau studentischer Demokratie*
- Kommentar: Wiesinger*
- 1950er: Soziale Lage und Studiengebühren*
- Kommentar: Fischer*
- 1960er: Studierende zwischen Borodajkewycz und „1968“*
- Kommentar: Sperl*
- 1970er: Demokratie und Mitbestimmung in der Universität*
- Kommentar: Streeruwitz*
- 1980er: Neue soziale Bewegungen*
- Kommentar: Margulies*
- 1990er: Der Mensch zuerst*
- Kommentar: Berlakovic*
- 2000er: Gegenreform an der Uni und linker Erdrutsch in der ÖH*
- Kommentar: Mautz & Weinberger*
- Wahlergebnisse und Vorsitzende*

Uni im Wandel der Zeit

- Feminismus und ÖH*
- Protest und Vertretung*
- Zukunft der ÖH Arbeit*

Chronologie

Anhang

über Studien-, Praktika- und Arbeitsmöglichkeiten im Ausland.

Die finanzielle Unterstützung für sozial schwache Studierende konnte wegen der ansonsten sparsamen Finanzgebarung 2001 bis 2005 ausgeweitet werden. Darüber hinaus richtete die ÖH das Alfred-Dorfer-Stipendium ein, das von dem Kabarettisten unterstützt wird und pro Semester zehn durch die Studiengebühren besonders betroffenen Studierenden das Weiterstudieren erlaubte. Ausländischen Studierenden, die sich die doppelten Studiengebühren nicht mehr leisten können, wird Unterstützung gewährt. „Sozialtage“ wurden an verschiedenen Unis initiiert und veranstaltet, an denen den Studierenden eine umfassende Beratung angeboten wurde. Auch im Wohnrechtsbereich stellt die ÖH eine allgemeine Beratung für Studierende zur Verfügung. Des Weiteren hat sich die ÖH insbesondere für die Rückerstattung der Studiengebühren an Studierende aus Entwicklungsländern eingesetzt und versucht, hier eine Verbesserung zu erzielen.

Die Homepage www.oeh.ac.at wurde zu einem umfangreichen Portal ausgebaut. Dort gibt es neben der sehr frequentierten Job- und Wohnenbörse auch einen Online-Rechner für die individuelle Stipendienhöhe und mit dem „Free Knowledge Forum“ einen frei zugänglichen Download-Bereich für wissenschaftliche Arbeiten von Studierenden. Das seit 2001 bestehende ÖH-Maga-

zin PROGRESS wurde zu einem anerkannten Medium.⁷

Endnoten

¹ Studierenden-Sozialerhebung 2002. Bericht zur sozialen Lage der Studierenden 2002. Studie im Auftrag des BMBWK; Franz Kolland, Auswirkungen der Einführung von Studienbeiträgen auf die Studienbeteiligung und das Studierverhalten, 2002

² Kurt Grünewald / Johannes Gadner (Hg.), Universitätsgesetz 2002 – Weltklasse oder Sackgasse? Wien 2003

³ BMBWK, Hochschulbericht 2002, Bd.2, S.41; BMBWK, Universitätsbericht 2005, Bd.2, S.39 u. S.99

⁴ OTS 238 2001-05-17

⁵ Andreas Koller, Beinhardter Abbau der Demokratie. in: Salzburger Nachrichten, 2.12.2004, S.1; Margaretha Kopeinig, Konservative Revolution. in: Kurier, 16.11.2004, S.2; Erich Witzmann, Überrumpelt. in: Die Presse, 12.11.2004

⁶ Ein Überblick über die Proteste gegen den Regierungseingriff findet sich unter <http://oeh.ac.at/mundtot/>. Daten zur ÖH-Wahl 2005 unter <http://oeh.ac.at/wahl05/>

⁷ ÖH (Hg.), Been there, done that. Ein Tätigkeitsbericht der Österreichischen HochschülerInnenschaft 2001-2003. Wien 2003; ÖH (Hg.), Sincerely Yours, ÖH. Die Österreichische HochschülerInnenschaft zieht Bilanz 2003-2005. Wien 2005



Been there, done that.

Andrea Mautz & Anita Weinberger

Bei den Recherchen zu diesem kurzen Artikel sind wir über Schlagzeilen aus dem ersten Halbjahr 2001 gestolpert, als die Bundesvertretung der ÖH noch von der konservativen Aktionsgemeinschaft geführt wurde, die da lauten: „Studentenvertreter machen Studiengebühren zum Wahlkampfthema“ (Der Standard), „Studenten überlegen Zahlungsboykott der Studiengebühren“ (ebendieser), „ÖH Wahl – Probe für Rot-Grün“ (News), „Zuwenig Gas gegeben“ (Die Presse) sowie „Handlanger der Regierung“ (Standard). Diese Materie und die koordinierte Zusammenarbeit der linken Fraktion sowohl bei den Protesten gegen Schwarz-Blau und dann rund um die Kämpfe gegen die Studiengebühren haben letztendlich die politische Wende in der Hochschüler/innenschaft gebracht. Mehr Studierende haben gewählt und der VP-nahen Aktionsgemeinschaft eine deutliche Abfuhr erteilt. Die Hochschüler/innenschaft sollte sich – nach Meinung der Studierenden – wieder vermehrt als politische Interessenvertretung bemerkbar machen. Angesichts der bildungspolitischen Situation, mit permanent unterfinanzierten Hochschulen, den drohenden Studiengebühren, den erfolgten und durchgeführten Angriffe auf die soziale Absicherung der Studierenden und der aufkommenden Diskussion über Zugangsbeschränkungen, eigentlich nicht verwunderlich. Als linke Exekutive, mit dem ersten gleichberechtigten weiblichen Teamvorsitz in der Geschichte der Bundes-ÖH wollten wir uns nicht nur bildungs-, sondern auch gesellschaftspolitisch positionieren, der ÖH wieder ein kämpferisches, ein politisches Profil geben und weg vom „Skriptenladen ÖH“. Service das hilft, Politik die wirkt, sollte der ÖH-Slogan für die nächsten Jahre werden.

Die von uns gesetzten „ersten Schritte zur Abschaffung der Studiengebühren“ mussten bereits im Juli 2001 um eine Aktion geschmälert werden. Der Boykott der Studiengebühren scheiterte am Widerstand der Banken ein dafür notwendiges Treuhandkonto einzurichten. Die juristische Ebene, zahlreiche kleinere und größere Protestaktionen sowie das Bildungsvolksbegehren, das von 173.000 Menschen unterschrieben wurde, konnten allerdings mit Erfolg durchgeführt werden.



Das zweite große bildungspolitische Thema der Jahre 2001-2003 war die „Universitätsreform“, zu deren Vorbereitung honoräre Herren hinter verschlossenen Türen über die „Neugliederung der Universitäten“ verhandelten. Völlig intransparent wurden die Abschaffung der universitären Demokratie, die Vermarktlichung der Universitäten und deren Ausgliederung beraten und auf Schiene gestellt. Die ÖH machte zu diesem Zeitpunkt das Unmögliche möglich und lud alle universitären Gruppen zu sich ein. Eine gemeinsame Resolution wurde verfasst und der Ministerin zugestellt. „Sowas hat es noch nie gegeben!“ war aus dem Ministerium zu hören. Auch die von Ministerin Gehrler einberufene „Universitätsplattform“ wurde daraufhin von allen universitären Gruppen boykottiert.

Im ersten Jahr unserer Arbeit hatten wir noch viel an neuen Erfahrungen zu sammeln. Die gesamte Organisation der ÖH besteht immerhin aus ca. 5000 ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen an den verschiedenen Ebenen. Gesetzlich vorgeschriebene Ausschüsse und viele Koordinations-sitzungen sind abzuhalten und unterschiedlichste Interessen unter ein gemeinsames Dach zu bringen.

Zwei unserer persönlichen Highlights an die wir heute noch gerne denken: ein „Wolf Martin“, der von „Kommunistenweibern und links linken Kälbem“ schrieb und dafür vom Presserat verurteilt wurde und ein „Fest der Befreiung“ am 8. März 2001 zu dem über 8.000 Menschen kamen, das als Konterpart zu deutschnationalen Burschenschaften, die den „Tag der totalen Niederlage“ zelebrierten, gefeiert wurde.

Übrig bleibt: Nur eine starke, politische und demokratisch gewählte Studierendenvertretung kann die Interessen der Studierenden bündeln, lautstark formulieren und mit einer „Politik der kleinen Nadelstiche“ auf virulente Problem aufmerksam machen.

Andrea Mautz und Anita Weinberger waren von 2001-2003 das **Vorsitzteam der Bundesvertretung der ÖH.**

ÖH-Wahlergebnisse 1946-2005

Wahlen zu Zentralausschuss (1946-1997) und Bundesvertretung (1999-2003)

Jahr	Wahl- berechtigte	Wahl- beteiligung	FÖST - Union - Wahlblock - ÖSU - Aktionsgemeinschaft ¹	weitere konservative Fraktionen	VSStÖ	Grüne ²	VDS - KSV ³	RFS ⁴	Sonstige
1946	26.900	77%	75%	-	22%	-	3%	-	-
1948	27.702	66%	71%	-	26%	-	4%	-	-
1949	24.491	59%	72%	-	24%	-	4%	-	-
1951	k.A.	61%	58%	-	21%	-	3%	-	18% ⁵
1953	k.A.	70%	49%	-	17%	-	2%	32%	-
1955	15.082	62%	56%	-	12%	-	2%	31%	-
1957	15.319	62%	60%	-	12%	-	1%	29%	-
1959	21.452	70%	58%	-	14%	-	1%	27%	-
1961	32.611	65%	57%	-	14%	-	1%	27%	-
1963	36.928	68%	55%	5% ⁶	12%	-	1%	27%	-
1965	40.035	70%	58%	-	12%	-	2%	29%	-
1967	41.212	64%	49%	8% ⁷	13%	-	-	30%	-
1969	47.208	53%	49%	10% ⁸	12%	-	1%	29%	-
1971	52.271	43%	54%	8% ⁹	11%	-	2%	25%	-
1974	78.238	33%	42%	9% ¹⁰	13%	-	3%	21%	13% ¹¹
1975	78.360	40%	36%	20% ¹²	17%	-	2%	15%	10% ¹³
1977	97.776	39%	48%	13% ¹⁴	17%	-	5%	8%	11% ¹⁵
1979	111.972	33%	38%	21% ¹⁶	18%	-	4%	8% ¹⁷	11% ¹⁸
1981	133.198	35%	23%	37% ¹⁹	20%	-	4%	5%	13% ²⁰
1983	134.083	36%	35%	17% ²¹	26%	-	4%	3%	15% ²²
1985	167.823	30%	31%	21% ²³	22%	6% ²⁴	3%	2%	16% ²⁵
1987	187.643	35%	39%	13% ²⁶	22%	11% ²⁷	3%	3%	14% ²⁸
1989	205.011	30%	36%	8% ²⁹	20%	13% ³⁰	4%	4%	15% ³¹
1991	210.414	31%	40%	6% ³²	16%	15% ³³	2%	5%	20% ³⁴
1993	223.820	31%	44%	3% ³⁵	14%	19% ³⁶	3%	4%	14% ³⁷
1995	231.826	29%	38%	4% ³⁸	10%	18%	3%	4%	23% ³⁹
1997	235.126	28%	40%	4% ⁴⁰	12%	15%	4%	5%	21% ⁴¹
1999	211.702	28%	41%	2% ⁴²	15%	13%	5%	5%	21% ⁴³
2001	217.611	28%	29%	-	21%	22%	5%	3%	19% ⁴⁴
2003	184.498	30%	29%	-	20%	29%	5%	2%	15% ⁴⁵



- ¹ FÖST u. Union: 1946-1951, Wahlblock: 1953-1965, ÖSU: 1967-1981, Aktionsgemeinschaft: 1983-2003
- ² bis 1993: verschiedene Listen, ab 1995: Grüne & Alternative StudentInnen (GRAS)
- ³ VdS 1946-1971, KSV: 1974-2003
- ⁴ 1989-1993 als Freiheitliche Studenteninitiative (FSI)
- ⁵ die RFS-Vorläuferorganisationen Studentische Wahlgemeinschaft und Bund unabhängiger Studenten
- ⁶ Neues Europa (eine an der Hochschule für Welthandel entstandene Gruppierung)
- ⁷ Aktion (5%) sowie Arbeitsgemeinschaft fortschrittlicher Studenten und Christlich-Demokratische Studentenschaft (insgesamt 3%)
- ⁸ Aktion (8%) sowie Arbeitsgemeinschaft fortschrittlicher Studenten und Christlich-Demokratische Studentenschaft (insgesamt 2%)
- ⁹ Aktion
- ¹⁰ Aktion (3%), Fraktion Theologie (2%), Team Innsbruck (3,6%)
- ¹¹ Liste Marlene Streeruwitz (1,8%), Liste unabhängiger Studentinnen (0,9%), Liste kommunistischer Hochschulorganisationen (LKH, maoistisch – 5%), Gruppe revolutionärer Marxisten (GRM, trotzkistisch – 2,9%), Club sozialdemokratischer Studenten (Grazer VSSÖ-Abspaltung – 2,5%)
- ¹² Forum Innsbruck (5,5%), Demokratische Studenten Union (5,8%), Junge Europäische Studenteninitiative (JES – 7%), Neue Mitte (1,4%)
- ¹³ LKH (4%), GRM (2,4%), Offensiv links (0,9%), Fraktion Theologie (1,6%), Aktion Kritische Theologie (0,6%)
- ¹⁴ JES (10,2%), Forum Graz (2,4%)
- ¹⁵ Aktion Neue Rechte (rechtsextrem – 1,2%), LKH (3,3%), GRM (3,2%), Fraktion Theologie (3,2%)
- ¹⁶ JES (14%), Studentenforum Graz (6%), Österreichisches Studentenforum (0,8%)
- ¹⁷ incl. Ring freiheitlicher Studenten Graz (1,25%) u. Un-

- ions-Ring-Verband denkender Studenten (0,3%)
- ¹⁸ verschiedene Listen, u.a. Fraktion Theologie (3,1%), LKH (1,8%), Liste unabhängiger Studentinnen (1%)
- ¹⁹ JES (13,4%), Studentenforum Graz (15,5%), Forum (4,5%), Morgenmuffel (2,8%), Studentenforum Wien (0,4%)
- ²⁰ verschiedene Listen, u.a. Aktion Neue Rechte (1,9%), Fraktion Theologie (1,9%), Fachliste-Alternative (1,3%), Liste unabhängiger Studentinnen (1,1%)
- ²¹ JES
- ²² verschiedene Listen, u.a. Die Rebellen von Liang Shan Po (2,3%), Wasser Luft Licht Sonne (2,2%), Alternative Friedensliste (2,2%), Fachschaftsliste (1,9%), Fraktion Theologie (1,4%), Rechtsblock (0,7%), Liberaler Hochschulverband (0,4%)
- ²³ JES
- ²⁴ Vereinte Grüne Österreichische Studenten (VGÖS – 3,7%), Linke Alternative Liste (1,8%)²⁵ verschiedene Listen, u.a. Die Rebellen von Liang Shan Po (3,4%), Liste Theologischer Fakultäten (1,8%)
- ²⁶ JES (12,2%), Verein christlicher und demokratischer Studenten (0,76%)
- ²⁷ VGÖS (2,96%), Alternative Basisliste (5,7%), Ökologische Liste (0,84%), Die Grüne Alternative (1,01%),
- ²⁸ verschiedene Listen, u.a. Fachschaftsliste (2,81%), Die Rebellen von Liang Shan Po (1,7%) u. Grüne (1,43%), einer rechtsextremen Tarnliste, aufgrund derer die ÖH-Wahlen 1987 für ungültig erklärt wurden und mit den nächsten Wahlen 1989 formal wiederholt wurden
- ²⁹ JES
- ³⁰ VGÖS (6,5%), Alternative Basisliste (4,5%), ökologische Liste (1,8%)
- ³¹ verschiedene Listen, u.a. Fachschaftsliste (6,4%), Alternative Theologie (2,2%), Die Rebellen von Liang Shan Po (1,6%)
- ³² JES (5,18%), ÖSU (0,77%)

- ³³ GRAS (6,97%), GRAS-Obermayr (2,29%), VGÖ/LIST (2,75%), Ökolisten (2,21%), GRAS-Kapf (0,68%)
- ³⁴ verschiedene Listen, u.a. Fachschaftsliste (8,23%), Rosa Liste (1,91%), Kunst und Politik (1,82%)
- ³⁵ JES (2,37%), Studentenforum (0,55%)
- ³⁶ GRAS (14,53%), VGÖ/LIST (2,93%), Ökolisten (1,59%)
- ³⁷ Fachschaftsliste (10,35%), Kunst und Politik (2,11%), Revolutionsbräuhof (0,87%), Dingsda (0,5%)
- ³⁸ JES
- ³⁹ verschiedene Listen, u.a. LSF (8,84%), FLÖ (6,67%), Kunst und Politik (1,83%), Ökologische Liste (1,16%)
- ⁴⁰ JES
- ⁴¹ verschiedene Listen, u.a. LSF (10,37%), FLÖ (7,12%), Ökologische Liste (0,79%)
- ⁴² JES
- ⁴³ verschiedene Listen, u.a. LSF (9,91%), FLÖ (6,54%), Ökologische Liste (0,73%)
- ⁴⁴ verschiedene Listen, u.a. LSF (5,3%) u. FLÖ (5,4%)
- ⁴⁵ verschiedene Listen, u.a. LSF (3,42%) u. FLÖ (6,69%)

ÖH und Demokratie

Geschichte der ÖH

Vorgeschichte
 1940er: Aufbau studentischer Demokratie
 Kommentar: Wiesinger
 1950er: Soziale Lage und Studiengabühren
 Kommentar: Fischer
 1960er: Studierende zwischen Borodajkewycz und „1968“
 Kommentar: Sperl
 1970er: Demokratie und Mitbestimmung in der Universität
 Kommentar: Streeruwitz
 1980er: Neue soziale Bewegungen
 Kommentar: Margulies
 1990er: Der Mensch zuerst
 Kommentar: Berlakovic
 2000er: Gegenreform an der Uni und linker Erdrutsch in der ÖH
 Kommentar: Mautz & Weinberger
Wahlergebnisse und Vorsitzende

Uni im Wandel der Zeit

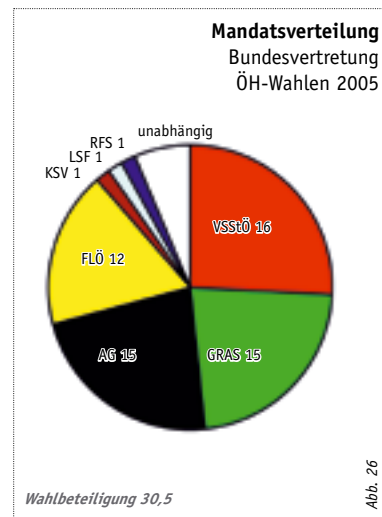
Feminismus und ÖH

Protest und Vertretung

Zukunft der ÖH Arbeit

Chronologie

Anhang



ÖH-Vorsitzende 1945-2005

Bundesvorsitzende der Österreichischen HochschülerInnenschaft

1945-1946 Rudolf **Wengraf** (parteilos)
 1946-1947 Karl **Leutgeb** (FÖST¹ / Union²)
 1947 Fritz **Köhler** (FÖST / Union)
 1947-1949 Franz **Bauer** (Union)
 1949-1951 Alexander **Kragora** (Union)
 1951-1954 Norbert **Burda** (Wahlblock³)
 1954-1955 Günther **Wiesinger** (Wahlblock)
 1955-1957 Alfred **Wittmann** (Wahlblock)
 1957-1959 Herbert **Mauser** (Wahlblock)
 1959-1961 Ludwig **Koller** (Wahlblock)
 1961-1963 Hans **Blaickner** (Wahlblock)
 1963-1965 Heinzpeter **Thiel** (Wahlblock)
 1965-1967 Hermann **Kert** (Wahlblock)
 1967-1969 Sepp G. **Bielert** (Wahlblock)
 1969-1971 Max **Ortner** (ÖSU⁴)
 1971-1972 Ernst **Streeruwitz** (ÖSU)
 1972-1974 Hubert **Pototschnigg** (ÖSU)
 1974 Georg **Schneider** (ÖSU)
 1974-1975 Stefan **Kekeiss** (DSU⁵)
 1975-1976 Georg **Schneider** (ÖSU)
 1976-1977 Georg **Karasek** (ÖSU)
 1977-1979 Fritz **Pesendorfer** (ÖSU)
 1979-1981 Fritz **Lennkh** (ÖSU)
 1981-1983 Josef **Stockinger** (ÖSU)
 1983-1985 Herbert **Rainer** (AG⁶)
 1985-1987 Michael **Goldinger** (AG)
 1987-1989 Stefan **Szyszkowitz** (AG)
 1989-1991 Walter **Marschitz** (AG)
 1991-1993 Thomas **Frad** (AG)
 1993-1995 Markus **Kaiser** (AG)
 1995-1997 Agnes **Berlakovich** (VSSStö⁷)

1997-1999 Wolfgang **Gattringer** (AG)
 1999-2001 Martin **Faißt** (AG)
 2001-2003 Anita **Weinberger** (GRAS⁸) und
 Andrea **Mautz** (VSSStö)
 2003-2005 Barbara **Wittinger** (GRAS) und
 Patrice **Fuchs** (VSSStö)
 2005-2007 Rosa Bernadette **Nentwich-Bouchal** (GRAS) und Barbara **Blaha** (VSSStö)

Endnoten

¹ FÖST = Freie Österreichische Studentenschaft

² Union = Union Österreichischer Akademiker
³ Wahlblock = Wahlblock Österreichischer Akademiker

⁴ ÖSU = Österreichische Studenten Union

⁵ DSU = Demokratische Studenten Union (ÖSU-Abspaltung)

⁶ AG = Aktionsgemeinschaft

⁷ VSSStö = Verband Sozialistischer Studentinnen und Studenten Österreichs

⁸ GRAS = Grüne und Alternative StudentInnen

Anmerkung

Der erste ÖH Vorsitzende wurde von einem aus Fraktionen zusammengesetzten Gremium entsandt. Seit dem 19. November 1946 finden die ÖH-Wahlen alle 2 Jahre statt. Der – bzw. seit 1995 auch die – ÖH-Vorsitzende wird nach der Wahl von der Mehrheit der MandatarInnen des Zentralausschusses (bis 1997) bzw. der Bundesvertretung (seit 1999) gewählt. In der Geschichte der Österreichischen HochschülerInnenschaft fanden Vorsitzwechsel allerdings nicht nur nach Wahlen, sondern auch zu anderen Zeitpunkten, etwa aufgrund diesbezüglicher innerfraktioneller Entscheidungen statt.

In den GRAS-VSSStö-Koalitionen seit 2001 fungieren die Vorsitzenden als Team, wobei jedoch formal jeweils eine die Position der Vorsitzenden und die andere die Position der ersten Stellvertreterin einnimmt. Nach einem Jahr der zweijährigen Periode wechseln die beiden formal die Plätze. Dem ungeachtet sehen sich die beiden als Vorsitzteam und arbeiten auch als solches.



Die ÖH, ihre Vergangenheit und Gegenwart – Aus der Feder eines Betroffenen Wendelin Schmidt-Dengler

1. Vorspiel: Die sechziger Jahre

Als ich mich anschickte, diesen Artikel zu schreiben, wurde mir mit Schrecken bewusst, wie wenig ich von der österreichischen Hochschülerschaft wusste und weiß. Ich gestehe, dass mich die Organisation von Organisationen schrecklich langweilte, dass mir die sich im Rahmen einer der existierenden Parteien organisierenden Studenten suspekt waren, dass ich mich auf das Studium konzentrierte und die politischen Fragen, die mich hätten interessieren müssen, zumindest für die Zeit meines Studiums von 1960 bis 1965, suspendiert sehen wollte. Ich war damit kein Einzelfall in dieser Zeit, der noch der ganze Charme des Wiederaufbaus und des steigenden Wohlstandes anhaftete und in der ein positives österreichische Selbstverständnis zwar belächelt wurde, aber doch einigermaßen ungeprüft passieren konnte. Die Hochschülerschaft war mir mehr oder weniger egal; ich zahlte den Mitgliedsbeitrag und ging jedes Mal wählen. Ich habe die Kommunisten gewählt; mir kam das ebenso kühn wie unverfänglich vor: Die hatten keine Chance, denn schließlich hatte damals der sogenannte „Wahlblock“

mit dem RFS das Sagen, auch in der großen philosophischen Fakultät von damals. Die Vertreter dieser Fraktionen waren mir meist unsympathisch, und als manche von ihnen dann später als Funktionäre in den Reihen der zugehörigen Partei wiederkehrten, noch unsympathischer. Der Verdacht, dass man in der Hochschülerschaft die Parteikarriere im Sandkasten proben konnte, ist so unberechtigt nicht.



Abb. 27

Damals war alles anders, und manches scheint heute schier unglaublich. Das Massenstudium der Germanistik bot wenig Anziehendes; wir saßen bei den Vorlesungen in den letzten Reihen des Auditorium Maximum, hörten kaum zu, denn es gab ja Skripten, die die Hochschülerschaft herstellte, und deren Studium genügte, um die Prüfungen mit Anstand zu bestehen (Dass diese Skripten allerdings einen höchst bedenklichen Rückschluss auf die fachliche Qualifikation ihrer Verfasser zuließen, sei am Rande vermerkt. Man konnte immerhin bei deren kritischer Revision einiges für sich lernen, und so sei der Hochschülerschaft doch noch ein später Dank abgestattet.) Eine akademische Karriere schien undenkbar, man betrachtete die ProfessorInnen und AssistentInnen als auserwählte Wesen, die durch einen geheimnisvollen Vorgang zu diesen Würden gelangt waren. Die Hierarchie der Universität schien uns zwar nicht als etwas Gottgewolltes, sondern eher als etwas Verhängtes, als ein von anonymen Autoritäten bestimmtes Verhängnis. Von den Professoren, die während meiner Studienzeit am Institut für Germanistik lehrten, waren mit einer Ausnahme alle Parteimitglieder (gewesen), und die Ausnahme war beileibe

ÖH und Demokratie
Geschichte der ÖH
Vorgeschichte
1940er: Aufbau studentischer Demokratie
Kommentar: Wiesinger
1950er: Soziale Lage und Studiengebühren
Kommentar: Fischer
1960er: Studierende zwischen Borodajkewycz und „1968“
Kommentar: Sperl
1970er: Demokratie und Mitbestimmung in der Universität
Kommentar: Streuerwitz
1980er: Neue soziale Bewegungen
Kommentar: Margulies
1990er: Der Mensch zuerst
Kommentar: Berlakovic
2000er: Gegenreform an der Uni und linker Erdrutsch in der ÖH
Kommentar: Mautz & Weinberger
Wahlergebnisse und Vorschläge

Uni im Wandel der Zeit
Feminismus und ÖH
Protest und Vertretung
Zukunft der ÖH Arbeit
Chronologie
Anhang



kein Linker. Es hatte zwar in den fünfziger Jahren einige heftige Proteste gegeben, als mit Heinz Kindermann jemand auf den Lehrstuhl für Theaterwissenschaft berufen wurde, der sich in der Nazizeit – vorsichtig formuliert – einigermaßen exponiert hatte. Aber Proteste gegen die Zustände an dem Institut und die Berufungspolitik von studentischer Seite oder von der ÖH sind mir aus der ersten Hälfte der sechziger Jahre nicht gegenwärtig. Es hatte die Macht der Gewöhnung an das Bestehende gesiegt. Mit wachsendem Unbehagen registriere ich bei diesem Rückblick, wie viel wir uns damals gefallen ließen. Und es war nicht die Hochschülerschaft, die im Frühling 1965 gegen das Unwesen, das ein Historiker namens Taras Borodajkewycz an der (damaligen) Hochschule für Welthandel trieb, protestierte; es war dies die Sache einiger linker Studenten, deren Sprecher auch später sich

als Politiker im besten Sinne bewähren sollten. Die Farbentragenden schlugen zu, und es gab einen Toten.

2. Abgesang auf einen Mythos: 1968

Ich gehörte plötzlich zu den Auserwählten; ein eben ernannter Extraordinarius, Werner Welzig, fragte mich Ende 1965, ob ich nicht bei ihm Assistent werden wollte, und dies obwohl ich nicht in Germanistik, sondern in Klassischer Philologie promoviert hatte. Es gab kein kompliziertes Auswahlverfahren; ich hatte Glück, und für die Chance, die sich mir bot, bin ich meinem damaligen Chef heute noch dankbar. Im Dickicht der heutigen Bewerbungskultur hätte ich kaum Aussichten. Ich wurde Assistent und hatte daher eine hohe Meinung von mir. Doch zugleich wurde an der Universität alles anders, und das war mein Glück, denn ich begann mir selbst fragwürdig zu werden. Die Unruhen um Borodajkewycz waren nur ein kleines Vorspiel gewesen; es wurde unter den Studenten unruhig im legendären Frühling von 1968. Es fällt mir heute schwer, diese Epoche nicht zu glorifizieren, vor allem wenn ich sie gegen die Gegenwart halte. Wir wurden nahezu alle umerzogen; dass es so nicht sein musste, wie es war, wurde selbst den Trägern und Stockkonservativen einsichtig. Viele, auch Professoren, kochten ihr revolutionäres Süppchen und witterten ihre Chance, um mit progressiven Phrasen auf den Lippen zu Trägern des Fortschritts zu avancieren. Doch es gab

auch Impulse, die nahezu allesamt von den Studierenden ausgingen. Wir Assistenten wurden des öfteren zur Beobachtung dieser Versammlungen ausgesandt, ein Umstand, der einiges zu meiner Umerziehung beitrug. Ein besonders begnadeter Assistent meldete sich einmal bei einem solchen Sit-In zu Wort: „Mich hat Professor XY hierher geschickt...“ Er wurde gnadenlos ausgebuht. Es gab Happenings, und in Wien war eher „Happy Art and Attitude“ (Wolfgang Bauer und Gunter Falk) und nicht politische Indoktrination angesagt. Bei der Inauguration im Herbst 1968 zog zugleich mit dem akademischen Senat auch eine Schauspieltruppe in Talaren in den Großen Festsaal ein und verstreute Confetti. Man wollte den Rektor an seiner Ansprache hindern, und bedachte auch nicht, dass man in seiner Person gerade jemanden traf, der ein Opfer des Nationalsozialismus war und der in seiner Rede sehr beherzigenswerte Gedanken über das Verhältnis von Theorie und Praxis vorbrachte. Doch zum genauen Hinhören fehlte die Bereitschaft damals, und zwar allenthalben. Im Frühjahr 1971 drangen Studenten in den Sitzungssaal der Philosophischen Fakultät ein, um gegen die Berufung eines Professors zu protestieren. Im Handgemenge sollen sich Professoren als überlegen erwiesen und die Protestierer hinausgedrängt haben. Den Vorfall nahm die damalige Wissenschaftsministerin Herta Firnberg zum Anlass, sich entschieden von Protestaktionen dieser Art zu distanzieren.



Alte Männer mit schweren Ketten: Die Universität vor 1975



Ohne Worte: Neues Institutsgebäude, Wien, 2002

In den Instituten wurde, ehe das UOG 1975 erlassen wurde, Demokratie geprobt. Es gab Institutsversammlungen, in denen viel diskutiert wurde und Studienpläne zur Diskussion standen. Mir wurde damals mein eigenes Fach fragwürdig, und das Problem der „sozialen Relevanz“ unseres Tuns und Lassens als Philologen habe ich bis heute nicht lösen können, betreibe aber meine Disziplin weiter, in der Hoffnung doch einmal die richtige Antwort zu finden. Das schlechte Gewissen, das uns damals eingepflegt wurde, sollte uns nie verlassen und auch den an den Universitäten Lehrenden sollte bewusst werden, wie privilegiert ihre Position ist. Die Studierenden schienen ganz offenkundig das Interesse an den Umwälzungen und an den organisatorischen Aufgaben zu verlieren; es ging auch die Wahlbeteiligung zurück, und so kam es, dass 1971 eine radikale Gruppe in Ermangelung von Alternativen als Studentenvertretung gewählt wurde. Es waren düstere Gesellen, kann ich mich erinnern; sie verweigerten

jedlichen Dialog und wurden nach einem halben Jahr abgewählt.

Die ÖH ist wohl kaum die bewegende Kraft gewesen; sie scheint vielmehr auf den fahrenden Zug aufgesprungen zu sein. Die Zeit von 1968 bis zum UOG 1975 waren die Jahre, in denen die studentische Mitwirkung sich nachhaltig in die Annalen der Geschichte nicht nur der Universität Wien eintragen konnte. Wir neigen dazu, diese Zeit zu verklären; das ist eine Folge des Alters und typisch für den Umgang mit der eigenen Biographie: Die Zeit, da man sich selbst veränderte, will man zur Epochenwelle erheben. Manche Achtundsechziger lieben es noch heute, sich als Heroen zu stilisieren, so als hätten sie bei Marathon gekämpft. Das nimmt man ihnen kaum ab, sind doch die meisten gut integriert und von jenem System getragen, dessen Grundlagen sie zu erschüttern meinten. Einer der führenden Köpfe der Wiener Studentenbewegung, dessen strategische Umsicht und Formulierungsgabe ich bewunderte, ist heute Sektionschef in Gehrers Ministerium.

Zu hoffen ist, dass die Prinzipien, die ihn damals bestimmten, nun zum Tragen kommen.

3. Geordnete Verhältnisse: Das UOG 1975

Mit dem Jahr 1975 wurde ein Gesetz wirksam, das die Mitbestimmung der einzelnen an den Universitäten beschäftigten Gruppen regelte. An der Drittel- und Viertelparität wurde viel herumgemäkelt, man musste sich auf die Suche nach konsensfähigen Personen machen, und die waren meist im Mittelbau zu finden. Die Jahre des UOG 1975 waren an den österreichischen Universitäten die große Zeit des Mittelbaus, und in der Ära Kreisky hatte es den Anschein, als würde dessen Sonne niemals untergehen. Ich kenne viele Kollegen aus diesem Mittelbau, die fast ihre ganze Laufbahn der Lehre oder der administrativen Arbeit in den Studienkommissionen und in der Institutskonferenz opferten. Die Professorenkurie war froh, dass man ihr diese Last abnahm, zugleich ergab sich daraus für sie später der willkommene Anlass, dem Mittelbau pragmatisierte Immobilität vorzuwerfen und ihn als wissenschaftliches Brachland zu bezeichnen. Mag sein, dass es da einige Müßiggänger gab und gibt, ich habe sie aber in einem weitaus größeren Prozentsatz in der Professorenkurie angetroffen. Es war leicht, die gremial organisierte Universität in Verruf zu bringen. Viel Zeit ging mit Sitzungen drauf, es kam zu Klügelbildungen und unheiligen Allianzen

ÖH und Demokratie

Geschichte der ÖH
Vorgeschichte

1940er: Aufbau studentischer Demokratie

Kommentar: Wiesinger

1950er: Soziale Lage und Studiengebühren

Kommentar: Fischer

1960er: Studierende zwischen Borodajkewycz und „1968“

Kommentar: Sperl

1970er: Demokratie und Mitbestimmung in der Universität

Kommentar: Streuerwitz

1980er: Neue soziale Bewegungen

Kommentar: Margulies

1990er: Der Mensch zuerst

Kommentar: Berlakovic

2000er: Gegenreform an der Uni und linker Erdrutsch in der ÖH

Kommentar: Mautz & Weinberger

Wahlergebnisse und Vorschläge

Uni im Wandel der Zeit

Feminismus und ÖH

Protest und Vertretung

Zukunft der ÖH Arbeit

Chronologie

Anhang



Abb. 30

quer durch die Kurien, aber es gab auch – so ganz im Gegensatz zu heute – ein Gespräch über die einzelnen Kurien hinweg. Der Vorwurf, Studierende hätten bei so wichtigen Entscheidungen wie bei Berufungen auf Grund mangelnder Kompetenz nichts verloren, ist töricht. Zunächst einmal sind sie diejenigen, die die Folgen der Besetzungen zu tragen haben, und zweitens waren die Studierenden in den Kommissionssitzungen meistens oft viel besser vorbereitet als die professoralen Mitglieder, ja oft auch als die des Mittelbaus. Für eine geordnete Abwicklung der Agenda auf Institutebene war gesorgt, vielleicht waren die Spielräume etwas zu eng, aber die Kontrolle tat allen gut. Mag sein, dass die Paragraphenreiter sich in dieser Phase voll entwickeln konnten und mit Nebensächlichkeiten manche Initiative im Keim erstickt wurde, aber solche Defizite hätten sich wohl beheben lassen. Von studentischer Seite entfalteten die Basisgrup-

pen eine meist begrüßenswerte Aktivität, nicht selten in offenem Konflikt mit der ÖH. In jedem Falle erwiesen sich die hochschulpolitischen Aktionen der Studierenden dann als besonders sinnvoll, wenn sie sich an den fachlichen Interessen orientierten und für Dynamik innerhalb der Institute sorgten. Ich gebe zu, dass diese Aktionen nicht immer angenehm waren, aber anregend waren sie allemal. Österreich hatte mit dem UOG 1975 ein im Vergleich zum Ausland fortschrittliches Gesetz; einige Verbesserungen waren gewiss von Nöten, aber man hätte die positiven Ansätze, die in der gremialen Kontrolle begründet sind, ausbauen müssen. Österreich sei, sagt Robert Musil, der fortgeschrittenste Staat gewesen, ohne es allerdings selbst zu wissen. Das galt auch für das UOG 1975.

4. Endspiel: Weltklasseuni

Mag sein, dass mich wieder die eigene Biographie zur Verklärung verleitet. Ich wurde in der Zeit des UOG 1975 zunächst außerordentlicher, später ordentlicher Professor. Mag sein, dass ich auch nicht wahrgenommen habe, wie die österreichischen Universitäten im Vergleich zum Ausland ins Hintertreffen gerieten. Wenn ich jedoch meine höchst konkreten Erfahrungen aus den letzten sechs Jahren mit den rund zwanzig Jahren vergleiche, die wir unter dem UOG 1975 zu agieren hatten, so kann ich nur zum Lob des Vergangenen ansetzen. Das unerhört schnell verabschiedete, dann

aber höchst langsam „implementierte“ UOG 1993 ließ ahnen, was auf uns zukommen sollte. Der Schlüssel-Haider-Pakt aus dem Jahr 2000 hatte, neben vielen anderen unseligen Auswirkungen, auch das UG 2002 zur Folge, das offenkundig der Devise Jörg Haider's, es solle kein Stein auf dem andern bleiben, zu danken war. Das von seinem Schöpfer als Jahrhundertwerk deklarierte UOG 1993 hielt weniger lange vor als das Tausendjährige Reich und wurde schleunigst durch ein neues Jahrhundertwerk ersetzt. Auch dagegen wäre nichts zu sagen gewesen, wären die Defizite des alten Gesetzes klar definiert worden und wären daraus die notwendigen Verbesserungen abgeleitet worden. Es sei, so wurde ich belehrt, darum gegangen, die österreichischen Universitäten der europäischen „Studienarchitektur“ anzupassen. Wenn es darum geht, unsinniges Vorgehen zu verteidigen, ist Europa immer für eine Ausrede gut.

Ich rekapituliere kurz: Gegen Ende 2001 erhielten alle Funktionsträger den Auftrag, im Amte zu bleiben, und zwar bis zum Herbst 2002, weil dann würde das neue UG 2002 zum Zuge kommen und eine Neuordnung eintreten; das betraf Institutsvorstände und Studienkommissionsvorsitzende, für die Verwaltung und den Studiengang wichtige Positionen. Das wurde meist kommentarlos hingenommen, manche traten zurück, manche ließen sich neu wählen, manche blieben einfach im Amt. Kurzum, auf Wahlen wurde verzichtet; auch diese Korrosion demokratischer Grundlagen wurde kaum kommentiert.



ert. Es ging einfach irgendwie weiter, ohne dass für heikle Verfahren wie die Besetzung von Gastprofessuren und Neubestellung von Assistenten Durchführungsbestimmungen erlassen worden wären. Stellen wurden kaum nachbesetzt, das Rektorat der Universität Wien hüllte sich in olympisches Schweigen und sagte, es würde an einem Organisationsplan arbeiten. Man wehrte sich gegen den „Instituts-partikularismus“; die funktionierenden Institutskonferenzen wurden aufgelöst, ohne dass an ihre Stelle vergleichbar befugte Organe getreten wären. Man arbeitete vielmehr an der Entwicklung von Grauzonen. Sogar das Wort „Ermächtigung“ kursierte in diesem Zusammenhang, ohne dass das Papier errötete. Die ProfessorInnen schienen in ihre Rechte von einst, also vor 1968, kommentarlos wieder eingesetzt zu sein, und es gab in der Tat einige, die sich über diese Entwicklung erfreut zeigten. Man hatte Euphemismen parat: Es ging um den „Rückbau“ der gremialen Einrichtungen. Höchst originell mutet der Ersatz von „Mitbestimmung“ durch „Mitsprache“ an, ein Einfall, der so gut ist, dass er nur aus dem Umkreis der Frau Bundesministerin oder gar von ihr selbst kommen kann. Ich war seit

Beginn 2000 als Institutsvorstand im Amt und konnte beobachten, wie dieses Chaos zunehmend alle Mitarbeiterschichten der Universität demotivierte: ProfessorInnen, Mittelbau, Studierende und das sogenannte nichtwissenschaftliche Personal. Wäre ein Privatbetrieb so geführt worden, wäre der Ausgleich unausweichlich gewesen. Um den Studien- und Lehrbetrieb nicht zu gefährden, machten wir alle, unbedankt wohlgermerkt, weiter. Die Lehrenden lehrten, die Studierenden studierten, so als ob nicht durch den Wahrspruch des Rektors alles in Frage gestellt werden könnte. Man änderte die Namen; aus Fakultäten wurden Organisationseinheiten, aus Instituten wurden Subeinheiten, aus Studienkommissionen eine Studienkonferenz. Auch Institutskonferenzen gibt es da und dort mit studentischer Mitbestimmung, einfach um auf eigene Faust für den geregelten Ablauf der Institutsgeschäfte zu sorgen. Auch Fakultätssitzungen gibt es wieder, die allerdings meist eine so gut wie ganz diskussionsfreie Beratungsstunde sind, in der der jeweilige Dekan versucht, den neuen Verordnungen des Rektorats Sinn abzugewinnen. Besonders haarsträubend sind die im Gesetz vorgesehenen Prozeduren bei Berufungs- und Habilitationsverfahren. Keine Reform,

sondern ein lähmender Stillstand, der durch Begriffsplunder kachiert werden soll.

Was als großes Reformwerk im Zeichen der Qualitätssicherung begonnen wurde, hat für alle Beteiligten ein Mehr an unnötiger Administrationsarbeit gebracht. Dagegen waren die Komplikationen beim UOG 1975 ein Kinderspiel. Zu diesem wird man nicht einfach zurückkehren können, doch man wird diesen Punkt aufsuchen müssen, an dem die Weichen falsch gestellt wurden. Und dies ist eindeutig mit der Regierungsbildung von 2000 gegeben. Um sich vor der Bevölkerung zu beweisen, verfiel die neue Regierung einem Reformfuror, und die Universitäten waren die ersten, die dran glauben mussten, ein willkommenes und vergleichsweise unspektakuläres Exerzierfeld, auf dem neue und autoritäre Praktiken erprobt werden konnten. Dass Frau Gehrler einen „starken Rektor“ herbeisehnte, verrät die Gesinnung, die dieser „Reform“ zugrunde liegt. Eine Reform dieser Reform könnte von der ÖH ausgehen; das ist, meine ich, ihre historische Mission in der nahen Zukunft.

Wendelin Schmidt-Dengler begann 1960 sein Studium der Klassischen Philologie und Germanistik in Wien. Seit 1989 ist er ordentlicher Professor in Wien und derzeit Institutsvorstand der Germanistik auf der Uni Wien. 1994 gewann er den Österreichischen Staatspreis für Literaturkritik.

ÖH und Demokratie

Geschichte der ÖH
Vorgeschichte

1940er: Aufbau studentischer Demokratie
Kommentar: Wiesinger
1950er: Soziale Lage und Studiengebühren
Kommentar: Fischer

1960er: Studierende zwischen Borodajkewycz und „1968“
Kommentar: Sperrl

1970er: Demokratie und Mitbestimmung in der Universität
Kommentar: Streeruwitz

1980er: Neue soziale Bewegungen
Kommentar: Margulies

1990er: Der Mensch zuerst
Kommentar: Berlakovic

2000er: Gegenreform an der Uni und linker Erdrutsch in der ÖH
Kommentar: Mautz & Weinberger
Wahlergebnisse und Vorsitzende

Uni im Wandel der Zeit

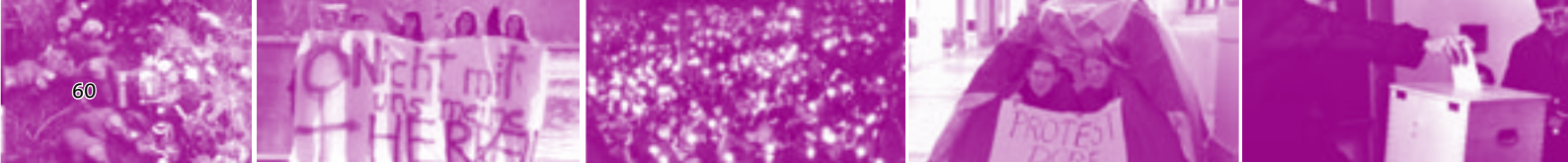
Feminismus und ÖH

Protest und Vertretung

Zukunft der ÖH Arbeit

Chronologie

Anhang



„Du hast mich neulich gefragt...“ Ein fiktiver Brief zu den Anfängen der feministischen Arbeit in der ÖH *Birge Krondorfer*

Liebe Aruf!

Du bist nun Frauenreferentin geworden. Weil Du dich nach der Teilnahme an diversen sobenannten Genderlehrveranstaltungen irgendwie unwohl fühltest. Du meinstest, du konntest dich einem zunehmend steigenden Unbehagen nicht erwehren: auf der einen Seite zwar sehr viel an Theorien gelernt zu haben und das ist super, aber dass da auf der anderen Seite eine Art Leere sich aufgetan hat, die, so kamst du mit der Zeit dahinter, etwas damit zu tun hat, dass es nicht reicht, auf der Uni nur zu ‚konsumieren‘ und dass es überhaupt zu wenig ist bloß das eigene Bewusstsein zu vermehren und nichts sonst damit zu tun. So hast du also beschlossen dieses ‚Amt‘ mit anderen Frauen zu übernehmen für eine gewisse Zeit, um an dem Ort, der gerade dein Leben am meisten bestimmt, politisch zu handeln. Und während eines Gesprächs hast du mich neulich gefragt, wie denn das damals uns so erging, als ich vor fünfundzwanzig Jahren Frauenreferentin der ÖH in Klagenfurt war. Und da wir keine

Zeit mehr hatten weiter zu reden – und ich im Moment etwas Luft habe – möchte ich dir auf diesem Weg aus meiner persönlichen Perspektive von diesen Zeiten ein bisschen berichten, und diese Erzählung, wenn du erlaubst, mit ein paar Zitaten von mir selber und von anderen Frauen aus und zu dem Kontext garnieren.

Von Anfang an.

„Als im November 1979 der männlich und politisch ‚links‘ dominierte Hauptausschuss der Österreichischen Hochschülerschaft Klagenfurt ein Frauenreferat installierte, war dies die erste Studentinnenvertretung auf Referatsebene in Österreich.“¹

Wie war es – wie bin ich – dazu gekommen?

Als ich im Wintersemester 1979 (mit noch 22 Jahren) durch ein Stipendium des Deutschen Akademischen Austauschdiensts von Frankfurt/Main in der Universität für Bildungswissenschaften (UBW) Klagenfurt

landete um dort für zwei Semester Philosophie und Gruppendynamik² zu studieren, fragte ich mich zuerst, wo ich da eigentlich gestrandet bin. Wohnend im katholischen Studentenheim der Pädagogischen Akademie, wo für Frauen Männerbesuche verboten waren und auch Freundinnen sich nach 23 Uhr nur heimlich einschleichen durften, machte ich dort selbst Bekanntschaft und Freundschaft mit ‚typischen‘ Kärntnerinnen: sie studierten Volksschullehrerin, kleideten sich oft in Kärntner Dirndeln und hatten zum Teil Verwandtschaft im Kärntner Heimatdienst. Bis ich mal kapiert hab, was das eigentlich heißt; ebenso war die ‚neue‘ Sprache zu lernen (ich hab z.B. Monate gebraucht, um zu fragen, was ‚Habere‘ bedeutet). Inbegriffen war auch das Erstaunen, dass auf der Uni z.T. im Dialekt gesprochen wurde. Die Verwirrung stieg, als ich auf KollegInnen stieß, die politisch alternativ und kritische Intellektuelle waren, in einer Weise, die ich vorher nicht kannte – wer hätte das gedacht in der ‚Provinz‘. ‚Echt cool‘, würde man heute wohl sagen. Ja, in Klagenfurt bzw.



Kärnten zu leben, das war schon sehr widersprüchlich, aber gerade dies machte es wohl auch so spannend. Die sieben Jahre, die ich dort studiert habe, gehören zu den positiv prägenden meines Lebens.

Und was war dein Beweggrund, dass du dich für Feminismus interessiert hast?

Interessanterweise traf ich in Klagenfurt eben auf diese Unifrauengruppe, die hatte sich gerade konstituiert. ... Irgendwie habe ich gespürt, das wär's. In Frankfurt gab es einen der berühmtesten Frauenbuchläden und lauter solche Sachen. Aber politisch war ich in einer anderen Szenerie. Dann ging es wirklich Schlag auf Schlag. Ich glaube ich bin innerhalb von acht Wochen zur Feministin geworden. ...

Welche Themen waren euch wichtig?

Es waren alles Themen, die die Frauenbewegung zehn Jahre vorher angefangen hat. ... die ganze Auseinandersetzung, was ist Hetero, Lesben... es war so eine Mischung, sich überhaupt mal dem Thema anzunähern. Alle, die da saßen, wollten irgendwas mit dieser Frauengruppe. Wir haben, nachdem es nichts gab, das Thema Feminismus selber erarbeitet. ... Wir haben zum Teil gelesen, wir haben Selbsterfahrung gemacht, also über uns und unser Leben geredet, was biographische Konstitutionen ausmachen, warum man findet, dass die Welt so schräg ist, im Sinne des

Geschlechterverhältnisses, dass man sich da kundig macht und wirklich auch an der Universität was tun will. Es war der Beginn einer Auseinandersetzung mit den damaligen vorhandenen feministischen Theorien, die in keinem Ausmaß zum Vergleichen sind mit heute. Das fing alles gerade an. ... Es gab so zwei Arten Literaturen. Es gab die eine Literatur, die auf Erfahrungen rekurriert hat...die Aufbruchsliteratur, die viel biographische Geschichten erzählt hat. Und es ging los mit den ersten Übersetzungen der französischen Theoretikerinnen. Hochtheoretisches: Cixous, Kristeva, Irigaray. Auch in der Gruppe gab es diesbezüglich unterschiedliche Tendenzen. ... Mein feministisches Pfingsten war ein Text von Luce Irigaray, ‚Das Geschlecht, das nicht eins ist‘. Da fiel es mir wie Schuppen von den Augen. Ich habe das Gefühl gehabt, es wird mir wirklich was klar – an irgendeiner Form von Unbehagen. Diese ganze Theorie hat mich dementsprechend angefangen zu interessieren. ... Wie gesagt, es gab damals gar nichts. Wir haben alles selbst gelesen, diskutiert und erarbeitet. Die Ethnopsychanalytikerin Maya Nadig war die allererste feministische Lehrbeauftragte, die ich in meinem Leben gesehen habe.³ Wir haben sie alle geliebt. Endlich ist jemand da, die gescheit war und konfrontationsfreudig; wir haben wegen ihr auch ein Abschiedsfest veranstaltet. Es war immer zwischen privat und öffentlich. Wir waren so hungrig! Es gab weit und breit keine lehrenden Frauen! Viel von dem Wissen, was

ich heute den StudentInnen vermittele, ist einerseits natürlich dem Studium gezollt, aber andererseits von den selbsterarbeiteten Sachen.⁴

Ja und um es noch etwas deutlicher zu machen, welche Problemlagen uns beschäftigten, möchte ich dir hier etwas zitieren, was ich – besonders der damaligen Zeit geschuldet – in einer kürzlich erschienen kleinen Publikation⁵ formuliert habe: „Wir waren eine Plage und haben uns mit allem geplagt; mit: den Körpern, den Küchen, den Kirchen, den Kindern, den Kerlen, den Knästen, den Kanzeln, den Köpfen, den Kälten, den Künsten, den Käufen, den Kriegen, den Kantianern, den Kulturen, den Klassen, den Klagen, den Kassen, den Kaschemmen, den Kapitalisten, den Kranken, den Klugen, den Kasernen, den Kakophonien, den Kunden, den Kaisern, den Kosten, den Kanälen...“

Konfrontationen mit Begriffen wie Sexismus, Gewalt an Frauen (die ersten Frauenhäuser sind damals entstanden), Sexualität, Frauenräume, Patriarchat, Frauenpolitik (Johanna Dohnal ist damals erste Frauenstaatssekretärin geworden und die ‚große Familienrechtsreform‘ war gerade mal ein Jahr alt), Kritik an bürgerlichen Weiblichkeitsimages und gleich mal die Unterscheidung zwischen linkem, bzw. sozialistischem Gleichheits- und autonomen Differenzfeminismus, Kritik am philosophischen – als männlichen – Sub-

ÖH und Demokratie

Geschichte der ÖH Vorgeschichte
 1940er: Aufbau studentischer Demokratie
 Kommentar: Wiesinger
 1950er: Soziale Lage und Studiengebühren
 Kommentar: Fischer
 1960er: Studierende zwischen Borodajkewycz und „1968“
 Kommentar: Sperl
 1970er: Demokratie und Mitbestimmung in der Universität
 Kommentar: Streeruwitz
 1980er: Neue soziale Bewegungen
 Kommentar: Margulies
 1990er: Der Mensch zuerst
 Kommentar: Berlakovic
 2000er: Gegenreform an der Uni und linker Erdrutsch in der ÖH
 Kommentar: Mautz & Weinberger
 Wahlergebnisse und Vorsitzende

Uni im Wandel der Zeit

Feminismus und ÖH

Protest und Vertretung

Zukunft der ÖH Arbeit

Chronologie

Anhang



jektbegriff, ...; all das ging tief und natürlich nicht alles auf einmal und anfänglich auch sehr durcheinander. Sehr viele Auseinandersetzungen gab es mit feministischen Sprachtheorien. „Modern oder ein sehr großes Thema war Frauensprache. ... Ich habe das erste Mal begonnen, über weibliches Schreiben nachzudenken. Das haben wir mit großem Interesse gelesen. ... Das war spannend, weil wir neue Themen in die Wissenschaft getragen haben.“⁶

Das Frauenreferat.

Gleich in den ersten Monaten unserer (d.i. Unifrauengruppe) regelmäßigen und in Privaträumen stattfindenden Treffen, wurde die Idee geboren, in der ÖH ein Frauen-

referat zu beantragen. „Wir hatten lange Debatten, wer sich für die Funktion des Frauenreferats zur Verfügung stellt. Also die Gruppe trägt das Frauenreferat, aber wer gibt den Namen her? Und dann wollten sie das alle nicht. Und ich war noch so geeicht von Frankfurt, von meinem Funktionärinnensein, und hab gesagt o.k., ich gebe meinen Namen her. Das war ein ganz langer Prozess.“⁷ Zusätzlich gab es noch die Komplikation, dass eine einzelne Frau, eine Freundin von einer aus der Gruppe, ebenso plötzlich Frauenreferentin werden wollte. Und nachdem wir diesen Konflikt nicht lösen konnten, sind wir alle gemeinsam zur ÖH marschiert um zum einen das Referat zu beantragen und zum zweiten dieses (Konkurrenz-)Problem in den Griff zu kriegen.

„Waren die ÖHler einem Frauenreferat überhaupt positiv gegenüber eingestellt?“ Zu der Zeit, ja. ... es war so halb die SP-Funktionärsklasse⁸, aber es waren auch wirklich interessierte alternative Menschen dabei – es war so eine Mischung. Sie waren etwas verwirrt über unser komisches Auftreten. Sie haben dann vorgeschlagen, dass es zwei Frauenreferentinnen gibt. ... Nachdem sie (Anm.: die 2. Frauenreferentin), wie wir auch schon, sich rasant schnell als Feministin verstanden hat – wir mit Radikalpolitik, Anarchie, also Fundamentalfeminismus – war sie eben anders drauf. ... Wir haben angefangen, öffentliche Veranstaltungen in der Uni zu machen.

Es gab eine Zeitung, wir haben zum internationalen Frauentag die Aula reserviert... Wir haben die ersten Frauenfeste an der Uni inszeniert – ‚Women only‘ – heftige Aufregung am Anfang, wie das gehen soll. Dazu kamen zunehmend Studentinnen aus der Alternativszene. Die Unifrauengruppe hat sich, würd ich sagen, nach eineinhalb Jahren aufgelöst und ich stand dann da.“⁹ Ich beschloss dann aus politischem Verantwortungsgefühl, die Funktion zu behalten und war dann die ganzen sieben Jahre Hauptreferentin mit wechselnden anderen Mittuenden unter dem Aspekt der Zugehörigkeit zur autonomen Frauenbewegung. „Das Stimmungsbild war, Handlungsmöglichkeiten zu suchen, die außerhalb der klassischen Fraueninitiativen liegen. Meiner Erinnerung nach haben wir das mit dem Frauenreferat verbunden: Man nimmt zwar ein Referat in Anspruch, aber macht eine andere Form von Politik.“¹⁰ Wir wollten nicht verwalten, wir wollten produktiv die Uniszenerie verändern, unter und mit den Studentinnen, aber auch die Institution selber.

„Zahlreiche Veranstaltungen (Lesungen, Filmvorführungen, kleinere Arbeitsseminare etc.) sowie die Gründung einer Zeitschrift (Zeitschrift der UNI-Frauenzeitungsarbeitsgruppe) sollten zunächst das Manko einer feministischen Wissenschaft in fast allen Fachrichtungen ...etwas ausgleichen. Vor allem aber sollte mit all diesen und folgenden Aktivitäten das



Weil wir nicht so sind wie ihr uns haben wollt!



Bewusstsein unter der Mehrheit der Studierenden – ... der Anteil der Studentinnen (betrug) an die 60 Prozent(!) – für frauenspezifische Themen und eine feministische Wissenschaftskritik erst geschaffen, bzw. geschärft werden. Ein wesentlicher Anstoß dafür bot die erwähnte Zeitschrift, wo selbstverfasste Artikel über die Lebenssituation von Studentinnen, aber auch zahlreiche reproduzierte Beiträge aus feministischen – in der hiesigen Bibliothek erst auf Anregung und mittels Unterschriftenaktionen der Redakteurinnen aufgenommenen – Zeitschriften gedruckt wurden. ... Diese Studentinnen...versuchten konkret in ihren Studienrichtungen frauenspezifische Themen einzubringen. Das erfolgte meist über Literaturlisten (Ankauf von feministischer Literatur für die Bibliothek), dem – oft auf Widerstand stoßenden – Wunsch frauenspezifische Themen für die jeweilige Lehrveranstaltung auszuarbeiten sowie der sukzessive sich durchsetzenden Forderung – unterstützt durch die ARGE Feministische Wissenschaft – nach frauenspezifischen Lehrveranstaltungen. So wurde vorwiegend von der ‚Basis‘ her ein zäher, energischer und letztlich erfolgreicher ‚Kampf‘ – im Sinne verstärkter Bewusstseins-schaffung – geführt.“¹¹

Aktivitäten durchs und ums Referat herum.

Eine vielleicht für das öffentliche Kärntner Klima typische, fast anekdotenhafte Ges-

chichte, wäre da zum Besten zu geben. Es begab sich zu den Anfangszeiten des Frauenreferats: wir hatten, da damals in Kärnten sonst nichts für solche Situationen existierte, im Referat Beratungsstunden sowie finanzielle Unterstützung (dies hatten wir im Hauptausschuss durchgesetzt, wir selber hatte ja kaum ein Budget) für Studentinnen (aber auch andere Frauen), die abtreiben wollen/müssen, angeboten. „Das war eine richtig politische Geschichte. Nachher hat die Kleine Zeitung im Sommer 1982 eine Riesenpressenkampagne in Kärnten gestartet, mit dem Balken auf der ersten Seite: ‚Uni Klagenfurt und ÖH finanzieren Abtreibung‘ – finanzieren Kindsmord sozusagen. Es war im Text so beschrieben, als würden in den Hörsälen die Frauen liegen... . Dann bin ich gemeinsam mit dem damaligen ÖH-Vorsitzenden zum Rechtsanwalt gegangen, und wir haben auf Rufmord geklagt – im Sinne der rechtlichen, öffentlichen Klarstellung. Da musste eben der arme ÖH-Vorsitzende mit mir zum Rechtsanwalt, weil die ÖH musste ja dafür gerade stehen.“¹²

Damits nun aber nicht zu lang wird, möchte ich dir weitere ‚Produktionen‘ im Laufe der Jahre im und aus dem Kreis der engagierten Frauen heraus nur noch aufzählen. Videoinstallationen von Wiener Künstlerinnen im Foyer der Uni; Durchsetzung erster feministischer Lehrveranstaltungen, z.B. mit Eva Meyer (die damals hochberühmt war¹³); Kampf um die Berufung der ersten

Professorin an der Uni; Aufruf und Organisation zu 8. Märzveranstaltungen in und ausserhalb der Uni, u.a. von Demonstrationen in der Klagenfurter Innenstadt inclusive wilden Frauenfesten – auch mit ‚eingeflogenen‘ Discomacherinnen aus Wien; kommissionelle Arbeit in der studentischen Kurie, also auch im Unisenat; Kooperationen mit anderen frauenpolitischen Initiativen in Kärnten; Bemühungen um eine Unikrabbelstube; Einmischungen in halb/öffentliche inner- und ausseruniversitäre Veranstaltungen; Teilnahme an feministischen Symposien, Frauenwochen etc. nicht nur in Österreich; und immer wieder Debatten um die ‚richtige‘ feministische Existenzweise und „ob es da eine Vielfalt oder etwas, das ‚richtiger‘ ist, gibt“ (Paul-Horn); erste öffentlich gelebte Frauenbeziehungen und die Ermöglichung von Treffpunkten für (heimliche) lesbische Frauen aus dem Hinterland; sowie – auch eine Premiere in der ÖHlandschaft – das erste Frauentutorium (1980/81), an dem ich auch aktiv teilgenommen habe: „Ich habe in die Frauengruppe die Idee des Tutoriums hineingetragen. ... In der Zeit war das schon ein Zwiespalt. ‚Soll man sich auf institutionelle Gefüge einlassen oder autonom bleiben, draußen bleiben?‘ Es hat eine große Skepsis gegeben. ... Wir waren sechs am Ende übrig geblieben, also eine sehr kleine Gruppe, die sich dem Tutorium widmete. Da waren wir tatsächlich Pionierinnen in Österreich. ... Ein Trainer, der das Tutoriumsprojekt betreut hat, war

ÖH und Demokratie

Geschichte der ÖH
Vorgeschichte

1940er: Aufbau studentischer Demokratie

Kommentar: Wiesinger

1950er: Soziale Lage und Studiengebühren

Kommentar: Fischer

1960er: Studierende zwischen Borodajkewycz und „1968“

Kommentar: Sperl

1970er: Demokratie und Mitbestimmung in der Universität

Kommentar: Streeruwitz

1980er: Neue soziale Bewegungen

Kommentar: Margulies

1990er: Der Mensch zuerst

Kommentar: Berlakovic

2000er: Gegenreform an der Uni und linker Erdrutsch in der ÖH

Kommentar: Mautz & Weinberger

Wahlergebnisse und Vorsitzende

Uni im Wandel der Zeit

Feminismus und ÖH

Protest und Vertretung

Zukunft der ÖH Arbeit

Chronologie

Anhang



Abb. 33

HERRschachtsfreier Raum

sehr verärgert, dass er nicht als Trainer genommen worden ist, weil wir eine Frau als Trainerin gesucht haben. ... Und dann wollten sie in der ÖH von uns wissen, ob wir ausschließlich für Frauen Gruppen machen ... Wir waren für alle Erstsemestri-gen offen...und zuständig für alle Studienrichtungen.“¹⁴ Und last but not least gabs da noch die grandiose, wenn ich dir das auch solange im Nachhinein noch immer stolz so sagen darf, die – von Beate Ratschiller und mir als Höhepunkt der Aktivitäten des Frauenreferats organisierte – zweite österreichische Frauensommeruniversität im September 1985; diese war eigentlich auch die erste im Sinne ihrer Bestimmung. Wie das?

Die Frauensommeruniversität

„Sie erinnert sich noch ganz genau und schaut mit einigem Vergnügen zurück: An diesem heißen Vormittag... bot sich auf dem Rasen der Universität Klagenfurt ein ungewohntes Bild: Um die hundert Frauen diskutieren, gestikulieren und lachen. Mitten drin steht ein Mann, der wild mit den Händen fuchtelnd versucht, sich Gehör zu verschaffen. Der Hüter von Recht und Ordnung an der Universität muss ähnlich wie ein Rumpelstilzchen gesprungen sein. Denn die internationale Frauenbildungsbewegung war endgültig auch nach Klagenfurt gekommen. „Da gab es Vorträge, Arbeitsgruppen, Diskussionen, Workshops

und vieles mehr, mit allen Frauen, die auf die Uni kommen wollten“, führt die Erziehungswissenschaftlerin Susanne Dermutz aus, die seit Anfang der achtziger Jahre in Klagenfurt lehrt. ...Selbst Frauen ohne Matura durften nun nicht nur die Seminare betreten, in denen sonst für gewöhnlich nur das starke Geschlecht das Sagen hatte, sondern auch ihre Lebenswelten als forschungswürdig in die Debatte werfen. ... Natürlich waren bereits die Planungen von Unmut begleitet worden. Dieser äußerte sich jedoch nicht in Form eines herrschaftsfreien Diskurses, sondern man setzte damals auf eher archaisch-emotionale Störversuche... . So geriet das Übermalen von Veranstaltungsplakaten zum beliebten Spiel. ... Eines Tages waren die darauf so gar nicht demütigen Frauengestalten mit einem nicht einmal künstlerisch wertvollen Phallus übermalt.“¹⁵

Die damalige Frauenreferentin des ZA¹⁶ – wir kannten uns von österreichweiten Frauenreferatstreffen – sprach mich auf einer Dohnalveranstaltung im Frühjahr ’85 in Wien an – ob wir in Klagenfurt nicht Interesse daran hätten die Frauensommeruniversität (FSU) zu organisieren, denn sie hätten die erste in Wien veranstaltet und das Konzept sei es, dass diese durch die Universitätsstädte wandern sollte. Ich habe mir das dann eine zeitlang überlegt und in dem Moment, wo ich die Zusage meiner Kollegin und Freundin hatte, dass wir das gemeinsam durchziehen, sowie die



Zustimmung der AG Frauenforschung, ging's auch schon los. Zuerst mussten wir mit der ÖH unser Vorhaben klären, denn wir brauchten – da wir nur wenig Budget hatten (vielleicht kann man sich das analog der sog. Aufwandsentschädigung vorstellen, die frau damals als Referentin erhalten hat, nämlich 500 ÖS – also knapp EUR 36 – pro Semester) ja irgendeine minimale Sicherheit um überhaupt anfangen zu können. Wir handelten also, soweit ich mich erinnere, 10.000 ÖS (= EUR 714) Rückversicherung aus, falls etwas mit weiteren Subventionen schief ginge, sowie unbeschränkte Telefon-, Post- und Kopierlaubnis. Sie waren sehr misstrauisch, nicht nur, weil klar war, dass es ausschließlich für Frauen war, sondern auch, ob wir so

ein Riesending wohl durchziehen könnten; aber schließlich überwog dann wohl doch auch die ‚Verführung‘, denn schließlich kann sich eine ÖH ja damit anschließend auch ‚brüsten‘. Wir haben dann zu zweit wie die Verrückten ca. vier Monate lang buchstäblich Tag und Nacht geschuftet. Der Titel lautete: ‚Frauen zwischen Vereinbarung und Verausgabung. Zum Verhältnis von Gewalt – Herrschaft – Macht und Widerstand‘ und dauerte eine Woche. Wir haben organisationserfahrungspraktisch bei Null angefangen: inhaltliche Konzeption, Referentinnen aus unserer Umgebung, aus dem In- und Ausland anschreiben (bzw. sich erstmal Tipps holen über wichtige Frauen – Aktivistinnen und Theoretikerinnen – aus den damaligen österreichischen feministischen Szenen), Räume auf der Uni reservieren, Plakat und Folder entwerfen und mit Schreibmaschine und Zeichenstift erstellen, Adressenstamm aufbauen, tausende Folder postfertig machen, billige Schlafplätze checken für die Referentinnen und die Besucherinnen aus dem In- und Ausland (allein das hat uns wochenlang beschäftigt), Freundinnen organisieren fürs Sekretariat während der Veranstaltung, (wir haben nebstbei auch noch eine Praktikantin, eine Freundin von einem ÖH-Kollegen auf dessen Bitte hin in Organisations- und Sekretariatstechniken eingeführt), eine Pressekonferenz organisieren, Radiointerviews absolvieren, und natürlich wenigstens soviel Subventionen aufstellen, um nebst unabänder-

lichen Unkosten, die Fahrtkosten für die Vortragenden, Workshopleiterinnen und Kulturschaffenden leisten zu können. (Und für uns das, was halt übrig bleibt¹⁷.) Wir sind bspw. nächstens nach Wien gefahren (wir hatten kein Auto, nur ein Fahrrad und überhaupt kein Geld) um morgens zu Subventionsverhandlungen zu erscheinen. Die erste dieser Reisen werde ich wohl nie vergessen. Sie führte ins Sozialministerium, zur damaligen Frauenreferentin Inge Rowhani-Ennemoser. „Wir sind dagesessen wie die kleinen Häschen und haben den Mund nicht aufbekommen, weil wir nicht wussten, wie man sich in so einer Situation verhält. Sie hat uns dann sozusagen die Würmer aus der Nase gezogen... In dieser Sitzung war die Inge total wichtig für uns, weil sie uns unterstützt hat, indem sie uns gezeigt hat, wie wir eigentlich reden müssten. Sie hat kapiert, dass da wer was will und allein noch ein bisschen unfähig ist. Das ist so wichtig, wenn Frauen, die in Institutionen sitzen das ‚überreißen‘... ..sie hat uns mit 20.000 ÖS subventioniert. Für uns war das viel.“¹⁸ Nebst diesen ganzen Aufwänden und Herausforderungen mussten wir ständig quer durch die Unistrukturen, die Medien und mit potenziellen Teilnehmerinnen argumentieren, warum es definitiv eine Veranstaltung von und für Frauen ist.

Die FSU selbst war dann ein voller Erfolg. Nicht nur, dass, über die Woche betrachtet, ungefähr fünfhundert Teilnehmerinnen

ÖH und Demokratie

- Geschichte der ÖH
- Vorgeschichte
- 1940er: Aufbau studentischer Demokratie
- Kommentar: Wiesinger
- 1950er: Soziale Lage und Studiengebühren
- Kommentar: Fischer
- 1960er: Studierende zwischen Borodajkewycz und „1968“
- Kommentar: Sperl
- 1970er: Demokratie und Mitbestimmung in der Universität
- Kommentar: Streerowitz
- 1980er: Neue soziale Bewegungen
- Kommentar: Margulies
- 1990er: Der Mensch zuerst
- Kommentar: Berlakovic
- 2000er: Gegenreform an der Uni und linker Erdrutsch in der ÖH
- Kommentar: Mautz & Weinberger
- Wahlergebnisse und Vorsitzende

Uni im Wandel der Zeit

Feminismus und ÖH

Protest und Vertretung

Zukunft der ÖH Arbeit

Chronologie

Anhang



Abb. 34



buntestgemischt dabei waren: feministische Theoretikerinnen, frauenbewegte Radikalaktivistinnen, Kärntner Mütter mit ihren Töchtern, Studentinnen... . bauchtanzende Künstlerinnen... . Unser Konzept beinhaltete auch, nicht nur ‚grosse‘ Stimmen zur Vernehmung zu bringen, denn wir wollten auf keinen Fall eine kultige Hierarchisierung o.ä. produzieren, wir wollten möglichst viele Unterschiedlichkeiten versammeln. Wir hatten sieben Tage von morgens bis nachts Programm, inclusive einem täglichem Reflexionsplenum, das ich moderierte. Ich kann dir sagen, ich war am Schluss schon völlig drüber und noch Wochen danach wie auf einem Trip. Und besonders toll war die Tatsache, dass der Reigen der Frauensommeruniversitäten mit der Klagenfurter eingeläutet worden war:



am Ende der Woche erklärten sich Innsbruckerinnen bereit, die nächstfolgende zu übernehmen und so ging das dann fort mit Salzburg, Linz (Graz ist ausgefallen, da sie sich im Vorfeld schon zerkracht haben) und 1990 wieder Wien¹⁹. Bei all diesen FSU's waren dann die ÖH-Frauenreferate mehr oder weniger maßgeblich beteiligt – zusammen mit autonomen und institutionalisierten Frauenorganisationen.

Und das Erhebenste an dem Ereignis waren und bleiben drei Ebenen: das Organisieren lernen im und durchs Tun selber; die Freude – bei allen Dramen und Enttäuschungen – mit und für Frauen zur arbeiten und dabei unendlich viel über die menschliche Bedürftigkeit und ihre Transzendierung zu lernen; die Erfahrung, dass eine Idee durchs pure Wollen Wirklichkeit werden kann, dass du etwas in die Welt hinein ‚geboren‘ hast, das sonst nicht existiert hätte.

Nachdenkliches jetzt.

Liebe Aruf, ich hoffe ich habe dich jetzt nicht angeödet mit diesen vielleicht sentimental - im Sinne, dass da immer noch eine Begeisterung durchgeistert – und etwas ausgefeilten Schilderungen meiner ÖH-Zeiten. Erlaube mir noch zwei Bemerkungen. Was mich immer wieder erstaunt und entrüstet ist die aktuelle Phantasie, es hätte damals ein grosses ‚Wir‘ gegeben; das existierte im Grunde nie, wie ja vielleicht auch meinen Zeilen implizit zu

entnehmen ist. Im Sommer diesen Jahres war ich z.B. von der ÖH Wien eingeladen im Rahmen einer Bildungskonferenz einen Workshop zu den Frauensommeruniversitäten anzubieten. Die anwesenden jungen Frauen waren baff erstaunt, wie ich ihnen aus den Veröffentlichungen der FSU's zu dem Problem von Verschiedenheit und Streit und trotzdem Gemeinsam-was-auf-die-Füße-Stellen, vorgelesen habe. Mir kommt das manchmal so vor, als würde man mit Kanonen einen imaginären Spatzen auf dem Dach erschießen, und trifft dabei das ‚Täubchen‘ im Keller.

Hin und wieder ‚jammern‘ Studentinnen in meinen Lehrveranstaltungen darüber, dass es keine FSU's oder ähnliches mehr gibt. ‚Ja, dann tut es doch einfach selber‘ – ist zumeist meine Replik. Denn das nimmt ruch keine/r ab – und um Erlaubnis zu fragen entspricht der ‚Sache‘ sowieso nicht. Ob das Pionierinnendasein leichter oder schwieriger war, lässt sich so schnell nicht klären. Offenkundig scheint mir, dass die Professionalisierung (zu allem und jedem wird ein Coaching angeboten und dann ‚natürlich‘ auch gebraucht) und Ökonomisierung (welche tut noch was ohne das Tauschverhältnis Geld) eine Entpolitisierung zur Folge hat, was das konkrete Handeln betrifft. Wir haben darüber – mit unseren unterschiedlichen An- und Aus-sichten – ja schon begonnen zu sprechen.

Ich wünsch Dir gutes Gelingen in und mit



Deiner neuen Tätigkeit!

Endnoten

¹ Andrea Lauritsch: Am Anfang war Klagenfurt. Zur Geschichte des ÖH-Frauenreferats an der UBW; in: Gertraud Seiser/Eva Knollmayer (Hg.): Materialien zur Förderung von Frauen in der Wissenschaft. Von den Bemühungen der Frauen in der Wissenschaft Fuß zu fassen. (Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung), Wien 1994, S. 447

² Die UBW war die einzige Universität in Europa, wo Gruppendynamik als Studienfach angeboten wurde.

³ Meiner Erinnerung nach muss das so zwischen 1980 und 82 gewesen sein.

⁴ Leicht veränderter Auszug aus einem Interview mit mir seitens einer studentischen Frauenforschungsgruppe, die sich ‚ein Stück weit die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte oder besser Nicht-Geschichte von Frauen an der Universität‘ ermöglicht hat. Aus: Zeitreisen. Die Geschichte des ÖH-Frauenreferats an der Universität Klagenfurt; hg. von der ÖH Klagenfurt, 2003.

⁵ An die Freundinnen in/der Frauenbewegung! In: Sinn – Grundlage von Politik; geschrieben und hg. von Maren Frank u.v.a., Rüsselsheim, 2005

⁶ Ina Paul-Horn; in: Zeitreisen, s.o.

⁷ ich, in ebd.

⁸ Ich denke, die haben gar nicht gewusst, auf was sie sich da einlassen. (Die Kärntner SPÖ ist ja historisch und gegenwärtig

ein sog. ‚Puntschkrapferl‘ (gewesen), was ich allerdings so den VSStölnern nicht unterstellen möchte.)

⁹ Ebd.

¹⁰ Ina Paul-Horn, ebd.

¹¹ Andrea Lauritsch: Am Anfang war Klagenfurt, s.o. S. 447

¹² ich; in Zeitreisen, s.o.

¹³ z.B. ‚Zählen und Erzählen. Für eine Semiotik des Weiblichen‘, Berlin 1980

¹⁴ Ina Paul-Horn, ebd.

¹⁵ Angelika Kantor: ‚Der Tritt wird immer ein bisschen fester!‘ 20 Jahre Frauenforschung an der Uni Klagenfurt; in: Starke Frauen in Kärnten. Eine journalistische Spurensuche, Brigitta Huhnke (Hg.), Klagenfurt/Celovec 2005, S.45f

¹⁶ Zentralaussschuß = heutige Bundesvertretung

¹⁷ ich glaube es waren letztlich EUR 357 pro B's und B's Nase für ein halbes Jahr Arbeit

¹⁸ ich; in: Zeitreisen... ebd.

¹⁹ Vgl. ‚Autonomie in Bewegung. Texte, Reflexionen, Subversionen‘, Wien 1991, wo ich ja dann wieder mitorganisierte, diesmal mit zwanzig Frauen; aber das ist eine andere Geschichte. Diese kollektive Publikation, ein guter Spiegel für das, was die Frauen- und feministische Theoriebewegung zu dieser ‚praekonstruktivistischen‘

Zeit, so beschäftigt hat, ist nur noch in der Frauenhetz erhältlich – falls es dich interessiert, da mal reinzuschnuppeln.

ÖH und Demokratie

Geschichte der ÖH
Vorgeschichte
1940er: Aufbau studentischer Demokratie
Kommentar: Wiesinger
1950er: Soziale Lage und Studiengebühren
Kommentar: Fischer
1960er: Studierende zwischen Borodajkewycz und „1968“
Kommentar: Sperl
1970er: Demokratie und Mitbestimmung in der Universität
Kommentar: Streerowitz
1980er: Neue soziale Bewegungen
Kommentar: Margulies
1990er: Der Mensch zuerst
Kommentar: Berlakovic
2000er: Gegenreform an der Uni und linker Erdrutsch in der ÖH
Kommentar: Mautz & Weinberger
Wahlergebnisse und Vorsitzende

Uni im Wandel der Zeit

Feminismus und ÖH

Protest und Vertretung

Zukunft der ÖH Arbeit

Chronologie

Anhang

Birge Krondorfer begann ihr Studium der Philosophie und Gruppendynamik 1979 in Klagenfurt. Sie war Mitbegründerin und Mitleiterin des Frauenreferats der ÖH Klagenfurt von 1979-1986.

Zur Dialektik studentischer Politik

So umkämpft und heterogen das politische Feld Universität schon immer war, so unterschiedlich gestaltete sich auch die Rolle und Funktionalität der studentischen AkteurInnen darin und darum.

Diese wird und wurde als Hort eines Widerstandes stilisiert, in Selbst- und Fremddarstellung ebenso wie in freundlicher oder feindlicher Absicht, jedenfalls aber allzu oft unter Ausblendung der Tatsache dass der geheime Lehrplan an Universitäten die Erziehung einer „gehobenen Schicht“ enthält, unter dem Deckmäntelchen von Emanzipation, mit dem sich die bürgerliche Aufklärung gerne kleidet (Fußnote: Dazu ein

kleines Spielchen:

Was fehlt an folgendem Satz? : „Die Studierenden haben am häufigsten ihre Stimme für die ArbeiterInnenklasse erhoben.“

1. der Einschub „linke“ solche
2. „ohne sich zu oft die Frage zu stellen warum ihre Stimme zumindest gehört wird nicht aber die der ArbeiterInnen“
3. Was soll diese Frage, wer sind eigentlich ‚die Studierenden‘ und warum sollte mensch den VerfasserInnen dieses Textchens eigentlich die Freude machen stumpfsinnige rhetorische Fragen zu beantworten?)

Großbürgerliche und Burschenschaften

Studentisches Bewegtsein als solches nahm seinen Anfang in der Ablöse der monarchistischen Herrschaft zugunsten einer kapitalistisch-liberalen, was sich 1848 folgend ereignete. Der Großteil der damaligen studentischen Akteure war großbürgerlich, elitär und – nicht zuletzt – schlagende Burschenschafter. Ihre in einem geschichtlichen Fortschrittsmodell durchaus als progressiv einzuordenbare Ziele verkehrten sich bald in wahngesteuerte faschistoide Vorstellungen, die sich mit rabiater Antisemitismus kombinierten. So war es vorläufig um das kritische Potential der studentischen Politik geschehen – ihre Akteure lösten sich, glückselig von Deutschnationalismus durchdrungen, in der nationalsozialistischen

Volksgemeinschaft auf und veranstalteten, als verfasste Studentenschaft (sic!) organisiert, Hetzjagden auf alle, denen nach herrschender Ideologie das Existenzrecht abgesprochen wurde.

Schwarz-braun ist die Haselnuss

Eine neue Phase studentischer Politik wurde mit der Befreiung vom Nationalsozialismus eingeläutet: Die ehemaligen ParteigängerInnen und Wehrmachtssoldaten fanden sich in Hörsälen wieder, die von den Alliierten zumindest anfänglich als Institutionen zur Reedukation konzipiert waren. Mit der Wiedereingliederung der kurzzeitig mit einem Berufs- und Wahlverbot belegten verbleibenden Nazis fand dieses Projekt sein jähes Ende. Den Studierenden hingegen wurde in einem Akt von Demokratisierung, entsprechend dem korporatistisch-keynesianistischem Gesellschaftsmodell, eine sozialpartnerInnenschaftliche „Standesvertretung“ gegeben – ganz so, wie der ÖGB den Arbeitenden von oben gegeben wurde. Bis in die 90er Jahre blieb diese Körperschaft öffentlichen Rechts vom reaktionären Wahlblock und seinen NachfolgerInnen (ÖSU, JES, ÖVP-AG) dominiert. Diese bewegte sich tatsächlich des Öfteren und schaffte es beispielsweise, eine Erhöhung der Studiengebühren zu verhindern, ohne jedoch zu hinterfragen



Der Protest für universitäre Demokratie nimmt süße Formen an



Abb. 36

Wessen Unis...

wozu Studiengebühren gut sein sollen. Die tatsächliche ideologische Ausrichtung kam beim Fall Borodajkewycz im Jahre 1965 zu Tage, als die ÖH der damaligen Hochschule für Welthandel (heute: Wirtschaftsuniversität) Demonstrationen für den gealterten Nazi veranstaltete und das Klima an der Universität ähnlich antisemitisch wie in der Zwischenkriegszeit werden ließ. Eine Minderheit der damaligen Studierenden widersetzte sich diesen Vorgängen und hielt antifaschistische Veranstaltungen ab.

Zwischen 68 und Mainstream

In diese Richtung bewegten sich auch die Studierenden von 1968, deren Bewegung in Österreich viel schwächer war als anderswo,

vielleicht auch, weil die Öffnung der Universitäten ihr nicht vorausging, sondern ihr folgte (auch wenn hier meist Gegenteiliges vermutet wird). Die Veränderung des Systems, nicht die Bekämpfung von Symptomen war das Ziel, das mit den Methoden der begrenzten Regelverletzungen und des Aktionismus verfolgt wurde. Der Versuch, gemeinsam mit den ArbeiterInnen zu kämpfen, scheiterte: So wurde der Streik gegen die Privatisierung des Raxwerks 1966 zu einem Ringen zwischen ÖGB und Studierenden, wobei letztere scheiterten. Das letzte große Aufbegehren manifestierte sich in der Konfrontation mit staatlichen Repressionsorganen bei einer Demonstration gegen den Besuch des persischen Schahs im Jänner 1969. Die Konsequenz

war die Auflösung in sektierende Gruppen, deren politische Ausrichtungen sich im Mainstream auflösten: So wurden aus Kommunen WGs und aus Antiautoritären Gymnasiallehrende.

In der großen Querfrontbewegung zur Rettung der Hainburger Auen waren neben allen Fraktionen und dem Biologen Konrad Lorenz (mit NS-Vergangenheit) auch die Studierenden dabei: die von AG und FLÖ dominierte ÖH war nicht untätig und organisierte am 8. Dezember einen Sternmarsch, der den Auftakt zur über die Weihnachtsfeiertage andauernden Besetzung bildete.

In der Folge der Öffnung der 70er jedoch wurde die Universität klassenheterogener und die Linke wurde dadurch langsam gestärkt. Ihre Schlagkräftigkeit zeigte sich im Herbst 1987 beim Protest gegen ein rotschwarzes Sparpaket. Ausgehend vom besetzten Audi Max der Universität Wien wurde die Forderung nach einer Rücknahme des gesamten Sparpakets erhoben, die in Form von Streiks und Besetzungen - unter anderem auch des rechts dominierten Zentralausschusses der ÖH - die vielleicht größte Unirevolte darstellte. Trotzdem konnte das Sparpaket auch von einer 40.000 Menschen zählende Großdemonstration nicht verhindert werden.

Mitte der Neunziger Jahre schafften erstmals Fraktionen mit nicht-konservativem geschichtlich-politischen Hintergrund den

ÖH und Demokratie

Geschichte der ÖH

Vorgeschichte

1940er: Aufbau studentischer Demokratie

Kommentar: Wiesinger

1950er: Soziale Lage und Studiengebühren

Kommentar: Fischer

1960er: Studierende

zwischen Borodajkewycz

und „1968“

Kommentar: Sperl

1970er: Demokratie und Mitbestimmung in der Universität

Kommentar: Streeruwitz

1980er: Neue soziale Bewegungen

Kommentar: Margulies

1990er: Der Mensch zuerst

Kommentar: Berlakovic

2000er: Gegenreform an der Uni und linker Erdrutsch in der ÖH

Kommentar: Mautz & Weinberger

Wahlergebnisse und Vorsitzende

Chronologie

Anhang

Uni im Wandel der Zeit

Feminismus und ÖH

Protest und Vertretung

Zukunft der ÖH Arbeit

Chronologie

Anhang

Einzug in die Exekutive der Bundesvertretung (damals Hauptausschuss) mit Hilfe einer Ampelkoalition. Dementsprechend breit waren auch die Proteste gegen das Sparpaket 1996: Teilweise dezentral und kreativ – beispielweise mittels Mailbombings der SPÖVP Server – beteiligten sich auch „unpolitische“ Kräfte an einer der wohl größten StudentInnendemonstrationen am 14. März. Trotzdem, die geneigte Leserin verzeihe uns die Repetition, konnte auch dieses Sparpaket nicht verhindert werden.

Reaktionärer Backlash

Beim Einsetzen der bildungspolitischen Talfahrt der rechtskonservativen Regierung



Soziale Treffsicherheit der Studiengebühren

mit der Einführung der Studiengebühren demonstrierten nur noch 30.000. Das darauf folgende Universitätsgesetz 2002, das jegliche pseudodemokratische Mitbestimmung zur endgültigen Farce werden ließ und die Universitäten mittels Einrichtung eines Unirates (so positiv dieser Begriff auch besetzt sein könnte) unter die Aufsicht des Kapitals, ÖVP-naher VertreterInnen und schlagender Burschenschaftler stellte, bereitete den Weg für die heutige Universitätslandschaft. Anlässlich dieses Ereignisses fanden österreichweit kleinere Demonstrationen und Protestmaßnahmen statt, die in etwa zwei Monate andauerten. Auch in diesem Rückzugskampf verlor die ÖH: Ein – noch nicht in Kraft getretenes – Gesetz schien zu abstrakt, um eine Protestbewegung langfristig am Leben zu erhalten. Als die Implementierung des Gesetzes voranschritt, bemerkten zumindest einige wenige Universitätsvertretungen und Fakultätsvertretungen seine katastrophalen Auswirkungen. So konnte eine weitere, kleinere, jedoch ungleich entschlossener Protestbewegung in Gang gesetzt werden, deren Höhepunkt wohl die Besetzung des Rektorats der Uni Wien im Jänner 2004 war. Auch hier wirkten Teile der ÖH (in diesem Falle die Bundesvertretung) ganz in dem Sinne, zu dem sie von oben gegeben wurde: Zur Vermeidung tatsächlich verändernder Proteste und zur Institutionalisierung und der damit verbundenen Abschwächung derselben. Daneben jedoch wuchsen und gediehen andere Bewegungen: so zum Beispiel die Gruppe

Freiraum, die über das studentische Umfeld hinaus umtrieblich ist und inzwischen auf 5 Besetzungen des heißbegehrten Areals im Unicampus zurückblicken kann. Trotzdem auch der Bezirksrat Alsergrund sich für einen Freiraum in der Spitalgasse ausgesprochen hat, bleiben Baum, Haus und Hof leider weiterhin ein ungenützter Sperrmüllplatz.

Verantwortung versus Politik

Die Betrachtung des Wechselspiels zwischen protestierenden Studierenden und der ÖH lässt im Resümee einen langen Weg in die Institutionalisierung, also ins Scheitern, erkennen. Die Universitätsreformen der letzten Jahrzehnte spiegeln nur unterschiedliche Strategien der Beherrschung des möglichen gesellschaftsverändernden und System überwindenden Potentials studentischer Politik wieder. Die „Demokratisierung“ der Universitäten, so wohlwollend sie auch von den handelnden AkteurInnen vorangetrieben wurde, fesselte hunderte von BasisaktivistInnen in Gremien, während die Straßen unmobilisiert blieben. Dass in jenen Gremien immerzu ein Kompromiss erzielt werden musste, ist müßig zu erwähnen. Entscheidungsbefugte Gremien sind seit dem Universitätsgesetz 2002 nur mehr teilweise vorhanden – und ordentliche ProfessorInnen stellen darin die absolute Mehrheit.

Dass nun, nach der vollständigen Entdemokratisierung und der schleichenden, totalen



Vermarktwirtschaftlichung, mit der sie einhergeht, der Universitäten, die Institution ÖH den früheren Zuständen nachtrauert, scheint verständlich, wenn auch nicht vernünftig.

Vielleicht zeitigen sich hier auch die Effekte institutioneller Einbindung: das universitäre progressive Potential scheint personell geschwächt durch die zehrende Repräsentationspolitik. Die weiteren „Reformen“ brachten ein neues Universitätsgesetz, das dem pseudo-sozialpartnerInnenschaftlichen Konsens in der Universität durch minimierte Mitbestimmungsmöglichkeiten ein Ende setzte, sowie eine Novellierung des HochschulInnenschaftsgesetzes, die die Direktwahl der Fakultätsvertretungen und der Bundesvertretung abschaffte. Der lange Marsch durch die Institution hat einen bitteren Nachgeschmack bekommen: Das Ende der Selbstverwaltung ist auf schmalen Widerstand gestoßen, die Kanalisierung von allzu ausufernden Studierendenprotesten, die in den letzten Jahren ohnehin kaum stattgefunden haben, funktionierte – mensch beachte das Ende der Proteste um den Organisationsplan der Universität Wien.

Die Studierenden scheinen aufgegeben zu haben, Berufsausbildung hat über Bildung als Emanzipation gesiegt, der soziale Druck gegen die ewig raunzenden Langzeitstudierenden ist so groß, dass das politische Engagement weitestgehend zurückgeschraubt wurde. Bleibt die ÖH, zum einen Kaderschmiede



Abb. 38

der parlamentarischen Opposition, zum anderen letzter institutioneller Hort der aussterbenden Linksradiكالen. Bleibt aber auch die Zähigkeit derer, die aus der Institution auszogen, wenn sie auch noch in mancherlei Hinsicht, sei es finanzieller oder infrastruktureller Art, an ihr hängen: Unermüdliche BesetzerInnen, scharfzüngige

PublizistInnen und streitende LesekreislerInnen. Zählt sich der/die LeserIn zu letzterem, einer kritischen Studierendenschaft, möge er/sie – als Widerstandsakt gegen den ausufernden Jubiläumswahnsinn – diese Broschüre verbrennen. Die letzte Schlacht gewinnen wir, und darum: Hört auf zu studieren, fangt an zu begreifen!

Karin Kuchler und Daniel Schukovits sind im Bildungspolitischen Referat der ÖH Uni Wien aktiv.

ÖH und Demokratie

Geschichte der ÖH
Vorgeschichte
1940er: Aufbau studentischer Demokratie
Kommentar: Wiesinger
1950er: Soziale Lage und Studiengebühren
Kommentar: Fischer
1960er: Studierende zwischen Borodajkewycz und „1968“
Kommentar: Sperl
1970er: Demokratie und Mitbestimmung in der Universität
Kommentar: Streeruwitz
1980er: Neue soziale Bewegungen
Kommentar: Margulies
1990er: Der Mensch zuerst
Kommentar: Berlakovic
2000er: Gegenreform an der Uni und linker Erdrutsch in der ÖH
Kommentar: Mautz & Weinberger
Wahlergebnisse und Vorsitzende

Uni im Wandel der Zeit

Feminismus und ÖH

Protest und Vertretung

Zukunft der ÖH Arbeit

Chronologie

Anhang

Selbstbestimmt in die Zukunft

Der Beginn der Amtsperiode des aktuellen ÖH-Teams fällt in eine Zeit tiefgreifender bildungspolitischer Umbrüche. Umbrüche, die sich schon seit langer Zeit ankündigen und die nicht, wie von einigen Seiten behauptet, überfallsartig über uns hereingebrochen sind. Wir sehen bereits erste Auswirkungen jüngster Reformen, die maßgeblich dazu beitragen, Ungleichheit innerhalb unserer Gesellschaft zu verstärken. Sozial benachteiligten Gruppen wird mit der gesetzlichen Legalisierung von Zugangsbeschränkungen seit Juli 2005 der Zugang zu universitärer Bildung erschwert. Emanzipatorische Lehre und Wissenschaft wird verunmöglicht, denn die öffentlichen Hochschulen haben sich mittlerweile als Folge des Universitätsgesetzes 2002 primär marktwirtschaftlichen Verwertungsstrukturen zu beugen. Der staatlichen Verpflichtung ein freies, offenes und demokratisches Bildungssystem zu garantieren wird das Konzept einer autokratisch geleiteten, von großkapitalistischen Interessen in hohem Maße beeinflussbaren und nach betriebswirtschaftlichen Kriterien ausgerichteten Universität entgegengesetzt. Selbstbestimmtes Lernen wird zugunsten des möglichst schnell, spezialisiert ausgebildeten Produkts StudentIn verunmöglicht. Studierenden wird zugunsten einer konstruierten Effizienz die Mitbestimmung ihres unmittelbaren Lebens- und Arbeitszusammenhangs Universität verwehrt. Freie Räume der Kom-

munikation und Reflexion des eigenen Studientages werden in „Ruhezonen“ oder kommerzialisierte, „zweck“-gewidmete Räume umgewandelt. Praktischer Nebeneffekt des Uniwettbewerbes, der bis zum Gerangel um Studienplätze geht, ist die Förderung einer Ellenbogenmentalität, die breite Solidarisierung einer Studierendenschaft verunmöglicht.

Dabei geht es im Kern nicht nur um konkurrierende Modelle des Bildungssystems, sondern objektiv um konkurrierende Gesellschaftsentwürfe. Gut, dass zumindest die Studierenden noch immer nicht alles für „bare Münze“ nehmen, was ihnen von verschiedensten Seiten vorgesetzt wird. Kritische Mitgestaltung der Gesellschaft wird immer mehr eine seltene Qualität öffentlicher Institutionen. Die ÖH zeigt nicht nur Alternativen auf, sondern fängt mit dem Kehren „vor der eigenen Türe“ an: Feminismus, Demokratisierung, Gleichberechtigung und bewusst politisches Handeln sind Maßstäbe, die wir selbst zu leben versuchen.

Feministische ÖH

Einer der am wirkungsvollsten und heute sichtbarsten Erfolge der ÖH findet sich in der Stärkung von Frauen. Die Reproduktion einer Hegemonie des Patriarchats in unserer Gesellschaft resultiert aus der Selbstverständlichkeit, wie Politik, Kultur und Wissenschaft

gemacht sind: von Männern für Männer. Die Mitgliedschaft im Patriarchat ist keine Sache von Optionen, Frauen können sich daraus nur durch den Kampf um Veränderungen des Systems an sich befreien. (Das gilt auch für Männer, jedoch profitieren sie als privilegierte Mitglieder des Patriarchats von den Vorteilen des Systems).

Gerade in der ÖH wurde und wird fortlaufend versucht, mit diesem Konzept zu brechen: nicht umsonst finden sich in Teams dezidiert politischer Studierendenvertretungen einfach mehr Frauen in strategisch wichtigen Positionen. Das ist nicht nur politische Floskel, sondern bindendes Programm. Seit drei Exekutiven stellen Frauen die beiden Vorsitzenden der Bundesvertretung: Um einen Gegenpol zum gesellschaftlichen Mainstream zu schaffen, machen sie sich in der ÖH als elementarer Bestandteil kritisch-starker Institutionen sichtbar. Sinn und Zweck kann jedoch nicht sein, Frauen in männlich geprägte Strukturen „einzupassen“. Wir wollen Gleichheit nicht im Sinne von „angleichen“ an männlich definierte Maßstäbe verstehen. Es gilt, Konstruktion und Wirkungsweisen der zweidimensionalen Geschlechtlichkeit aufzuzeigen und Strategien dagegen zu entwickeln.

Das männliche Geschlecht ist im System der Kameraderie die Norm für Wissenschaft und Forschung. Das männerdominierte Klima ist sowohl im Umgang mit Frauen als auch im



Viele werden sich noch mit Knock-Out-Prüfungen rumschlagen müssen.

wissenschaftlichen Inhalt spürbar. Feministische Forschung hat ein radikal-politisches Potential. Sie zielt darauf ab, jahrhundertelang vom (wissenschaftlichen) System instrumentalisierte Denkmuster nicht nur aufzuzeigen, sondern auch vehement zu kritisieren. Feministische Forschung betreiben heißt, parteiliche, heißt politische Forschung betreiben – heißt ein Wertesystem angreifen, das von männlichen Wissenschaftlern geschaffen wurde, um Hierarchieverhältnisse zwischen den Geschlechtern zu kreieren, aufrechtzuerhalten und zu tradieren. Wir erwarten deshalb auch von Männern ein Hinterfragen des eigenen Beitrages zur Stabilisierung der Geschlechterhierarchie und fordern deren aktive Beteiligung an diesem Prozess. Eine ÖH der nächsten Jahre sieht sich als starke Initiatorin feministischer Politik: sei es in der eigenen Struktur, in der Unterstützung feministischer Forschungsprogramme oder im öffentlichen Thematisieren durch Veranstaltungen, Diskussionen oder

Publikationen – die ÖH hat noch einiges zu bewerkstelligen, um die gesellschaftliche Gleichstellung von Frauen weiter mitzugestalten. Einen Ansatz stellt der Frauenkongress für ÖH-Mitarbeiterinnen und Studentinnen dar, bei dem sich im Mai 2006 Frauen inhaltlich mit den verschiedensten Themen auseinandersetzen und vernetzen werden.

Demokratisierung nach innen und außen

Mit dem 2004 beschlossenen neuen ÖH-Gesetz wurde versucht, die demokratische Mitbestimmung von Studierenden bei bundesweiter Bildungspolitik entschieden zu schwächen. Die ÖH-Wahlen 2005 waren der Beweis dafür, dass Studierende auf dieses entscheidende Mitspracherecht nicht verzichten wollen: das Wahlergebnis war eine klare Absage an das Entmachtungskonzept des Gesetzes. Noch immer fallen alle zentralen bildungspolitischen Entscheidungen bundesweit. In Anbetracht dieser Machtver-

hältnisse ist es vorschnell, von den Studierenden zu glauben, sie würden sich mit dem Wahlrecht auf Universitärebene begnügen. Ebenso wie es einer Stärkung der Studierenden an den Universitäten bedarf, braucht es auch eine starke bundesweite Stimme der StudentInnen. Der gemeinsame europäische Bildungsraum erfordert darauf zu bestehen, auf europäischer Ebene die Erfahrungen der Studierenden einzubringen.

Die Bundesvertretung der ÖH sieht sich dem gemäß als Unterstützerin und Verstärkerin der Universitätsvertretungen, fordert ihren Teil zur Mitgestaltung bildungs- wie gesellschaftspolitischer Prozesse und arbeitet gleichzeitig an Möglichkeiten einer breiten internationalen Bildungsstrategie. Dem gemäß gilt es einerseits, die im Hochschul-Innenschaftsgesetz (HSG) abgeschaffte Direktwahl der Bundesvertretung wieder einzuführen, gleichzeitig muss jedoch auch eine Stärkung der Mitsprache jedes/r Studierenden ermöglicht werden.

Die gesetzlich vorgegebene Struktur der ÖH ist nach innen strikt hierarchisch. Nach HSG vereint der/die Vorsitzende alle Machtbefugnisse, sämtliche MitarbeiterInnen der ÖH sind weisungsgebunden. Wir haben den Anspruch zumindest in unserer Arbeitsweise die formale Hierarchie aufzuheben. Die beiden Vorsitzenden nehmen im Team den Bereich der Vertretung nach außen wahr. Die Vorsitzenden sind in ihrer Arbeit an die Entscheidungen des Interferatstreffens sowie des Koalitionsrates gebunden. Im Interferatstreffen haben sämtliche Mitarbeiter-

ÖH und Demokratie

Geschichte der ÖH
Vorgeschichte

1940er: Aufbau studentischer Demokratie
Kommentar: Wiesinger
1950er: Soziale Lage und Studiengebühren
Kommentar: Fischer
1960er: Studierende zwischen Borodajkewyc und „1968“

Kommentar: Sperl
1970er: Demokratie und Mitbestimmung in der Universität
Kommentar: Streeruwitz

1980er: Neue soziale Bewegungen
Kommentar: Margulies
1990er: Der Mensch zuerst
Kommentar: Berlakovic
2000er: Gegenreform an der Uni und linker Erdrutsch in der ÖH
Kommentar: Mautz & Weinberger
Wahlergebnisse und Vorsitzende

Uni im Wandel der Zeit

Feminismus und ÖH

Protest und Vertretung

Zukunft der ÖH Arbeit

Chronologie

Anhang

Innen der Bundesvertretung die Möglichkeit sich an den gemeinsamen Entscheidungsfindungsprozessen zu beteiligen. Diese Entscheidungsprozesse sollen durch weitere Demokratisierungsschritte breiter zugänglich gemacht werden.

Einerseits versteht das aktuelle ÖH-Team darunter die breitere Mitsprache und Zusammenarbeit mit den Universitätsvertretungen und Studierendenvertretungen. Andererseits sollen sich für Studierende durch Maßnahmen wie Demokratisierung des ÖH-Projektförderprogrammes Möglichkeiten des direkten Mitspracherechts eröffnen. Unter dem Begriff „Transparenz“ verstehen wir die Möglichkeit für alle Studierende, sich jederzeit über die Handlungen der ÖH, über ihre Budgetgebarung, über das Verhalten der studentischen Vertretung in Arbeitsgruppen, gegenüber dem Bildungsministerium und sonstigen Institutionen, sowie Verlauf von Bundesvertretungssitzungen zu informieren. Protokolle werden auf die Homepage gestellt, zusammenfassende Berichte im Magazin der

Bundes-ÖH veröffentlicht. Alle Studierenden sind die ÖH – aber sind alle Studierenden zu gleichen Teilen ÖH? Anzuerkennen, dass dies noch nicht der Fall ist, ermöglicht uns, die Situation zu verbessern. Diesen Anerkennungsschritten folgend wollen wir die ÖH demokratisieren.

Soziale Gleichberechtigung

Selbst heute noch fungieren materielle Existenzfragen als entscheidender Selektionsmechanismus: Nur etwa 10% der Studierenden kommen aus ArbeiterInnenfamilien. Nicht nur wurden in den vergangenen Jahrzehnten unzureichende Maßnahmen getroffen, um der Vererbung des sozialen Status von Eltern an ihre Kinder entgegen zu arbeiten, in den letzten Jahren wurden rechtliche Situation und staatliche Unterstützungsleistungen weiter heruntergeschraubt.

Die 2001 wieder eingeführten Studiengebühren sind sozialpolitisch untragbar. Sie sind eine finanzielle Zugangsbarriere und zudem psychologische Hemmschwelle, eine Hochschulausbildung zu beginnen. Studiengebühren verdrängen intellektuelle Neugier und Erkenntnisinteressen als wesentliche Motive, sich einem Studium zu widmen, und ersetzen sie durch die Bereitschaft und Fähigkeit, materielle Belastungen auszuhalten. Die Ökonomisierungstendenz des Bildungsbereichs macht soziale Abhängigkeiten zur Frage des persönlichen Budgets: wer sich Bildung frei von Verwertungs- und

somit Arbeitszwängen im Sinne von Unterhaltsfinanzierung leisten will, muss sie sich leisten können. Freie Bildung ist somit eine Frage des finanziellen Hintergrundes. Die Bildungselite kann von Seiten der ÖH, die Studierende unabhängig von deren persönlicher Finanzkraft vertritt, nur als gesellschaftspolitischer Rückschritt gesehen werden. Eine politische ÖH tritt deshalb entschieden gegen jede Form von Zugangsbeschränkungen und Studiengebühren auf und setzt für die nächsten zwei Jahre ihren Schwerpunkt in Maßnahmen zur Sicherung und zum Ausbau eines tatsächlich offenen Hochschulzuges.

Auch bei der Homogenisierung des europäischen Bildungsraumes vertritt die ÖH deshalb eine differenzierende Meinung: Mobilität und Anrechenbarkeit dürfen nicht für die Kosten neuer Barrieren im Bildungssystem eingeführt werden. Die Dreigliedrigkeit des Studiensystems sollte demgemäß zur Durchlässigkeit im Bildungssystem beitragen. Das Bakkalaurat trägt die Gefahr einer weiteren Selektionsbarriere mit sich, kann aber auch als Berechtigung zum weiterführenden Studium umgesetzt werden. Soziale Gleichberechtigung im Bildungssystem baut daher auf dem Gedanken des Grundrechtes auf Bildung auf. Nicht die Uni, nicht der Rektor, nicht die Regierung entscheiden, wem von uns sie Zutritt gewähren – für die ÖH ist es eine Selbstverständlichkeit, gleiches Anrecht auf Bildung für jede Person unabhängig von der Herkunft zu fordern.



Viele Hürden, die es zu überwinden gilt



Eine starke ÖH ist eine politische ÖH.

Weil Bildungspolitik Gesellschaftspolitik ist, weil bildungspolitische Maßnahmen nicht losgelöst von gesellschaftlichen Problemen gesehen und analysiert werden können, ist die ÖH als starke Interessenvertretung eine dezidiert politische. Wenn sich die zukünftige ÖH gegen Rassismus, Sexismus und Faschismus, für Sozialpolitik, Friedenspolitik und nachhaltiges Wirtschaften einsetzt, dann begreift sie dieses politische Handeln nicht als Hobby, sondern als unabdingbare Notwendigkeit einer Interessenvertretung, die in der Gesellschaft agiert und nicht nur in einem koordinatenfreien Raum Universität. Der scheinbaren Vereinzelung sozialer Interessen ist Solidarität mit anderen gesellschaftlichen Gruppen entgegenzusetzen. Nur gemeinsam werden wir in unseren Bemühungen um ein offenes Bildungssystem erfolgreich sein.

Das allgemeinpolitische Mandat ist demgemäß integraler Bestandteil der Interessenvertretung ÖH. Studierende haben nicht nur das Bedürfnis nach ausreichend Computerplätzen oder vielfältigem Lehrangebot, sondern auch nach erschwinglichem Wohnraum, kulturellen Angeboten, sozialer Sicherheit, etc. – es gilt, diese Interessen aufzuzeigen und die Möglichkeiten zu schaffen, dass diese Interessen auch selbst artikuliert werden. Dies passiert, wenn sich Studierende und durch sie die ÖH als Teil gesellschaftlicher Auseinandersetzungen begreifen und danach handeln. Je mehr Studierende die politischen Ziele der ÖH mitgestalten können, umso wirkungsvoller

wird dabei gesellschaftliche Veränderung ausfallen.

Bildungspolitik steht in Zusammenhang mit anderen Politikfeldern. Das bedeutet für uns, dass wir gesellschaftliche Zusammenhänge nicht nur kommentieren, sondern das allgemeinpolitische Mandat der Österreichischen HochschülerInnenschaft aktiv wahrnehmen. Politik findet dabei nicht nur in den dafür vorgesehenen Gremien statt. Politik passiert durch jede und jeden im öffentlichen und im privaten Raum. Es gilt für uns, aktiv auf andere fortschrittliche Gruppen zuzugehen und sich mit unterschiedlichsten Themen- und Meinungsfeldern auseinander zu setzen.

Die ÖH solidarisiert sich mit ausgegrenzten Gruppen und leistet gemeinsam mit diesen Widerstand gegen menschenfeindliche Politik. Wir sprechen uns mit Vehemenz gegen Rassismus, Sexismus und autoritäre Gesellschaftsstrukturen aus. Aktuelle Projekte zur Sichtbarmachung dieser Strukturen sind der Antidiskriminierungsbericht der Universitäten und Unterstützung und Informationsarbeit bei Sozialforen. Durch diese Arbeit stellen wir nicht einzelne Auswirkungen des „freien Spiels der Kräfte“, sondern das ökonomische System an sich in Frage. Es kann nicht sein, dass eine kleine Minderheit der Weltbevölkerung auf Kosten einer großen Mehrheit lebt. Ökologische Aufrechterhaltung, soziale Gerechtigkeit auch für spätere Generationen und langfristige ökonomische Funktionalität sind Ziele einer Politik der Nachhaltigkeit, der Profitinteressen entgegenstehen. Die ÖH tritt deshalb für einen möglichst weitreichenden Umstieg

auf die Nutzung von erneuerbaren Energieträgern und den effizienten und sparsamen Einsatz von Energie ein. Die technologischen Entwicklungen in diesen Bereichen sind sehr weit fortgeschritten. Rahmenbedingungen und Bewusstsein bildende Maßnahmen sind zu schaffen. Das Kriterium für Nachhaltigkeit kann dabei nicht von der Leistbarkeit und somit wiederum dem finanziellen Hintergrund abhängig sein – die Diskussion um die Leistungsgesellschaft muss sich in jene der Ermöglichungsgesellschaft ohne Barrieren für „AußenseiterInnen“ ändern.

Leistungsgesellschaft agiert nach dem Motto „survival of the fittest“. Jene, die bei diesem Tempo nicht mithalten können, werden als krank, behindert oder als „Sozialschmarotzer“ abgestempelt. Wir akzeptieren die Ausgrenzung von Menschen nicht, die von der Gesellschaft behindert werden. Eine fortschrittliche ÖH hat nicht nur die Aufgabe Hilfestellung zu leisten, sondern auch gesetzlich verankerte Unterstützung für von der Gesellschaft (Universität) behinderte Menschen (Studierende) einzufordern.

Den vollen Umfang der strukturellen, politischen und bildungspolitischen Arbeit der ÖH und unseres Selbstverständnisses darzustellen, würde dieses Format sprengen. Bildung beginnt dort, wo man/frau sie selbst in die Hand nimmt. Entsprechend diesem Grundsatz sehen wir auch in den kommenden Jahren die Leitlinie für die Tätigkeiten der ÖH im aktiven Einsatz für eine feministische, demokratische und sozial gerechte Universität und Gesellschaft.

bb/rmb

ÖH und Demokratie

Geschichte der ÖH
Vorgeschichte

1940er: Aufbau studentischer Demokratie

Kommentar: Wiesinger

1950er: Soziale Lage und Studiengebühren

Kommentar: Fischer

1960er: Studierende zwischen Borodajkewycz und „1968“

Kommentar: Sperl

1970er: Demokratie und Mitbestimmung in der Universität

Kommentar: Streeruwitz

1980er: Neue soziale Bewegungen

Kommentar: Margulies

1990er: Der Mensch zuerst

Kommentar: Berlakovic

2000er: Gegenreform an der Uni und linker Erdrutsch in der ÖH

Kommentar: Mautz & Weinberger

Wahlergebnisse und Vorsitzende

Uni im Wandel der Zeit

Feminismus und ÖH

Protest und Vertretung

Zukunft der ÖH Arbeit

Chronologie

Anhang

Chronologie

- 1945 Gründung der Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH) durch katholische, sozialistische und kommunistische Studierende in Wien
- 1946 erste ÖH-Wahlen: 75% ÖVP-nahe Union österreichische Akademiker / FÖST, 21,7% VSStÖ, Kommunistische Studentengruppe 3%
- 1950 erstes ÖH-Gesetz sichert die Existenz und Rechte der ÖH: ÖH ist gesetzliche Interessenvertretung nach dem Grundsatz der studentischen Selbstverwaltung, ihre Organe werden nach demokratischen Wahlen, die auf den Nationalratswahlgrundsätzen basieren, gewählt
- 1951 deutschnational-freiheitliche Gruppierungen treten erstmals bei ÖH-Wahlen an und erreichen zusammen 18%
- 1951 Wahlblock österreichischer Akademiker löst Union als hegemoniale konservative Fraktion ab
- 1952 ÖH organisiert demonstrativen Sitzstreik an verschiedenen Orten Wiens gegen drohende Erhöhung der Studiengebühren
- 1953 in Wien erste große Studierendendemonstration auf der Ringstraße gegen Erhöhung der Studiengebühren (gegen den Willen der konservativen ÖH-Führung)
- 1953 neugegründeter RFS erreicht bei ÖH-Wahlen 32,1%
- 1955 Hochschul-Organisationsgesetz regelt das Universitätsrecht und damit auch Studierendenrechte neu, allerdings ohne inhaltliche Neuerungen (Ordinarienuniversität)
- 1961 Studierende streiken für Unibudgeterhöhung, 2.000 StudentInnen (5% aller Studierenden) demonstrieren auf der Wiener Ringstraße
- 1963 erstes Studienbeihilfen-Gesetz – ein sozialpolitischer Meilenstein: Rechtsanspruch auf finanzielle Unterstützung bei sozialer Bedürftigkeit
- 1965 Affäre um den neonazistischen Professor Taras Borodajkewycz an der Hochschule für Welthandel (heute WU) wird virulent – ÖH an der Hochschule für Welthandel unterstützt Borodajkewycz, bei antifaschistischer Demonstration erschlägt ein Burschschafter den Demonstranten Ernst Kirchweger
- 1966 Allgemeines Hochschulstudien-gesetz (AHStG) regelt das Studien- und Prüfungswesen an den wissenschaftlichen Hochschulen und eröffnet ein Jahrzehnt der Universitätsreformdiskussionen
- 1968 Studierendenbewegung in Österreich und Wien im Vergleich zu Paris und Berlin ruhig, aber politischer Aufbruch und Linksentwicklung der Studierenden wird manifest – „InstitutsvertreterInnen“ fordern die hier bisher nicht präsente ÖH als studienrichtungsspezifische InteressenvertreterInnen heraus
- 1968 Österreichische Studentenuion löst Wahlblock als hegemoniale konservative Fraktion ab
- 1970 neue Bundesregierung Kreisky löst die Universitäten und Hochschulen aus dem Unterrichtsministerium heraus und errichtet ein eigenes Wissenschaftsministerium unter Hertha Firnberg (Ministerin bis 1983)
- 1972 Abschaffung der Studiengebühren ab 1973



ÖH und Demokratie

Geschichte der ÖH Vorgeschichte

1940er: Aufbau studentischer Demokratie
Kommentar: Wiesinger
1950er: Soziale Lage und Studiengebühren
Kommentar: Fischer
1960er: Studierende zwischen Borodajkewycz und „1968“
Kommentar: Spertl

1970er: Demokratie und Mitbestimmung in der Universität
Kommentar: Streeruwitz
1980er: Neue soziale Bewegungen
Kommentar: Margulies
1990er: Der Mensch zuerst
Kommentar: Berlakovich
2000er: Gegenreform an der Uni und linker Erdrutsch in der ÖH
Kommentar: Mautz & Weinberger
Wahlergebnisse und Vorschläge

Uni im Wandel der Zeit

Feminismus und ÖH

Protest und Vertretung

Zukunft der ÖH Arbeit

Chronologie

Anhang

- | | | |
|---|---|---|
| <p>1973 Änderung des ÖH-Gesetzes in Richtung mehr Demokratie und Ausweitung der ÖH auf Studienrichtungsebene</p> | <p>1992 ÖH organisiert Veranstaltungen unter dem Titel „Der Mensch zuerst“ gegen AusländerInnenfeindlichkeit und gründet Flüchtlingshilfsorganisation Helping Hands</p> | <p>2000 neue schwarz-blaue Regierung beschließt Wiedereinführung der Studiengebühren ab 2001 – große Studierendenproteste mit 50.000 TeilnehmerInnen allein in Wien</p> |
| <p>1975 Universitätsorganisationsgesetz (UOG 75) bringt studentische Mitbestimmung in universitären Entscheidungen auf allen Ebenen – ein bildungspolitischer Meilenstein</p> | <p>1993 Universitätsorganisationsgesetz (UOG 93) bringt Einschränkungen der studentische Mitbestimmung</p> | <p>2001 linker Erdrutsch bei ÖH-Wahlen – GRAS, VSStÖ (und zu Beginn der KSV) bilden neue ÖH-Exekutive</p> |
| <p>1983 Aktionsgemeinschaft löst ÖSU als hegemoniale konservative Fraktion ab</p> | <p>1995 nach 50 Jahren erstmals eine Frau und erstmals eine linke ÖH-Vorsitzende: Agnes Berlakovich</p> | <p>2002 Universitätsgesetz schränkt studentische Mitbestimmungsrechte drastisch ein – Protestbewegung der Studierenden an verschiedenen Universitäten, 25.000 demonstrieren in Wien</p> |
| <p>1984 ÖH aktiv in der Umweltschutzbewegung gegen Wasserkraftwerk in Hainburger Au: Studierende beteiligten sich an Demonstrationen und der Besetzung in der Au, ÖH organisiert Bus-Shuttles nach Hainburg</p> | <p>1996 Studierendemonstrationen, Streiks und vielfältige kreative Protestmaßnahmen gegen Sparpaket</p> | <p>2005 Abhaltung der ÖH-Wahlen im demokratiepolitischen Ausnahmezustand nach Abschaffung der direkten Wahl der ÖH-Bundesvertretung durch die Bundesregierung</p> |
| <p>1985 grüne Listen kandidieren bei ÖH-Wahlen</p> | <p>1997 nach baldigem Zerfall des heterogenen linken Bündnisses 1995/96 stellt wieder die ÖVP-nahe Aktionsgemeinschaft den ÖH-Vorsitz</p> | <p>2005 Einführung von Zugangsbeschränkungen zum Studium in vorerst acht Fächern</p> |
| <p>1987 Studierendemonstrationen mit bis zu 40.000 TeilnehmerInnen gegen Sozialkürzungen, z.B. bei Familienbeihilfe</p> | <p>1998 Änderung des ÖH-Gesetzes, u.a. Umbenennung von HA und ZA zu UV und BV, Studierende der Pädagogischen Akademien werden Mitglieder der ÖH</p> | |

Anhang

Bibliographie, Bildnachweis, Impressum

Bibliographie

Rosina Baumgartner, Die Urabstimmung über die Pflichtmitgliedschaft in der Österreichischen Hochschülerschaft. Dipl.-Arb., Univ. Wien 1992

BMBWK, Hochschulbericht 2002, Bd.2

BMBWK, Universitätsbericht 2005, Bd.2

Studierenden-Sozialerhebung 2002. Bericht zur sozialen Lage der Studierenden 2002. Studie im Auftrag des BMBWK

Paulus Ebner / Karl Voelkel, Die zahme Revolution. 68 und was davon blieb. Wien 1998

Alexander Egger / Thomas Frad, Hochschülerschaftsgesetz und Studentenheimgesetz. Einführung – Texte – Materialien – Entscheidungen – Anmerkungen (Neue Gesetze: Bd.15). Wien 2000

Christine H. Forster, Die Geschichte der Österreichischen Hochschülerschaft 1945-1955 (Dissertationen der Universität Wien: Bd.166). Wien 1984

Marina Fischer-Kowalski, Universität und Gesellschaft in Österreich. in: Heinz Fischer (Hg.), Das politische System Österreichs. 3., erg. Aufl., Wien / München / Zürich 1982, S.571-624

Andrea Griesebner, Politisches Feld Universität. Versuch einer Annäherung anhand der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Studierenden zwischen 1918 und 1990. Dipl.-Arb., Univ. Wien 1990

Kurt Grünewald / Johannes Gadner (Hg.), Universitätsgesetz 2002 – Weltklasse oder Sackgasse? Wien 2003

Ariane Heilingsetzer / Maria Mesner / Heinz Rögl / Fritz Weber, Zur Geschichte des Verbandes Sozialistischer Studenten Österreichs (VSStÖ) 1945-1970. Projektbericht an das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung. Wien 1989

Stefan Holter / Werner Suppan, Politik und Studenten in Österreich. Analyse der Studentenpolitik und der Hochschülerschaftswahlen. in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1987. Wien/München 1988, S.633-661

Gérard Kasemir, Spätes Ende für „wissenschaftlich“ vorge-

tragenen Rassismus. Die Borodajkewycz-Affäre 1965. in: Michael Gehler/Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Thaur/Wien/München 1995, S.486-501

Franz Kolland, Auswirkungen der Einführung von Studienbeiträgen auf die Studienbeteiligung und das Studierverhalten, 2002

Andreas Koller, Beinharder Abbau der Demokratie. in: Salzburger Nachrichten, 2.12.2004

Margaretha Kopeinig, Konservative Revolution. in: Kurier, 16.11.2004

Lorenz Lassnigg, Bildungsreform gescheitert ... Gegenreform? 50 Jahre Schul- und Hochschulpolitik in Österreich. in: Reinhard Sieder / Heinz Steinert / Emmerich Tälös (Hg.), Österreich 1945-1995. Gesellschaft - Politik - Kultur (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik: Bd.60). Wien 1995, S.458-484

Sigröd Nitsch, Die Entwicklung des allgemeinenpolitischen Vertretungsanspruches innerhalb des Verbandes Sozialistischer StudentInnen Österreichs (VSStÖ) in Wien im Zeitraum von 1965 bis 1973. Dipl.-Arb., Univ. Wien 2004

ÖH (Hg.), 50 Jahre ÖH (ZA Inform 7/95)

ÖH (Hg.), Been there, done that. Ein Tätigkeitsbericht der Österreichischen HochschülerInnenschaft 2001-2003. Wien 2003

ÖH (Hg.), Sincerely Yours, ÖH. Die Österreichische HochschülerInnenschaft zieht Bilanz 2003-2005. Wien 2005

Lilian Schiltknecht, Die „universitäre Rebellion“ 1996 als Antwort auf die österreichische Hochschulpolitik. Dipl.-Arb., Uni Wien 1998

Wolfgang Speiser, Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938 (Materialien zur Arbeiterbewegung: Nr.40). Wien 1986

Hans-Peter Weingand / Werner Winkler, Diese Welt muß unser sein. Die sozialistischen Studierenden in Graz 1919-1991. Graz 1992

Erich Witzmann, Übereumpelt. in: Die Presse, 12.11.2004

Dietmar Zach, KSV und VSStÖ: Zwischen Zusammenarbeit, Konkurrenz und Verleumdung. Theoretische Perspektiven und politische Praxis. Dipl.-Arb., Univ. Wien 1998

Helge Zoitl, „Student kommt von Studieren!“. Zur Geschichte der sozialdemokratischen Studentenbewegung in Wien (Materialien zur Arbeiterbewegung: Nr.62). Wien / Zürich 1992

Bildnachweis

Abb. 1: Screenshot www.oeh.ac.at/mundtot, ÖH, 2004.

Abb. 2: Burschenschaften in voller Wix, Verein zur Geschichte der ArbeiterInnenbewegung, Jahr unbekannt.

Abb. 3: Verhüllung des Denkmals der Republik durch die Austrofaschisten, VGA, 1934.

Abb. 4: Eingelassene Gedenschrift auf der PhilosophInnenstiege im Hauptgebäude der Universität Wien, ÖH, 2006.

Abb. 5: Bombenschaden im Hauptgebäude der Universität Wien, Nationalbibliothek, 1945.

Abb. 6: Studierende probieren Schuhe im ÖH Sozialreferat, Nationalbibliothek, etwa 1954.

Abb. 7: Aufführung des Studios der Hochschulen in den Niederlanden, Hilde Sochor privat, 1948

Abb. 8: Studenten vor der ÖH Zentrale in der Kolingasse, Nationalbibliothek, etwa 1952.

Abb. 9: Wahllokal im Hauptgebäude der Universität Wien, Die Presse Fotoarchiv, 1955.

Abb. 10: Wahlergebnisse 1955, Grafik: Zoe Schneeweiss.

Abb. 11: Taras Borodajkewycz, Die Presse Fotoarchiv, Jahr unbekannt.

Abb. 12: Demonstration gegen Taras Borodajkewycz, Austria Presse Agentur, 1965.

Abb. 13: Hertha Firnberg bei einer Veranstaltung des VSStÖ, VGA, 1975.

Abb. 14: Wahlwerbung der ÖH Fraktionen vor dem Hauptgebäude der Universität Wien, Die Presse Fotoarchiv, 1979.

Abb. 15: Demonstration gegen den Kraftwerksbau in der Hainburger Au, Die Presse Fotoarchiv, 1984.

Abb. 16: Räumung der besetzten Hainburger Au durch die



Polizei, Die Presse, Fotoarchiv, 1984.

Abb. 17: „Lichtermeer“ gegen das Volksbegehren „Österreich zuerst“ der FPÖ, Abbé Libansky privat, 1993.

Abb. 18: Agnes Berlakovich, Abbé Libansky, 1995.

Abb. 19: Demonstration gegen das „Sparpaket“, Die Presse Fotoarchiv, 1996.

Abb. 20: Protest der HochschülerInnenschaft an der Universität Wien gegen das Universitätsgesetz und Studiengebühren, ÖH, 2002.

Abb. 21: Medienaktion des VSStÖ gegen die parteipolitische Besetzung der Universitätsräte, VSStÖ, 2002.

Abb. 22: „Sklavenzug“ gegen das Universitätsgesetz 2002, Joseph Mussil privat, 2002.

Abb. 23: Studierendenprotest auf der BesucherInnengalerie des Parlaments, APA, 2004.

Abb. 24: Studierende für die direkte Wahl des und im Studierendenparlament, ÖH, 2004.

Abb. 25: Cover des Buches „Ökonomisierung der Bildung“, ÖH, 2005.

Abb. 26: Mandatsverteilung in der Bundesvertretung 2005, Grafik: Zoe Schneeweiss.

Abb. 27: Karikatur „Winckler“, Haberl, 2003.

Abb. 28: Festzug zur 600 Jahr Feier der Universität Wien, Archiv der Universität Wien, 1965.

Abb. 29: Einsturz der Decke im Hörsaal 2 des Neuen Institutsgebäudes in Wien, ÖH, 2002.

Abb. 30: Karikatur „Käferreform“, Klein, 2002.

Abb. 31: Transparent gegen das Universitätsgesetz 2002 vom Balkon der Universität Wien, ÖH, 2002.

Abb. 32: Frauenprotest in Linz, VSStÖ Linz, Jahr unbekannt.

Abb. 33: Pressekonferenz einer Hausbesetzung durch Frauen, VSStÖ Linz, Jahr unbekannt.

Abb. 34: Women fight back! – Broschüre, ÖH Bundesvertretung, 2004

Abb. 35: Tortung des damaligen Rektors der Universität Wien Georg Winckler durch Unbekannte, UTV, 2003.

Abb. 36: „Protestdorf“ vor dem Rektorat an der Universität Wien, HochschülerInnenschaft an der Universität Wien, 2003.

Abb. 37: Medienaktion des VSStÖ zu sozialer Treffsicherheit von Studiengebühren, VSStÖ, 2000.

Abb. 38: Karikatur „Mitbestimmung“, Klein, 2002.

Abb. 39: Medienaktion der ÖH Bundesvertretung anlässlich des Beschlusses der Zugangsbeschränkungen, ÖH, 2005

Abb. 40: Medienaktion bei der Demo gegen die Zugabe, Florian Kozak, 2005

Besonderer Dank für die Bereitstellung von Fotos gilt: Hilde Sochor; Günther Haller, Die Presse Fotoarchiv; Abbé Libansky; Joseph Mussil; Johannes Seidl, Archiv der Universität Wien; sowie allen unbekanntem und ungenannten FotografInnen.

Impressum

Progress: Magazin der Österreichischen HochschülerInnenschaft,
Sondernummer 2/2006-A, GZ02Z031545M

Medieninhaberin, Verlegerin und Herausgeberin:

Österreichische HochschülerInnenschaft, Taubstummengasse 7-9, 1040 WIEN

Koordination: Andreas Kastner/Referat für Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Christian Kuchner, Barbara Blaha,

Rosa Nentwich-Bouchal, Karin Kuchler, Daniel Schukovits

Fotoredaktion: Yussi Pick

Fotorecherche: Yussi Pick, Jasmin Haider

Lektorat: Katharina Kreissl, Nina Abrahamczik

Layout & Satz: Zoe Schneeweiss

Cover: Gerhard Schmadlbauer

Herstellung: Wograndl Druck, Mattersburg

Erscheinungsort: Wien, Verlagspostamt 1040 Wien

Redaktions- und Verlagsanschrift: 1040 Wien, Taubstummengasse 7-9

oeh@oeh.ac.at

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder.

Wir weisen darauf hin, dass alle Angaben trotz sorgfältiger

Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung

der Herausgeberin bzw. der AutorInnen ausgeschlossen ist.

ÖH und Demokratie

Geschichte der ÖH
Vorgeschichte

1940er: Aufbau studentischer Demokratie
Kommentar: Wiesinger

1950er: Soziale Lage und Studiengebühren
Kommentar: Fischer
1960er: Studierende zwischen Borodajkewycz und „1968“

Kommentar: Sperl
1970er: Demokratie und Mitbestimmung in der Universität

Kommentar: Streeruwitz
1980er: Neue soziale Bewegungen

Kommentar: Margulies
1990er: Der Mensch zuerst
Kommentar: Berlakovic
2000er: Gegenreform an der Uni und linker Erdrutsch in der ÖH
Kommentar: Mautz & Weinberger
Wahlergebnisse und Vorschläge

Uni im Wandel der Zeit

Feminismus und ÖH

Protest und Vertretung

Zukunft der ÖH Arbeit

Chronologie

Anhang



kalender
89/90

OH
ÖH-Kalender 1999/2000

ÖH-Kalend
OH

STUDENTEN
KALENDER 89/90

BETRIEB DER BAU-ELLE
VERBOTEN!

95
96
INFO
Neust 200
Pagen
OH-Kalender

OH-Kalender
95

OH-Kalender
92/93

2000/2001
Education not Possible
www.oh.at
ÖH-Kalender 2000/2001

www.melktechnik.at
öh_kalender
2008/2009

OH

:: 60 Jahre ::